

Protokoll der 48. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Donnerstag, dem 11. Dezember 1997; Beginn: 17.00 Uhr; Bonn, Bundeshaus, Raum NH 1901; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Stand der Forschung über die DDR-Geschichte – Bilanz und Ausblick

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 91

Einführungsvortrag

Stand der Forschung über die DDR-Geschichte sieben Jahre nach der Wiedervereinigung

Herrmann Weber 94

Kurzbeiträge

Zum Schwerpunkt „Opposition und Widerstand sowie Repression“

Georg Brunner 106

Zum Schwerpunkt „DDR-Justiz“

Ilko-Sascha Kowalczyk 111

Diskussion 117

Kurzbeiträge

Chancen, Probleme und Perspektiven der Forschung über die DDR-Geschichte

Günther Heydemann 126

Manfred Wilke 129

Christoph Kleßmann 133

Armin Mitter 137

Diskussion 139

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie Platz zu nehmen. Ich freue mich, daß Sie den Weg hierher gefunden haben, Sie, die uns zuhören wollen und die, die herfinden mußten, weil

dies eine öffentliche Sitzung der Enquete-Kommission ist, und zwar die 48. Sitzung.

Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ im Prozeß der deutschen Einheit behandelt heute in ihrer öffentlichen Sitzung den Stand der Forschung über die DDR-Geschichte und versucht dabei, eine Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu erarbeiten. Ich danke den Leitern der verschiedenen Forschungseinrichtungen, die uns heute aus ihrer Arbeit berichten werden. Ich danke auch den Kollegen aus der Enquete-Kommission, die als Leiter solcher Einrichtungen den wissenschaftlichen Diskurs über die DDR mitbestimmen und heute darüber mit uns diskutieren werden. Der Sturz der SED-Diktatur hat die Wissenschaftslandschaft in ganz Deutschland grundlegend verändert. Das betrifft besonders die Einrichtungen, die sich unter zeitgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten mit der DDR und ihrer Geschichte beschäftigen. Zahlreiche Institute wurden abgewickelt und neue wurden ins Leben gerufen. Die Öffnung der Akten der DDR und das öffentliche Interesse an der Aufarbeitung der SED-Diktatur haben bewirkt, daß wir es heute mit einer vielfältig differenzierten Wissenschaftslandschaft zu tun haben. Die akademischen Institute und Forschungsbereiche, die sich mit der Forschung über die DDR-Geschichte beschäftigen, sind hier ebenso zu nennen wie die zahlreichen Aufarbeitungsinitiativen, in denen sich Opfer und Betroffene um die Aufarbeitung ihres Schicksals und das anderer bemühen. Mit diesen Aufarbeitungsinitiativen werden wichtige Gesichtspunkte in den Mittelpunkt gerückt, die in der klassisch-akademischen Forschung oft nur eine untergeordnete Rolle spielen. Deshalb hat die Enquete-Kommission jetzt auch eine Bundesstiftung auf den Weg gebracht, die diesen Initiativen helfen soll, ihre wichtige Arbeit fortzusetzen. Wenn wir verstehen wollen, was den in die Jahre gekommenen Totalitarismus der SED-Diktatur ausmachte, dürfen wir uns nicht nur dafür interessieren, was auf den Leitungsebenen, z. B. im ZK der SED, oder gar auf denen in Moskau ablief, sondern wir müssen wir mit besonderer Aufmerksamkeit auch beachten, wie der Alltag in der Diktatur aussah. Wir müssen die oft einander widersprechenden Sichtweisen der Opfer und derjenigen, die sich in Opposition und Widerstand in der DDR engagierten, einbeziehen, wenn wir genau hinschauen wollen. Ich erwähne an dieser Stelle auch die Arbeit der beiden Enquete-Kommissionen, mit denen das Parlament des vereinigten Deutschlands einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, die Aufgabe der Aufarbeitung der SED-Diktatur auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

Schließlich sei mir auch noch der Hinweis gestattet, daß es auch im Ausland vielfältige Bemühungen um die DDR-Geschichte gibt, die wir im Rahmen dieser öffentlichen Sitzung allerdings aus Zeitgründen nur am Rande erörtern können. Mir ist es aber wichtig auch darauf hinzuweisen, weil damit deutlich wird, die Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur ist ebenso wie die der ersten Diktatur auf deutschem Boden auch eine Aufgabe von internationaler Bedeutung. Die Völker um uns herum achten sehr darauf, wie wir mit unser totalitären Vergangenheit umgehen. Sie betrachten die Aufarbeitung der deut-

schen Diktaturgeschichte als einen ganz wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung. Bei unseren östlichen Nachbarn verläuft die Aufarbeitung der Diktaturgeschichte oft unter sehr viel schwierigeren Bedingungen als bei uns. Da geht es oft zunächst darum, finanzielle Probleme zu überwinden. Als sehr viel belastender empfinden es dort die Opfer, wenn sie erleben müssen, wie die Machthaber von einst noch immer an wichtigen Schalthebeln sitzen und eine offene und öffentliche Geschichtsaufarbeitung verhindern oder zumindestens massiv behindern. Ich hoffe, daß es der Enquete-Kommission noch gelingen wird, erste Initiativen zu entwickeln, auch hier zu helfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute nur etwa vier Stunden Zeit, um ein sehr wichtiges Thema zu behandeln. Ich weiß auch davon, daß es dabei nicht ohne Auseinandersetzungen, unterschiedliche Blickweisen und Bewertungsmaßstäbe abgehen wird. Ich halte das aber nicht für einen Schaden, solange es darum geht, der Wahrheit über eine schwierige Vergangenheit zu dienen. Herr Dr. Mähler hat uns vor kurzem sein neues Vademekum DDR-Forschung überreicht, für das ich ihm auch im Namen der Enquete-Kommission hier danken möchte. Dies hat knapp 350 Seiten, das bedeutet, in diesem Handbuch sind etwa 600 verschiedene Institutionen aufgelistet worden, die sich auf irgendeine Weise mit der DDR beschäftigen. Wir werden von allen diesen Bemühungen heute nur einen sehr kleinen, allerdings auch besonders wichtigen Teil zur Kenntnis nehmen können. Dazu wünsche ich uns allen ein gutes Gelingen. Herzlichen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema dieser öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission lautet – „Stand der Forschung über die DDR-Geschichte – Bilanz und Ausblick“. Es mag ja manchen, der die Einladung zu dieser Veranstaltung bekommen hat, der Gedanke befallen haben, ob so etwas notwendig ist und wenn ja, weshalb eine solche Veranstaltung eher gegen Ende der Arbeit der Enquete-Kommission stattfindet. – Dieses Ende ist ja schon irgendwo in Sicht! Ich glaube, diese Veranstaltung hat hier ihren richtigen Platz bekommen und es geht natürlich zum einen um eine Bilanz. Aber es geht eben auch um Ausblick, um Rückblick auf die erste deutsche Diktatur. Karl Jaspers hat 1945 geschrieben: „Was und wie wir erinnern und was wir daran als Anspruch gelten lassen, das wird mitentscheiden über das, was aus uns wird“. Damit ist auch der Anspruch oder doch zumindest der Wunsch an das, was wir bei dieser öffentlichen Sitzung leisten sollen und leisten wollen beschrieben. Daß es nur eine Teilleistung sein wird, hat der Herr Vorsitzende bereits angedeutet. Wir haben unseren Kollegen Hermann Weber gebeten, uns in einem einführenden Vortrag einen Überblick über den Stand der Forschung über die DDR-Geschichte sieben Jahre nach der Wiedervereinigung zu geben. Alle, die die Arbeit der geschichtlichen Aufarbeitung in Deutschland kennen wissen, welche Position und welche Bedeutung Hermann Weber in diesem Geschäft hat. Wir sind dankbar, Herr Weber, daß Sie sich bereit erklärt haben, uns in einer guten halben Stunde einen solchen Überblick zu geben. Wenn ich Sie dann bitten darf.

Prof. Dr. Hermann Weber: In 40 Minuten – so viel ist mir zugestanden – will ich versuchen, einen Überblick zu geben oder genauer gesagt, den Stand der Forschung darzustellen. Das habe ich mir so vorgestellt, daß ich in gewohnter Weise akzentuiert, aber doch nicht nur über den Forschungsstand im engen Sinne hier berichte – nämlich was gibt es gegenwärtig, welche Desiderata haben wir und ähnliches mehr – sondern daß ich versuchen will, das Thema weiter zu fassen. Ich werde die Rahmenbedingungen der Forschung ebenso einbeziehen wie einige Probleme. Ich möchte das in sechs Schritten tun.

Mein erster Punkt ist „der Forschungsstand bis 1990“, der zweite Punkt „der Zugang zu den Archiven“, der dritte „grundsätzliche Auseinandersetzungen zur DDR-Geschichte und die Rolle der Wissenschaft“, der vierte „der quantitative Umfang der Forschungen seit 1990“, der fünfte „Forschungsfelder und Inhalte“ und der Schlußpunkt heißt „Desiderata und Perspektiven der Forschung“.

Mein Ausgangspunkt ist die These: Eine der Voraussetzungen für die dringend notwendige politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist die wissenschaftliche Erforschung, denn Wissenschaft und ihre Analysen können beitragen zur Versachlichung. Sie können gegen Legendenbildung angehen. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte erfordert fundiertes Wissen, soll die Aufarbeitung nicht ins Emotionale abgleiten oder gar zum politischen Instrument verkommen.

Solche Gefahr besteht aber, wenn die Geschichte nicht von der Wissenschaft erforscht wird. Wissenschaft ist öffentlich, ihre Ergebnisse müssen transparent und nachprüfbar sein. Wissenschaft kann erklären, welche Fakten offenzulegen sind. Kenntnislücken müssen geschlossen, Strukturen analysiert, aber auch Verantwortlichkeiten benannt werden. Ebenso sind Ursachen und Folgen der SED-Diktatur zu untersuchen.

Vorab möchte ich hier sagen, daß – gemessen am Stand der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur – sieben Jahre nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur wir sehr viel weiter sind als damals die wissenschaftliche Aufarbeitung gekommen war. Damals gab es eigentlich nur das gerade gegründete Institut für Zeitgeschichte in München, das sich damit befaßte. In den Universitäten hat man sich kaum damit beschäftigt. Wir sind hier heute weiter, vielleicht auch durch die Aktivitäten der Enquete-Kommission.

Ich komme zu meinem ersten Punkt: Der Forschungsstand bis 1990

Wenn sieben Jahre nach der Einheit und acht Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur der Forschungsstand insgesamt gesehen gut vorangekommen ist, so aus zwei Gründen. Erstens: Es gab bereits vor 1990 wichtige und vielfältige Untersuchungen zur DDR. Und zweitens: Seit 1990 ist erstmals Einsicht in die geheimen schriftlichen Hinterlassenschaften in deren Archive möglich. Allerdings ist zu registrieren, daß die zahlreichen, die quantitativ meisten Untersu-

chungen der DDR-Historiker zu ihrer eigenen Geschichte bis 1990 nur in Ausnahmefällen heute wegen ihrer Materialfülle Bestand haben, der Großteil der Arbeiten ist Makulatur. Dies hängt zusammen mit dem Auftrag, den die DDR-Geschichtswissenschaft vom SED-Regime erhalten hatte, nämlich ihm historische Legitimität zu verschaffen. Sie hatten das zentrale Axiom der stalinistischen Ideologie, die „Partei“ habe „immer recht“, historisch zu untermauern. Diese Politisierung, die „Parteilichkeit“ hat die DDR-Geschichte zur rückprojizierten Gegenwart degradiert. Sie hatte nicht zu beschreiben, wie Geschichte wirklich verlaufen war, sondern wie sie nach der gerade gültigen Parteilinie hätte verlaufen sollen.

Zwecks Rechtfertigung der Generallinie der Parteispitze mußte Geschichte daher auch ständig umgeschrieben werden. Damit bewahrheitete sich das bekannte Bonmot: „Was ist im Kommunismus am schwersten vorauszusagen? – Die Vergangenheit.“ Das heißt also, die Geschichtsschreibung war ständig im Fluß. Es fehlte Unabhängigkeit und es fehlte Pluralismus der Geschichtsschreibung. Ich darf Sie daran erinnern, daß lange Zeit selbst Bildfälschungen gang und gäbe waren, daß selbst auf Bildern vom Gründungsparteitag der SED Köpfe von Leuten herausgeschnitten wurden, weil diese nicht mehr in die Linie paßten. Wenn das nicht ging, wie im Falle Robert Bialek – ich darf Sie verweisen auf die jüngste Beilage zum „Parlament“, die gerade über ihn berichtet hat –, dann malte man eben eine Perücke an und einen Schnurrbart, um ihn unkenntlich zu machen. Wenn dies also eine Phase von DDR-Geschichtsschreibung war, in der sehr viele DDR-Historiker sozialisiert worden sind, kann man sich ja vorstellen, was letztlich zu erwarten war.

Wegen der Parteilichkeit der DDR-Geschichtsschreibung waren die westdeutschen Historiker gezwungen, sich – gewissermaßen in Stellvertreterfunktion – mit der DDR-Geschichte zu befassen. Dabei standen sie vor zwei erheblichen Schwierigkeiten. Erstens: Nur in Ausnahmefällen hatten sie Zugang zu Quellen. Und zweitens: Leider waren es zu wenige Zeithistoriker, die sich dieser Thematik angenommen haben.

Dennoch ist festzuhalten, daß bis in die 80er Jahre wesentliche Bereiche, Etappen und Probleme der DDR-Geschichte, vor allem aber die Frühphase der SBZ/DDR, sowohl in Gesamtdarstellungen als auch in Monographien analysiert worden sind. Allerdings waren Methoden wie Wertungen wegen des Pluralismus der westlichen Zeitgeschichtsforschung durchaus verschieden. Ohne Zugang zu den Archiven sind gültige Aussagen publiziert worden, beispielsweise über die Etappen der SED-Diktatur, Kontinuität und Wandel, Herrschaftsstrukturen und Mechanismen (Ideologie, Terror, Neutralisierung). Zu vielen Feldern der Politik, zum Parteiensystem Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Verfolgung liegen Veröffentlichungen vor, die auch heute Bestand haben.

Am Ende der DDR gab es einen teilweise unzureichenden, aber doch respektablen Forschungsstand. Es brauchte das Rad nicht neu erfunden zu werden, obwohl das viele dachten und manche sogar heute noch glauben.

Zweitens: Der Zugang zu den Archiven

Seit dem Ende der DDR und der Öffnung der dortigen Archive besteht für Historiker die einmalige Chance – nicht zuletzt auch durch die unermüdliche Arbeit der Archivare –, die schriftliche Hinterlassenschaft der SED-Diktatur von ihrem Beginn bis zum Ende zu untersuchen. Vor allem durch die Einrichtung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) und durch die Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist wurden den Wissenschaftlern hervorragende Bedingungen geboten. Für die umfassenden Forschungen zur Geschichte der DDR ist die Bedeutung dieser Archivalien hoch einzuschätzen. Darauf hat bereits die 1. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hingewiesen, zugleich aber auch damals Schwierigkeiten benannt. Meines Erachtens geht es gegenwärtig um folgende kritischen Punkte:

1. Schon mehrfach mußte auf eine „Schieflage“ beim Zugang zu den Archiven hingewiesen werden. Derzeit ist das Geschehen nur aus den Quellen der DDR heraus zu bearbeiten. Während fast alle dortigen Akten bis 1989/90 offen sind, gilt für westdeutsche Unterlagen weiterhin die 30-Jahre-Sperrfrist.

Wenn sich die Forschung von Mitte der 60er ab – das sind ja die 30 Jahre – allein mit den östlichen Quellenbeständen begnügen muß, wird die Aufarbeitung erschwert. Deshalb weiterhin die Forderung, die westdeutschen Akten der Forschung zugänglich zu machen. Schon jetzt droht – so sagte die 1. Enquete-Kommission – eine bedenkliche Asymmetrie der Forschung sich zu verfestigen. Das blieb, wie mir scheint, leider ungehört. Nachdrücklich ist deshalb weiter darauf zu bestehen, daß der Wissenschaft die Einsicht insbesondere in Überlieferungen der westdeutschen Parteien, des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, aber auch des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes bis 1989/90 gestattet wird.

2. In den Handlungsempfehlungen der ersten Enquete-Kommission hieß es außerdem: „Die Akten des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sollten für die Forschung zugänglich sein“. Dies ist Wissenschaftlern generell immer noch nicht gestattet. Es ist z. B. absurd, daß dem Außenminister der freien DDR, Markus Meckel, bis heute Akteneinsicht in sein früheres Ministerium nicht gestattet wird.
3. Schwierigkeiten gibt es noch immer bei den russischen Archiven. Sie lesen das ja immer wieder, man braucht dazu nicht viel zu sagen. Fest steht, daß ohne die russischen bzw. sowjetischen Akten etwa die Rolle der allmächtigen SMAD in der SBZ oder der tatsächliche Spielraum der SED-Führung gegenüber den Herrschern im Kreml während einzelner Phasen der DDR-Geschichte nicht eindeutig zu klären ist. Nach anfänglich großen Erwartungen auf weitreichende Offenlegung der sowjetischen Archivalien nimmt in jüngster Zeit eher die Skepsis zu.

4. Die Aufbewahrung und Sicherung von Dokumenten des Widerstandes in den Archiven der Bürgerbewegung ist bedroht. Der Vorsitzende hat eben auf deren Wichtigkeit schon hingewiesen. Zu hoffen bleibt, daß die geplante Stiftung hier Abhilfe schaffen kann.
5. Die 1. Enquete-Kommission hatte auch gefordert, die „zügige Erschließung der Archivalien“ durch finanzielle Absicherung zu gewährleisten. Gegenwärtig sind aber selbst bei SAPMO noch längst nicht alle Akten erschlossen. Damit die Forschung sämtliche Quellen benutzen kann, ist die rasche Erschließung von Archivalien und Nachlässen mit Nachdruck anzumahnen. Inzwischen kommt etwas sehr ärgerliches hinzu: Kopien aus den deutschen Archiven haben inzwischen russische Preise, d. h. sie sind so teuer, daß sie für Studierende kaum noch erschwinglich sind und auch hier sollte vielleicht doch gesagt werden, so geht's eigentlich nicht!
6. Eine zusätzliche Erschwernis könnte sich ergeben, weil zwischenzeitlich einige Institutionen Teile russischer Archivalien in Kopienform erworben haben. Die Frage ist, was damit geschieht, ob sie nur für diese Institution zugänglich ist, oder für die ganze Forschung.

Zum Schluß noch einen Hinweis, ich habe das auch öfters geschrieben. Man darf die Archivalien nicht überschätzen. Es ist nicht so, als ob die Archivalien die Wahrheit gewissermaßen herausprudeln, aber man braucht die Archivalien, und man muß eben professionell ideologiekritisch mit ihnen umgehen.

Ich komme zu meinem dritten Punkt: Die grundsätzliche Auseinandersetzung über DDR-Geschichte und die Rolle der Wissenschaft

Der Hauptwiderspruch in der generellen Einschätzung der DDR bestand bis 1989 zwischen der „parteilichen“ DDR-Historiographie, die ihren realen Sozialismus in leuchtenden Farben schilderte, und der kritischen aber – methodisch wie bei den Wertungen – pluralistischen westlichen DDR-Forschung. Im Westen dominierte bis in die 60er Jahre die Totalitarismuskonzeption. Aus deren Warte wurde die DDR-Geschichte vor allem als Teilentwicklung des Sowjetkommunismus betrachtet. Ihre Grundthesen waren aus meiner Sicht eher einseitig, aber sie belegten die Abhängigkeit von der Führungsmacht UdSSR, was in späteren Untersuchungen oft vernachlässigt wurde.

In den 60er Jahren hat Ernst Richert, einer der Begründer der westdeutschen DDR-Forschung, versucht, die DDR unter dem Aspekt der Industriegesellschaft zu analysieren. Peter Christian Ludz registrierte einen Wandel von der totalitären zur autoritären DDR-Gesellschaft und entwickelte den methodischen Ansatz einer kritischen „immanenten“ Betrachtung. Diese veränderte Sichtweise hat die soziologisch und politik-wissenschaftliche, aber weniger die historische DDR-Forschung betroffen. Hier gab es allgemeine Faktenbeschreibungen und Bewertungen. Selten war die Einschätzung der DDR als eine Übergangsgesellschaft. Schließlich wurde das SED-Regime ausdrücklich als

stalinistische Diktatur beschrieben. Für die DDR und ihre Historiker selbst galten alle diese unterschiedlichen Schulen oder Typologisierungen als „antikommunistische Hetze“, als politische „Subversion“ sowie „ideologische Diversion“, waren „imperialistische“ Feindbilder, und alle DDR-Forscher nur „ominöse Leute, die sich als Wissenschaftler aufputzen“.

Darauf ist deshalb zu verweisen, weil seit einigen Jahren ein Streit darüber besteht, ob die westliche DDR-Forschung die SED-Diktatur „schöngefärbt“ habe. Für die historische DDR-Forschung in der Bundesrepublik habe ich dies schon öfter als falsch zurückgewiesen, will darauf auch nicht näher eingehen, aber einiges doch dazu sagen. Gerade von der historischen DDR-Forschung in der Bundesrepublik wurden ohne Zugang zu den Akten kritische Untersuchungen zur Entwicklung erarbeitet. Jedenfalls gab es – abgesehen von der marginalen, der DKP-nahestehenden Publizistik – in der Zeitgeschichtsschreibung keine von der SED gesteuerte Schönfärbung, wie man das leider ab und zu liest. Wie überall befanden sich auch unter Historikern Naivlinge, Einäugige oder Leute mit Scheuklappen, und es gab und gibt auch heute noch Dogmatiker.

Aber verfassungstreue Demokraten heute in die Nähe der SED-Diktatur zu rücken, das ist schon ein starkes Stück! Vor allem, wenn dies besserwisserisch mit einseitig ausgewählten Akten-Fragmenten geschieht und um der Enthüllungen wegen die für jeden Historiker selbstverständliche Quellenkritik vernachlässigt wird. Bei all diesen Anwürfen spielen außerwissenschaftliche Faktoren, wie etwa Verteilungskämpfe, eine Rolle. Der Streit ließ – um Ilse Spittmann zu zitieren – „die Forschung selbst fast als Nebensache erscheinen“.

Es ist wirklich an der Zeit, diese personalisierte Auseinandersetzung mit ihren Verbalinjurien zu beenden und Inhalte zu debattieren. Verteilungskampf und Profilierungssucht dürfen zivilisierte Formen des wissenschaftlichen Diskurses, nämlich den Austausch von Argumenten, nicht länger überlagern, erschweren oder gar verhindern.

Dabei sollte dieser Diskurs sich allerdings davor hüten, sich an Wortklaubereien und plakativen Begriffen zu orientieren. Ich erinnere mich noch an den – in meinen Augen lächerlichen – Streit der 60er Jahre um die „richtige“ Bezeichnung der DDR. Ich darf hier persönlich werden. Als ich 1966 den ersten Halbband meiner Arbeit „Von der SBZ zur DDR“ veröffentlichte, waren Landeszentralen für politische Bildung zu dessen Verbreitung nur dann bereit, wenn die Bezeichnung DDR in Anführungsstriche gesetzt werde. Als dann 1967 die Gesamtdarstellung erschien, war das plötzlich nicht mehr nötig. Nun allerdings schrieben Rezensenten im Westen, „im Geiste“ müsse sich der Leser immer „Gänsefüßchen“, also Anführungszeichen, mitdenken. Und im Osten schrieben die Rezensenten „Als getreuer Anhänger der CDU/CSU setzt Weber DDR in Anführungszeichen“. Sie sehen, über was schon überall geschimpft wurde. Die Anführungszeichen waren also etwas, an dem man sich plakativ festhielt und ich darf Sie daran erinnern, daß die Springer-Presse das noch lange lange Zeit

gemacht hat, aber ausgerechnet kurz vor dem Zusammenbruch der DDR dann plötzlich auch kapitulierte und die Führungsstriche wegließ.

Ich hoffe, daß diese Art der Diskussion, sich an Äußerlichkeiten aufzuhängen, die Wissenschaft nicht beschäftigt, denn sie muß sich stets – und das wäre nun meine Schlußfolgerung – der Instrumentalisierung durch die aktuelle Politik widersetzen und Parteilichkeit verwerfen. Es gilt, die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen. Doch ist auch zur Kenntnis zu nehmen, daß Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht unpolitisch geschieht, etwa wenn man an Nostalgie denkt. Hier wird die Verzahnung von wissenschaftlicher Erforschung der DDR-Vergangenheit mit der wichtigen politisch-moralischen Bewältigung deutlich, und der Wissenschaftler sollte als Bürger sein Wissen einsetzen.

Doch die Wissenschaft muß sich stets von ihren eigenen Kriterien und den professionellen Standards leiten lassen. Lassen Sie mich aktuell werden. Gegenwärtig sehen manche einen neuen Historikerstreit auf uns zukommen. Es geht, wie Sie alle wissen, um das in Frankreich erschienene „Schwarzbuch“ über den Kommunismus, das Anlaß zu Debatten ist. Was die einzelnen Autoren über die Opfer des Terrors in den kommunistischen Diktaturen berichten, wird kaum angezweifelt und ist meines Erachtens auch nicht anzuzweifeln. Die Diskussion geht in erster Linie um die Einleitung von Stéphane Courtois. Ist es möglich, der globalen Zahl von 80 Millionen Opfern – nach Courtois sind es sogar 100 Millionen – „des“ Kommunismus die „nur“ 25 Millionen Opfer der NS-Diktatur gegenüberzustellen? Mit anderen Worten: Ist der „Klassengenozid“ dem „Rassengenozid“ gleichzusetzen?

Vor allem: sind sämtliche Opfer „des“ Kommunismus so einfach zu addieren, einerlei, ob sie im Steinzeit-Kommunismus Pol Pots ermordet wurden oder aber im russischen Bürgerkrieg 1918-1921 ums Lebens kamen? Dabei sollte doch klar sein, daß sich im Bürgerkrieg „Weiße“ und „Rote“ gegenseitig mit gleicher Grausamkeit umbrachten.

Einige Autoren des Schwarzbuches, vor allem Nikolas Werth, haben sich inzwischen in Interviews – auch in den deutschen Medien – von den Vereinfachungen Courtois distanziert. Es ist aber schon fast peinlich, wenn ausgerechnet die „Junge Welt“ enthüllt, daß der „Spiegel“ in dieser Debatte ein Foto veröffentlicht, das die Dinge auf den Kopf stellt. Es zeigt Waisenkinder während der russischen Hungersnot 1922. Diese soll ja – nach der neuen Version – von den Kommunisten bewußt als Ausrottung geplant gewesen sein. Tatsächlich diente die Fotografie der kommunistischen „Internationalen Arbeiterhilfe“ als Argument, um weltweit Hilfe für das hungernde Rußland zu beschaffen. Diese organisierte – übrigens im Auftrag Lenins – der deutsche Kommunist Willi Münzenberg, später vermutlich selbst ein Opfer Stalins.

Damit spreche ich eine andere Problematik an. Vernachlässigt wird in den Diskussionen nämlich eine Besonderheit des Kommunismus. Diese Bewegung hat als einzige der neueren Geschichte mehr ihre eigenen Führer, Funktionäre und Mitglieder ermordet, als das ihre Feinde getan haben. In Kürze erscheint

ein Band deutscher, russischer und tschechischer Forscher, dann werden wir diesen Faktor etwas näher untersuchen.

Terror war den kommunistischen Diktaturen, insbesondere im Stalinismus, immanent. Aber der Kommunismus ist nicht auf blutigen Terror zu reduzieren. Und die Formen des Terrors sind nicht nur aus den schrecklich hohen Zahlen der Opfer abzulesen. Für die DDR-Forschung ist auch aus dieser neuen Debatte eine einfache Schlußfolgerung zu ziehen: Bei den Wertungen mögen monokausale Erklärungen für komplexe Vorgänge in der Öffentlichkeit „gefragt“ sein. Der Historiker hat tunlichst die kritische Differenzierung vorzunehmen, hat anstelle simpler Schwarz-Weiß-Malerei auch die Grautöne, die Zwischentöne nicht zu vernachlässigen. Die Wissenschaft muß sich deswegen vor der Vereinnahmung durch die Politik ebenso hüten wie vor dem jeweiligen „Zeitgeist“.

Dennoch sollte und muß Wissenschaft nicht darauf verzichten, klare Grundsatzwertungen vorzunehmen. Ein Beispiel: Beim Vergleich beider deutscher Diktaturen zeigt sich, daß zwar die Dimensionen des Terrors in der barbarischen Nazi-Diktatur unendlich größer waren, aber dies macht den Terror in der SED-Diktatur nicht weniger schrecklich. Deshalb ist auch die DDR bei aller wissenschaftlich gebotenen Sachlichkeit als Diktatur und damit als politischer Unrechtsstaat zu benennen und zu begreifen.

Viertens: Der quantitative Umfang der Forschungen seit 1990

1993 hat der Mannheimer Arbeitsbereich DDR-Geschichte im Auftrag der ersten Enquete-Kommission eine Umfrage über Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte durchgeführt, die 1994 veröffentlicht wurde. Schon damals zeigte sich ein rasch wachsendes Interesse der Wissenschaft für zeithistorisch und sozialwissenschaftlich orientierte Forschungen. Es konnten über 750 Projekte erfaßt werden, von denen zahlreiche inzwischen fertiggestellt wurden, andere noch bearbeitet werden, viele aber auch aufgegeben worden sind.

Wie stark die DDR-Forschung schon in der Wissenschaftslandschaft verankert ist, beweist das vom Vorsitzenden schon beschriebene und von Ulrich Mählert herausgegebene „Vademekum der DDR-Forschung“. Ich denke, daß mit diesem Band der Überblick über die wichtigsten Forschungseinrichtungen, Bibliotheken und Archive überzeugend belegt, daß sich die Erforschung der DDR-Geschichte insgesamt gesehen auf ein gutes Fundament stützen kann. Ich bin Ulrich Mählert besonders dankbar, daß er mir gestattet, hier bereits Ergebnisse aus seiner – noch unveröffentlichten – Expertise für die Enquete-Kommission vorzutragen. Die Kernaussage ist, daß das Interesse der universitären und außeruniversitären Forschung auch im siebten Jahr der deutschen Einheit ungebrochen besteht. Seit 1990 konnten über 1.000 einschlägige Forschungsvorhaben registriert werden. Gegenwärtig dürften mehr als 500 Forscherinnen und Forscher tätig sein, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der SED-Diktatur beschäftigen. Interessanterweise verteilen sich

diese zu je einem Drittel auf die frühere DDR, auf die Altbundesrepublik und auf Berlin. Man merkt, Berlin ist hier natürlich besonders vorne.

Bemerkenswert ist, daß die Akademisierung der DDR-Forschung voranschreitet. Rund ein Drittel der Bearbeiter sind promoviert. Die wachsende Zahl der Dissertationen dokumentiert das Interesse der Wissenschaft. Bereits 1993 waren bei der Umfrage 131 der 750 Projekte Promotionsvorhaben. Bei den neuen Projekten zwischen 1994 und 1997 stellen Doktoranden mit 107 ein Drittel aller Bearbeiter und es sind sogar 15 Habilitationsschriften in Arbeit. Bedeutsam ist, daß die Hälfte alle Projekte an Universitäten angesiedelt sind, ein Drittel an universitätsnahen Institutionen. Es haben sich neue Institutionen herausgebildet, in deren Mittelpunkt die Erforschung der DDR steht und die im wesentlichen in den neuen Bundesländern und in Berlin angesiedelt sind. Ich möchte die fünf größten nur nennen.

Die Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen konzentriert sich seit 1992 auf die Untersuchung des MfS und seine Rolle im Herrschaftssystem der DDR. Da sie Teil einer Behörde ist, gab es in der Wissenschaft einige Unruhe, aber ich glaube, heute hat diese Institution in ihren Veröffentlichungen gezeigt, wie wichtig sie im gesamten wissenschaftlichen Bereich ist. Ich erinnere nur an die große Reihe ihrer Untersuchungen.

Das Institut für Zeitgeschichte in München, das sich über die Jahrzehnte hinweg mit der nationalsozialistischen Diktatur befaßt hat, hat eine Außenstelle in Berlin geschaffen, die seit 1994 die Geschichte der SBZ/DDR als Teil der deutschen Zeitgeschichte und insbesondere im Vergleich mit der NS-Diktatur, sowie der Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten untersucht. Besonders hervorzuheben ist, daß hier erstmals auch breitere Forschungen über die Sowjetische Militäradministration vorgenommen worden sind.

Das Zentrum für Zeithistorische Forschungen in Potsdam und der Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin sind hier vertreten. Sie werden sich sicher noch vorstellen. Dazu brauche ich nichts zu sagen.

Herr Prof. Dr. Henke, Leiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden, der heute leider nicht kommen konnte, hat mich ausdrücklich gebeten, doch darauf zu verweisen, daß seine Forschungen im wesentlichen den Strukturen der SED-Diktatur sowie des Widerstandes angehen. Er hat mir eine Liste geschickt – ich darf ich ein bißchen breiter werden, damit man auch mal sieht, was denn überhaupt geforscht wird. Es sind insgesamt 21 Projekte, die dort gegenwärtig laufen, die ich nicht alle vorlesen werde, aber einige wenige möchte ich doch benennen: 'Ärztliches Handeln und politische Verfolgung von Ärzten in der SBZ/DDR', 'Zur Geschichte der Selbstbehauptung – Widerstand und Verfolgung auf der Grundlage der Akten des VOS', 'Zur Geschichte der Lager in der SBZ/DDR in der Sowjetunion', 'Sicherung und Aufarbeitung des Personenverzeichnisses zu Widerstand und Verfolgung', 'SMT-verurteilte deutsche Zivilisten in Kriegsgefangenenlagern', 'Die

friedliche Revolution in Sachsen und die Herausbildung des Freistaates', 'Die Geschichte der Kernenergie in der DDR', 'Die Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR', 'Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90', 'Funktionseliten in der Wirtschaft der SBZ, Planbürokratie und Kaderentwicklung', 'Die Justiz als Instrument zur Herrschaftssicherung' und schließlich 'DDR-Historie und Staatspartei – über die Funktion der Geschichtswissenschaft'. Man sieht an solchem Beispiel die Breite dieser Projektansiedlung, aber natürlich auch den Kern, auf den das ganze zielt.

Vor allem an den Universitäten hat die Erforschung der DDR-Geschichte in den letzten Jahren zugenommen. Schwerpunkte liegen bei politikwissenschaftlichen, germanistischen und zeitgeschichtlichen Instituten und Lehrstühlen. Aber auch Geographen, Pädagogen, Wirtschafts- und Medizinhistoriker und Rechtswissenschaft befassen sich mit der DDR-Geschichte. Darüber wie über die fast unübersehbare außeruniversitäre Forschung informiert das schon erwähnte Vademekum.

Die Aufarbeitungsinitiativen sind bereits erwähnt worden. Auch die Opferverbände sowie Zusammenschlüsse von Mitarbeitern abgewickelter DDR-Forschungseinrichtungen wären hier zu nennen. Ebenso die großen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung usw.) oder Forschungsgruppen im Umfeld der Kirche. Hinzuweisen ist schließlich auf die Forschung im Ausland, die ja nach wie vor im englischsprachigen Raum sehr stark ist. Wie es im französischen Raum aussieht, können Sie dem gerade erschienenen neuen „Deutschland-Archiv“ entnehmen, wo im „Newsletter“ ein Überblick gegeben wird.

Die Akademisierung der DDR-Forschung einerseits und das breite Spektrum der außeruniversitären Aktivität andererseits bieten eine gute Ausgangsposition für ihre erfolgreiche Fortführung.

Fünftens: Forschungsfelder und Inhalte

Derzeit werden die Forschungsfelder und Zeitphasen von der Wissenschaft mit sehr unterschiedlicher Intensität bearbeitet. Seit 1990 liegt der Schwerpunkt der DDR-Forschung (etwa 25 Prozent aller Projekte) auf der Frühphase der SBZ/DDR, die auch schon vor 1990 am besten bearbeitet war. Das gilt neuerdings auch für die letzte Etappe, die 80er Jahre bis zur Revolution und dem Ende der Diktatur – etwa 20 Prozent der Forschungsprojekte. 25 Prozent beziehen den ganzen Zeitraum ein. In den Hintergrund gerückt sind die 60er und 70er Jahre, mit denen sich derzeit nur 3 Prozent der Forschungsprojekte befassen.

Lassen Sie mich hier einfach die Ergebnisse, wie Mählert sie zusammenfaßt, einmal vorlesen: „Rund 20 Prozent aller Forschungsprojekte widmen sich Fragen der Herrschaftssicherung durch Partei, MfS, Militär, Polizei und Justiz bzw. Formen der Verweigerung durch Opposition. Weitere 20 Prozent interes-

sieren sich für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Im Verlauf der 90er Jahre ging das wissenschaftliche Interesse an der DDR-Literatur sowie der darstellenden Kunst zurück. Anhaltende Aufmerksamkeit genießen die DDR-Medien, lokal- und regionalgeschichtliche Fragestellungen, der Untergang der DDR sowie der nachfolgende Transformationsprozeß“.

Fügt man hinzu, daß auch die Rolle der Kirche weiterhin Interesse findet, dann ist in den letzten Jahren gegenüber der Mannheimer Untersuchung von 1993 eine verstärkte Hinwendung zu wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen zu registrieren, während die Zahl der Untersuchungen zu Kunst und Kultur eher abnimmt. Dagegen steigt die Zahl der Projekte im Bereich der Alltagskultur. Diese gehören, wie Mählert herausfand, zu jenen fünf Kategorien, denen gegenwärtig mehr als 20 Projekte zuzuordnen sind, nämlich neben Alltag Kirchen: Opposition und Verfolgung, Sozialgeschichte, Wirtschaftsgeschichte. Als relativ gut bearbeitet können folgende Themenfelder genannt werden: Politikgeschichte, Verfassungs-, Ideologie- und Literaturgeschichte sowie die Bildungs-, Frauen- und Jugendpolitik der ersten Jahrzehnte der DDR-Entwicklung. Hier lagen z. T. bereits wesentliche Untersuchungen vor oder sind nach 1990 neu erstellt und durch Aktenfunde erweitert worden.

Für die Forschung interessant sind auch Erinnerungen von Zeitzeugen. Seit 1990 ist die Memoirenliteratur geradezu explosionsartig gewachsen. Zu nennen sind einerseits die Rechtfertigungsversuche von früheren Politbüro-Leuten wie Axen, Hager, Neumann u. a. bis hin zu MfS-Offizieren und -Mitarbeitern. Andererseits liegen inzwischen auch viele Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten vor, so daß auch dieser Bereich nicht nur aus den Akten erforscht werden muß. Schon in diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß biographische Arbeiten über Personen der DDR-Geschichte allerdings noch wenig geschrieben wurden.

Seit 1990 gibt es für viele Bereiche der DDR-Geschichte Dokumentationen und aus den Quellen erarbeitete Studien. Insgesamt ist der Stand der DDR-Forschung in Quantität und Qualität gut.

Sechstens: Desiderate und Perspektiven der Forschung

Die Forschungen zur DDR-Geschichte werden – so prognostizierte ich 1993 – zukünftig von Desideraten ebenso bestimmt sein wie von der Quellenlage und den Forschungsförderungsprogrammen. Ich denke, das hat sich auch so entwickelt. Doch Desiderate bestehen weiter. Generell befindet sich die vergleichende Diktaturforschung nach wie vor in den Anfängen. Der Vergleich zwischen beiden deutschen Diktaturen, zwischen der DDR und den kommunistischen Diktaturen Europas, aber auch der Vergleich der DDR und der Bundesrepublik, hat eigentlich erst begonnen. Ähnliches gilt für die Analyse der Entscheidungsprozesse in der SED-Spitze und vor allem deren Handlungsspielraum gegenüber Moskau. Das hat aber, wie ich vorher sagte, mit der Archivlage zu tun. Auffallend ist nun, daß ausgerechnet die SED, deren Führung die

Diktatur ausübte, aber auch die Blockparteien und Massenorganisationen, auf die sie sich dabei stützte, immer noch relativ geringe Aufmerksamkeit in der Forschung finden, mit Ausnahme der Frühphase. Hier merkt man, daß offensichtlich die Vorstellung, daß dieser Bereich als wesentlicher Bereich zu erforschen ist, sich noch nicht überall durchgesetzt hat. Das gerade erschienene SED-Handbuch widerspiegelt etwas diese Lage; es zeigt natürlich einiges mehr. Desiderate werden inzwischen von Jesse, Mähler und anderen benannt, aber auch viele der Expertisen, die für die erste Enquete-Kommission erstellt wurden, verweisen konkret auf Forschungslücken. Ich verweise hier nur wieder auf diese Bände, wo von Eckert, Diller, Holzweißig, Krebs, Kuppe, Lapp, Werner Müller, Richter und Voigt ausführliche Darstellungen der Forschungslücken gegeben wurden. Auflisten möchte ich folgende Desiderate:

- Die Verzahnung der Entwicklung beider deutscher Staaten.
- Die Außenpolitik der DDR.
- Es müßte eine Überwindung der DDR-Zentriertheit durch Analysen zur Rolle der Sowjetunion, des Warschauer Paktes und der RGW usw. erfolgen.
- Untersuchungen zur SED, zu deren Sozialgeschichte, der Veränderung ihrer Mechanismen und der Parteidiktatur in einzelnen Phasen. Hier kann man auch sagen, daß offenbar auch die Wissenschaft von Gedenktagen beeinflußt wird, denn der Jahrestag der Zwangsvereinigung von SPD/KPD hatte 1996 dazu geführt, daß plötzlich dieses Feld sehr beackert worden ist. Ich bin nun optimistisch genug zu sagen, 1999 haben wir nicht nur 50 Jahre Bundesrepublik, sondern auch 50 Jahre DDR und 10 Jahre Untergang der DDR, so daß das vielleicht wieder Aufschwung gibt, manche unterbelichteten Felder weiter zu verfolgen.
- Was fehlt, sind Betrachtungen zu den Phänomenen der Überzeugungen der Akzeptanz und des Arrangierens mit dem Regime.
- Die Ideologie als Integrationsfaktor.
- Die Rolle und Ambivalenz der Massenorganisationen, insbesondere des FDGB.
- Gründe für systemkonformes oder oppositionelles Verhalten bestimmter sozialer Gruppen.

Schließlich auch:

- Die Militarisierung der Gesellschaft.

Generell zeigt sich, daß die bisherige Forschung zu sehr die Intentionen der Herrschenden prüft; zu kurz kamen die Umsetzung der Politik und die realen Auswirkungen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche methodische und inhaltliche Fragestellungen für die Analyse der DDR-Geschichte, die von der Wissenschaft diskutiert werden. Beispielsweise wird die Auseinandersetzung darüber weitergehen, ob die DDR heute von ihrem Ende her zu sehen ist, der Unter-

gang also längst vorprogrammiert war, oder aber ob in verschiedenen Phasen auch Alternativmöglichkeiten bestanden. Gab es – wie oft behauptet – eine demokratische Vorgeschichte der DDR?

Umstritten ist die Funktion des „Marxismus-Leninismus“: Hat die SED die Theorien von Marx realisiert oder diente die Ideologie in erster Linie als ein Instrument zur Rechtfertigung und Verschleierung ihrer Herrschaft? Zu debattieren bleibt der Typus der DDR-Gesellschaft oder die Verantwortung der Sowjetunion und der deutschen Kommunisten in der SED-Diktatur.

Eine generelle Fragestellung für das Herangehen der Forschung an die 40 Jahre DDR wird derzeit nicht einheitlich bewertet, ist aber wichtig. Soll jetzt die Erforschung der Sozial- und Alltagsgeschichte in den Mittelpunkt gestellt werden? Ein gewichtiges Argument dafür ist, daß die im Alltag gewachsenen Verhaltensweisen und Mentalitäten im Rahmen des Zusammenwachsens Deutschlands eine entscheidende Rolle spielen. Für die umfassende Aufarbeitung ist also die Kenntnis der Sozialgeschichte wesentlich. Müssen aber – wäre die andere Alternative – die Machtstrukturen der DDR weiterhin im Zentrum der Forschungen stehen, um die SED-Diktatur als Kern des Systems zu erkennen? DDR-Forschung nur als Diktaturforschung zu verstehen, wäre – wie Jesse sagt – verkürzt. Selbstverständlich sind aber weiterführende Untersuchungen der Herrschaftsstruktur sowie des Ausbaus und der Sicherung der SED-Diktatur notwendig. Doch ebenso eindeutig ist, daß die Sozialgeschichte verstärkt behandelt werden muß und eine „sozialwissenschaftliche Zeitgeschichtsanalyse“ zu leisten ist, um genauere Erkenntnisse zu bekommen.

Nun ist – sogar innerhalb des Berliner Forschungsverbundes SED-Staat – eine Debatte darüber ausgebrochen, ob das Ende der SED-Diktatur und die deutsche Einheit durch eine Revolution herbeigeführt wurden oder nicht. Schließlich wird gegenwärtig auch diskutiert, ob der Forschungsstand bereits so gut ist, daß Gesamtdarstellungen erlaubt sind, oder ob zunächst Einzelprobleme behandelt werden müssen. Dies alles zeigt in meinen Augen eine solide und produktive Entwicklung der DDR-Forschung, die sich durch ihren Pluralismus, eine Vielfalt von Methoden und Bewertungen, auszeichnet und daher eine gute Perspektive hat. Dennoch kann nicht von einer dauerhaften Etablierung der DDR-Forschung als Teildisziplin in ihren „Mutterwissenschaften“ gesprochen werden. Obwohl der Forschungsstand 1997 erfreulicherweise sehr beachtlich ist, befindet sich die DDR-Forschung – gemessen etwa an der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Diktatur – auf vielen Gebieten eher noch am Anfang. Daher muß vor allem die Finanzierung der DDR-Forschung gesichert sein. Es ist schon fast ein Alarmzeichen, daß gegenwärtig jeder fünfte Projektmitarbeiter seinen Lebensunterhalt mit nichtwissenschaftlicher Arbeit verdient, also gewissermaßen nur nebenberuflich forschen kann. Nur 10 Prozent sind auf Dauer etatisiert, rund die Hälfte der Forscher empfangen Drittmittel, 15 Prozent Stipendien. In Zeiten leerer Kassen ist die Forschungsfinanzierung generell ein Problem, für eine sich erst etablierende wie die DDR-Forschung aber ganz besonders. Die gegenwärtige Unterstützung von Bund, Ländern und

den Forschungsförderungsinstitutionen darf nicht zurückgeschraubt werden, soll die Grundlage der Aufarbeitung nicht gefährdet werden. Für die geplante Stiftung „Zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ muß es ein vorrangiges Anliegen sein, in zunehmendem Maße Forschungsförderung zu betreiben, um die Ausweitung der DDR-Forschung zu sichern.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Sieben Jahre nach der deutschen Vereinigung zum Stand der Forschung über die DDR-Geschichte ist festzuhalten:

1. Trotz erheblicher Schwierigkeiten ist die Forschung über die DDR gut vorangekommen. Ausgangspunkt war 1990 ein ordentlicher Forschungsstand und seither die Öffnung der Archive. Beim Zugang zu den Archiven gibt es indes noch Probleme.
2. Der quantitative Umfang der Forschung seit 1990 ist ebenso wie die Qualität der Untersuchungen bemerkenswert. Das Interesse an einzelnen Forschungsfeldern ist gewachsen, Produktivität und Vielseitigkeit sind positiv hervorzuheben.
3. Obwohl der Forschungsstand 1997 beachtlich ist, die Perspektiven insgesamt gut sind, bleiben genügend Probleme. Die DDR-Forschung ist noch keineswegs fest etabliert. Ihre weitere Unterstützung, vor allem die Finanzierung, ist notwendig, ja unerlässlich.
4. Schließlich bleibt die Forschung Voraussetzung kritischer, gesellschaftspolitischer Aufarbeitung. Die Förderung der Wissenschaft zur DDR-Geschichte bedeutet daher Hilfe bei der Aufarbeitung, der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Meine Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön an Herrn Kollegen Weber. Ich könnte mir vorstellen, daß jetzt schon der Bedarf nach Diskussion sehr groß ist, aber das „Drehbuch“ für diese öffentliche Sitzung sieht vor, daß wir zunächst einmal das, was jetzt hier schon in reicher Fülle auf den Tisch gepackt worden ist, noch weiter anreichern durch zwei Beiträge zu Spezialproblemen. Zunächst ein Kurzbeitrag von Herrn Prof. Dr. Georg Brunner aus Köln zum Schwerpunkt DDR-Justiz. Wenn ich Sie bitten darf.

Prof. Dr. Georg Brunner: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine Aufgabe ist es, über den Stand der DDR-Forschung auf dem Gebiet der Justiz zu berichten, wobei mir Kollege Weber schon viele Arbeit abgenommen hat, weil der allgemeine Rahmen eigentlich das ausdrückt, was ich dann im kleineren auch auszuführen habe. In einem ersten Teil möchte ich eine kurze Bestandsaufnahme geben und dann im zweiten Teil auf die Perspektiven, Desiderata und auf das, was sonst noch in die Zukunft weist, eingehen.

Was den Bestand angeht, so ist auch hier die Feststellung zu treffen, daß in den sieben Jahren seit der Wiedervereinigung die Erforschung der DDR-Justiz aufgrund der neuen Quellenlage, auch der Zeitzeugen, ein gutes Stück weiterge-

kommen ist. Es sind Ergebnisse zu Tage gefördert worden, die die – so wie ich meine – bereits zuvor von den realitätsbezogenen Teilen der DDR-Forschung vor 1990 ermittelten Ergebnisse im wesentlichen bestätigen, präzisieren und ergänzen. Es ist eine solche Fülle von Forschungsarbeiten vorgelegt worden oder in der Planung, von Herrn Weber haben wir Zahlen gehört, daß ich keineswegs sicher bin, daß mir alles bekannt ist, was auf dem Gebiet der Justiz geschehen ist oder geplant wird. Ich will deshalb auch nur die wichtigsten großen Forschungsvorhaben einmal benennen und von den Einzelarbeiten nur einige erwähnen.

Eine der wichtigsten Arbeiten ist Ihnen allen gut bekannt, weil sie von der ersten Enquete-Kommission selbst verrichtet worden ist. Der Band IV der Materialien, der der Justiz gewidmet ist, hat sich schwerpunktmäßig mit den politischen Rahmenbedingungen, insbesondere mit der Strafjustiz, und hier vor allem mit der Ulbricht-Ära beschäftigt. In diesen Band haben weitgehend auch Ergebnisse eines anderen Vorhabens Eingang gefunden, das vom Bundesministerium der Justiz praktisch gleichzeitig gestartet worden ist und im Jahr 1994, als die Materialien erschienen, ebenfalls das Licht der Welt erblickte. Das ist vor allem der von Prof. Rottleuthner herausgegebene Band über die Steuerung der Justiz in der DDR. Es handelt sich um einen dokumentierten Sammelband, der auf Archivstudien beruht und wesentliche Beiträge dazu geleistet hat, daß die politischen Lenkungsmechanismen der Justiz sichtbar gemacht und empirisch unterfüttert worden sind. Dieser Band hat nicht nur positive Aufnahme gefunden. Es ist an ihm auch Kritik in dem Sinne geübt worden, daß hier in einer allzu funktionalistischen Weise die Unterschiede zwischen der Justiz in West- und Ostdeutschland eingegeben worden seien, daß die politische Dimension etwas in den Hintergrund getreten sei. Darüber mag man streiten. Ich glaube, der unbestrittene Verdienst dieser Arbeit besteht darin, daß empirisches Material ausgebreitet worden ist. Die Bewertung dieses Materials ist dann der nächste Schritt. Aber für jede wissenschaftliche Diskussion ist natürlich die Kenntnis der Tatsachen erforderlich, und diese Tatsachenbasis ist mit diesem Band in weitem Umfang geliefert worden.

In diesem Zusammenhang ist auch die ebenfalls im Jahre 1994 eröffnete Wanderausstellung unter dem Titel „Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED“ zu erwähnen, die vom Bundesministerium der Justiz auf den Weg gebracht worden ist mit drei großen Begleitbänden, die in erster Linie zwar auf die Popularisierung der erarbeiteten Kenntnisse angelegt sind, aber auch in der Sache einen Erkenntnisgewinn bringen.

Weniger bekannt dürfte in diesem Kreise sein, daß im Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main 1989/90 ein groß angelegtes Forschungsprojekt unter dem Titel „Normdurchsetzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften (1944 bis 1989)“ auf den Weg gebracht worden ist, deren erste vier Bände in diesem Jahr erschienen sind. In dieses Forschungsvorhaben ist neben Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei auch die SBZ/DDR mit einbezogen. Der erste Band hat auch gerade die SBZ/DDR zum

Gegenstand, wobei der erfaßte Zeitraum allerdings nur von 1945 bis 1960 reicht. Also auch hier die inzwischen schon bekannte Tatsache, daß die Anfänge besser erforscht sind als die letzten Jahrzehnte. Was hier unter Normdurchsetzung verstanden wird, das ist im wesentlichen die Justiz; aber auch die außernormativen Steuerungsmechanismen sollten mit einbezogen werden. Anhand des vorliegenden ersten Bandes wird man in erster Linie über die allgemeine Rechtsentwicklung in einem normativ-institutionellen Kontext informiert. Das eigentlich Spannende – angekündigt werden gesellschaftliche Gerichtsbarkeit, sozialistische Gesetzlichkeit – ist weiteren Themenbänden vorbehalten. Wir werden mit Spannung darauf warten, was die weiteren SBZ/DDR-Bände mit sich bringen, wenn dieses Vorhaben überhaupt über das Jahr 1960 hinaus erstreckt wird.

Neben diesen großen Vorhaben gibt es eine ganze Reihe von Einzelforschern – in diesem Kreise gut bekannt –, die schon vor 1990 auf dem Gebiet der Justiz und verwandten Gebieten gearbeitet und diese Arbeiten aufgrund der neuen Materiallage fortgesetzt haben. Die Arbeiten von Gerhard Finn über die Speziallager vor allem in der SBZ und frühen DDR-Zeit, die umfangreichen, ja man kann sagen klassischen Arbeiten von Herrn Fricke über Staatssicherheitsdienst, politische Justiz, die mehr juristisch angelegten strafrechtlichen Arbeiten von Herrn Schroeder und von Herrn Schuller sind alle in diesem Zusammenhang zu nennen. Zu dem, was sich von weiteren Autoren nach 1990 in der Forschung niedergeschlagen hat, möchte ich drei Bücher nennen. Das erste Buch stammt von der deutsch-amerikanischen Rechtsprofessorin Inga Markovits, die schon im Nachwendejahr 1990/91 persönliche Gespräche mit vielen DDR-Richtern und ehemaligen DDR-Rechtsprofessoren geführt hat. Das Ergebnis ist ein mehr impressionistisches Buch, das aber den Vorzug hat, daß es den Alltag der Justiz, dessen mangelnde Erforschung dann später vielfach kritisiert wurde, beleuchtet und jedenfalls auf dieser Grundlage auch für diesen ansonsten unterbelichteten Bereich einen gewissen Einstieg bietet. Herr Werentin hat sich durch eine ganze Reihe von Aufsätzen und insbesondere durch ein großes Buch über die politische Strafjustiz, aber wiederum in der Ära Ulbricht, hervorgetan. Er hat dokumentiert und sehr viel Material zusammengetragen. Und erwähnt werden soll auch, daß ein früherer DDR-Oberrichter und Vorsitzender des Rehabilitierungssenats beim Obersten Gericht, Rudi Beckert, ein Band unter dem Titel „Die erste und letzte Instanz“ vorgelegt hat, der die Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht in den 50er Jahren dokumentiert. So viel als eine kurze Bestandsaufnahme.

Nun zu den Schlußfolgerungen: Erstens glaube ich, daß die politischen Lenkungsmechanismen der Justiz in der DDR auf der zentralen Ebene relativ gut erforscht sind, aber es bedarf noch weiterer analytisch-wertender Untersuchungen, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten: Es ist des öfteren zum Ausdruck gebracht worden, so auch in der Wunschliste der letzten Enquete-Kommission, daß die Verzahnungen der Justiz mit dem Staatssicherheitsdienst weiter erforscht werden sollen. Ich glaube, hier ist einiges geschehen, aber trotz der verdienstvollen Arbeiten von Herrn Fricke und auch der Gauck-Be-

hörde, der Abteilung Forschung und Bildung, habe ich den Eindruck, daß die Verzahnung mit der Justiz, also nicht die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes und sein Aufbau an sich, sondern gerade seine lenkende, einflußgebende Rolle auf die Justiz auch hier noch einer etwas näheren Untersuchung bedarf. In zeitlicher Hinsicht fällt auf, im kleinen wie im großen, daß die Untersuchungen ganz überwiegend auf die Ulbricht-Ära und hier vor allem auf die 50er Jahre konzentriert sind und daß die etwas unauffälligeren 70er und 80er Jahre der Honecker-Ära nicht so untersucht werden, wie sie es eigentlich verdienen. Einer näheren Erforschung anhand weiterer Archivstudien würde die praktische Funktionsweise und die Justizlenkung auf der unteren und mittleren Ebene der Kreis- und Bezirksgerichte bedürfen. Was bisher geleistet worden ist, stützt sich quellenmäßig in erster Linie auf Archivbestände, Dokumentationen der zentralen Justizorgane und der zentralen Parteiführung, aber der Mühe, die Tätigkeit der Justiz vor Ort, über die Dokumentationen vermutlich in erster Linie in einzelnen Landesarchiven zu finden sind, zu untersuchen, haben sich wenige Forscher unterzogen.

Schließlich, und das knüpft an die Kritik an, die an dem Rottleuthner-Band geäußert worden ist, kommt, nachdem nun das Datenmaterial einigermaßen erschlossen und aufbereitet worden ist, allmählich die Zeit, daß man eine theoretische Diskussion mit dem Ziel in Gang bringt, diesen Befund auch sachgerecht zu bewerten. Das ist naturgemäß immer der zweite Schritt, nachdem das Material auf dem Tisch liegt.

Eine zweite generelle Bemerkung betrifft die einzelnen Sachbereiche. Die bisher durchgeführten Forschungsarbeiten konzentrieren sich aus verständlichen Gründen auf die politische Strafjustiz. Dies steht ganz eindeutig im Vordergrund. Das ist durchaus verständlich unter dem Gesichtspunkt der Totalitarismus- und Diktaturforschung, auch was die Bedeutung des Terrors angeht. Aber es gibt natürlich noch andere Bereiche, und es gibt auch andere Gerichtszweige der ehemaligen DDR-Justiz, die noch nicht hinlänglich untersucht worden sind. Dazu gehört insbesondere die Militärgerichtsbarkeit – das ist auch schon das letzte Mal genannt worden. Aber so viel ich weiß, ist in den drei Jahren seit 1994 auf diesem Gebiet nichts weiter geschehen, jedenfalls nichts veröffentlicht worden. Möglicherweise sind Forschungsarbeiten im Gange. Was die weniger dramatischen Teile der DDR-Justiz angeht, also die Funktionsweise auf dem Gebiete des allgemeinen Strafrechts, des Zivilrechts, des Familienrechts, des Arbeitsrechts, so liegt hier nach wie vor nicht viel vor. Auch dies ist kritisiert worden, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, daß manche meinen, daß durch die politische Strafjustiz nur ein Teil der gesamten DDR-Justiz in den Vordergrund gerückt wird und damit auch eine Schiefelage entsteht, weil die Justiz in der Normallage im Alltag nicht hinlänglich beleuchtet wird. Das mag sicherlich so sein, aber ich glaube aufgrund der Studien, die ich selber betrieben habe, und auch aufgrund einer Dissertation, die ich gerade mit dieser Zielsetzung auf die allgemeine Justiz ausgerichtet habe, nicht, daß hier ein völlig unpolitischer Raum vorliegt. Eine Dissertation, die bei mir entstanden ist, beschäftigt sich mit der Rolle der Generalklauseln und

der unbestimmten Rechtsbegriffe im Zivilrecht, Arbeitsrecht und ähnlichen Nebengebieten der DDR-Justiz. Dabei sind ganz interessante Befunde zutage getreten, beispielsweise, daß auf dem Gebiet der Mietrechtsprechung durchaus unterschiedliche Maßstäbe angelegt worden sind, je nachdem, ob der Vermieter eine staatliche Institution war; da ist man mit den Vermieterpflichtungen sehr großzügig – was etwa Renovierung und Instandhaltung der Häuser angeht – umgegangen, wohingegen bei privaten Vermietern wesentliche schärfere Maßstäbe angelegt worden sind. Oder in der Arbeitsrechtsprechung, die generell als arbeitnehmerfreundlich charakterisiert werden kann, wo jedoch eine ganz plötzliche Wende eintrat, wenn es sich um politische oder sonst mißliebige Arbeitnehmer handelte. Das heißt also, im Grundsatz gab es eine paternalistische Justiz, solange der Betroffene bereit war, sich dem System zu fügen und sich wie ein Untertan zu verhalten. Aber in dem Moment, wo er „aufmuckte“, kam auch in diesen Nebengebieten der diktatorische, politisch gesteuerte Charakter des Systems zum Vorschein. Mit der halbjustiziellen Tätigkeit des Staatlichen Vertragsgerichts auf dem Gebiete des Wirtschaftsrechts haben sich bisher auch nur recht wenige Arbeiten empirisch beschäftigt. Schließlich liegt auch im politikwissenschaftlich recht interessanten Bereich der gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit, also der Tätigkeit der Konflikt- und Schiedskommissionen, kaum empirisch untersuchtes und zutage gefördertes Material vor, obwohl hier die Bewertung des Befundes mit einiger Spannung zu erwarten sein würde, denn es ist nicht ausgemacht, ob diese gesellschaftlichen Gerichte in erster Linie der sozialen Bloßstellung von mißliebigen Bürgern im Betrieb und in ihrem engeren sozialen Umfeld dienen, wie wir das aus der Sowjetunion von den Kameradengerichten wissen, oder ob sie der informellen Befriedung von Bagatellkonflikten dienen, was in unserem Schrifttum in bezug auf die DDR stärker betont wird. Das ist eine offene Frage, die erst aufgrund einer näheren Untersuchung des Gegenstandes selbst beantwortet werden kann.

Ein dritter Punkt betrifft die Quellenlage. Hier kann ich mich kurz fassen, weil Herr Weber das weitgehend ausgeführt hat. Hier will ich nur auf eine zusätzliche und noch auszuwertende Quelle hinweisen, nämlich auf die seit 1990 laufenden Gerichtsverfahren in der nun vereinigten Bundesrepublik Deutschland. Dabei gibt es, zum Teil kommt das ansatzweise in den Arbeiten bereits zur Sprache, die Kassations-, Rehabilitierungs- und Wiederaufnahmeverfahren. Es gibt die Tätigkeit der Richterprüfungsausschüsse, wo eine ganze Menge Einzelfallmaterial erarbeitet worden ist; und vor allem in den letzten zwei, drei Jahren beschäftigten die bundesdeutsche Justiz die Rechtsbeugungsprozesse, die nun gerade die politische Lenkung der Justiz zum Gegenstand haben. Wenn ich eine Anregung aussprechen darf, so sollte man rechtzeitig das Forschungsinteresse darauf lenken, daß dieses nun inzwischen in großer Zahl vorliegende Prozeßmaterial auch rechtzeitig erfaßt und der Forschung dienstbar gemacht wird.

Ein vierter Punkt: Es fällt auf, daß in den neueren Forschungsarbeiten die in den vorangegangenen Jahrzehnten erarbeiteten Ergebnisse der DDR-For-

schung nur sporadisch herangezogen werden. Das ist verständlich, aber wir haben ja gehört, daß man auf diese Ergebnisse eigentlich ganz gut aufbauen könnte. Ich sage das auch weniger deshalb, weil ich die Sache selbst kritisieren wollte, daß die Erkenntnisse der DDR-Forschung vielleicht nicht hinlänglich herangezogen werden, sondern zu dieser Bemerkung veranlaßt mich eigentlich eine andere Fragestellung, nämlich daß im Lichte der neueren Erkenntnisse vielleicht die früheren Ergebnisse der DDR-Forschung auch kritisch-analytisch überprüft werden könnten. So könnte man vielleicht auch etwas fundierter auf die ansonsten im politischen Raum umstrittene Frage eine Antwort finden, ob die frühere DDR-Forschung im Rahmen der damals beschränkten Erkenntnismöglichkeiten sachgerechte Ergebnisse zutage gefördert hat oder ob sie selbst politischem Druck und ideologischen Leitbildern gefolgt ist.

Mein letzter Punkt: Im Laufe der Zeit und im Ergebnis wissenschaftlicher Diskussionen müßten aus dem erarbeiteten Material theoretische Schlußfolgerungen gezogen werden. So könnte die gegenwärtig umstrittene Qualifizierung der DDR als Unrechtsstaat einer Klärung zugeführt werden. Der Aspekt des Systemvergleichs, in dem die Justiz eine wesentliche Rolle spielt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit dem NS-Staat, Totalitarismus-Theorie – das sind alles Fragestellungen, die auch mir gekommen sind und etwa ein Modell, das unlängst wieder von Werkentin aufgebracht worden ist, das Fraenkelsche Modell des Doppelstaates mit dem auf der einen Seite recht funktionierenden Normenstaat und auf der anderen Seite dem terroristischen Maßnahmenstaat wäre auch ein Modell, das dann in die Diskussion mit einzubeziehen wäre. Ich meine, daß dieses Modell des Doppelstaates eigentlich sehr viel Plausibilität für sich hat. Wenn man den Normenstaat und insofern die unpolitische Justiz der DDR im Alltag betrachtet, so gibt es einen Gesichtspunkt, der einer näheren Untersuchung bedarf, nämlich wie unpolitische Sachen behandelt worden sind – ein Verkehrsunfall etwa, wenn darin ein SED-Funktionär verwickelt war, oder eine Scheidungsangelegenheit eines hochgestellten Würdenträgers des DDR-Regimes. Und ich habe die Vermutung – es gibt auch aus den Akten einige Hinweise –, daß in diesen personalbedingten Fällen auch an sich völlig unpolitische Bereiche aus Eigennutz politisiert worden sind. Meine Damen und Herren, das wäre das, was ich kurz zur Justiz zu berichten hätte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Kollege Brunner, schönen Dank für diesen Blick durch die Lupe auf die DDR-Justiz. Wir hängen in der Zeit schon etwas nach. Jetzt wirft unser Kollege Ilko-Sascha Kowalczuk einen Lupenblick auf den Schwerpunkt „Opposition und Widerstand sowie Repression“. Bitte schön.

Ilko-Sascha Kowalczuk: Verehrte Anwesende, vor der Enquete-Kommission über den Stand der Erforschung der DDR-Oppositions- und Widerstandsgeschichte zu berichten, ist ein Wagnis in mindestens zweierlei Hinsicht. Einmal hat sich die erste Enquete-Kommission selbst sehr verdient bei der Erhellung dieses doch eher erfreulichen Kapitels der DDR-Geschichte gemacht. Zum anderen sitzen in dieser zweiten Enquete-Kommission, wie auch schon in der er-

sten, nicht nur eine Reihe derjenigen, um die es unter anderem geht, sondern ebenso einige, die seit Jahren und Jahrzehnten an der Erforschung dieses Phänomens maßgeblich beteiligt sind. Diese beiden Punkt entlasten mich aber wiederum zugleich von der Aufgabe, Grundlinien der Oppositionsgeschichte wachrufen zu müssen. Deshalb kann ich mich ganz auf die gestellte Aufgabe konzentrieren: Zum einen die gegenwärtigen Schwerpunkte in der Forschung zu umreißen und zum anderen Fragen und Probleme aufzuwerfen, die es aus meiner Sicht in Zukunft stärker zu beachten gilt.

Wenn sich in den 50er oder 60er Jahren Publizisten, Wissenschaftler, Journalisten oder Politiker in Westdeutschland mit der SBZ/DDR auseinandersetzten, dann implizierte diese Auseinandersetzung zumeist eine Würdigung von Opposition und Widerstand in der DDR und eine harsche Kritik am repressiven System der SED. Dies begann sich ab dem Ende der 60er Jahre zu ändern. Im Zeitalter der neuen Ostpolitik, im Zeitalter modernisierungstheoretischer Modelle richtete sich das Interesse gerade der dominanten westdeutschen DDR-Forschung, wie sie sich nach Peter Christian Lutz herauszubilden begonnen hatte, darauf, die DDR-Gesellschaft im Kontext industriegesellschaftlicher Entwicklungen darzustellen und zu analysieren. Dieser Zweig der DDR-Forschung hat bis 1989 eine Vielzahl von wichtigen Studien und Analysen hervorgebracht, die auch heute noch teilweise einen hohen Stellenwert bei der Erforschung der DDR-Geschichte beanspruchen können. Im Zusammenhang mit den politischen Entwicklungen und den wissenschaftstheoretischen Debatten gerieten die DDR-Bilder der westdeutschen Forschung, ja, der westdeutschen Öffentlichkeit allerdings immer mehr in eine Schiefelage. Dem postnationalen Selbstverständnis weiter Teile der bundesdeutschen Elite entsprechend erschien die DDR als ein ebenso legitimes Völkerrechtsobjekt wie die Bundesrepublik selbst. Dieser Legitimitätsglaube war nicht zuletzt verantwortlich dafür, daß z. B. die Quelle „Neues Deutschland“ für eine Reihe von Forschern primärerer Natur war als etwa der Erfahrungs- und Leidensdruck der ostdeutschen Bevölkerung. Ein Druck, den man freilich nur dann hätte wahrnehmen können, wenn man ihn nicht schon vorher als theoretisch nicht gegeben wegdiskutiert hätte. Ich möchte es Ihnen ersparen, Zitate aus allen möglichen wissenschaftlichen und politischen Richtungen vorzutragen, um diese These zu belegen. Vielmehr sei mir der Hinweis gestattet, daß die alte westdeutsche DDR-Forschung aus meiner Sicht an drei Dingen generell kränkelte.

Erstens zeichnete sie sich durch eine enorme Politiknähe aus, was ursprünglich ja damit zusammenhing, daß sie politikberatend wirken sollte. Das hatte aber zur Konsequenz, daß in den 70er und 80er Jahren bestimmte Fragestellungen überhaupt nicht mehr aufgeworfen worden sind, eben die z. B. nach Opposition, Widerstand und Repression.

Zweitens existierten erhebliche Kommunikationsstörungen innerhalb der DDR-Forschung. Bestimmte Fragenkomplexe blieben auf einzelne Forscher und bestimmte Forschergruppen beschränkt. Wer heute nach Forschungsergebnissen über DDR-Opposition und Widerstand bis 1989 fragt, wird auf die

Werke von Journalisten und Publizisten stoßen, ganz selten aber auf Studien von Akademikern aus traditionellen Forschungsstrukturen.

Drittens schließlich hat es de facto, wenn man einmal vom wichtigen Mannheimer Zentrum absieht, so etwas wie eine institutionalisierte Historische DDR-Forschung bis 1989 in der Bundesrepublik kaum gegeben. Zwischen 1976 und 1988 – um nur ein Beispiel zu nennen – hat es auf dem alle zwei Jahre durchgeführten deutschen Historikertag nicht einen Kurzvortrag gegeben, der sich expressis verbis mit der DDR beschäftigte. Dieses Beispiel verdeutlicht nur eines: Die DDR, ja der zeitgenössische Kommunismus, existierte als Forschungsgegenstand für Historiker – wohlgerne für Historiker – kaum. Es wäre allerdings abwegig, den Historikern Versagen vorzuwerfen. Sie haben nicht versagt, sie waren einfach nur blind.

Mit diesen Hypothesen belastet formierte sich nach 1990 eine gänzlich veränderte DDR-Forschung, die sich nun sozialwissenschaftlich weiter ausdifferenzierte, die sich anfangs als Historische Forschung zu begreifen und die sich noch stärker als zuvor politisierte. Dies zeigte sich vor allem daran, daß sich alte und neue DDR-Forscher – übrigens vornehmlich westdeutscher Herkunft – gegenseitig ihre alten Versäumnisse vorhielten. Diese Debatten füllten zwar ganze Feuilletonseiten und Bücher, aber sie taugten kaum zu mehr als zur eigenen Nabelschau, an der Außenstehende kaum Interesse zeigten.

Nun wird sich vielleicht mancher fragen, was diese allgemeine Bemerkungen mit dem gestellten Thema zu tun haben. Die Antwort liegt auf der Hand. Die geschilderte Situation bis 1989 ist im Prinzip bis heute insofern unverändert geblieben, als die Beschäftigung mit Opposition, Widerstand und Repression einerseits weiterhin von jenen wenigen betrieben wird, die dies auch schon vor 1989 taten. Andererseits zählen diese Themenkomplexe zu den bevorzugten Forschungsfeldern von einigen wenigen ostdeutschen Wissenschaftlern und vor allem von den unabhängigen Aufarbeitungsinitiativen in den neuen Bundesländern. Mit anderen Worten: Opposition, Widerstand und Repression zählen auch heute weder in der Forschung noch in der Lehre zu den zentralen Gegenständen an den deutschen Hochschulen und Forschungsinstitutionen. Hier sind allerdings zwei gewichtige Ausnahmen anzuführen. Einmal existiert die Forschungsabteilung in der Gauck-Behörde, die sich mit dem wichtigsten Repressionsinstrument der SED, dem MfS, beschäftigt und dazu schon eine Vielzahl von Publikationen vorgelegt hat. Freilich bleibt hier noch immer zu kritisieren, daß der Forschungszugang für interne und externe Forscher nach wie vor asymmetrisch ist. Zum anderen ist auf das Hannah-Arendt-Institut in Dresden hinzuweisen, wo ein größeres Projekt zu Opposition und Widerstand durchgeführt wird, von dem aber bislang außer programatische Erklärungen noch nichts weiter zu hören war.

In der Erforschung von Opposition und Widerstand haben sich in den letzten Jahren drei zeitliche Schwerpunkte herauskristalisiert. Mit am besten erforscht sind mittlerweile die späten 40er und die 50er Jahre bis etwa 1957/58, was auch damit zu tun hat, daß zu diesem Zeitraum eine Vielzahl von verdienst-

vollen zeitgenössischen Analysen, Zeitzeugenberichten und Dokumentationen vorliegt. Einen zentralen Stellenwert nimmt dabei der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ein. Dabei kam es nach 1990 zu neuen Deutungen des Volksaufstandes, und vor allem ist der Aufstand zunehmend in einen größeren zeitlichen Kontext eingeordnet worden. Die Zeit zwischen 1946 und 1957/58 ist insgesamt oppositions- und widerstandshistorisch relativ dicht und breit erfaßt. Studien über Opposition und Widerstand in den Blockparteien, an den Schulen und Hochschulen, in den Betrieben in der Landwirtschaft, ja selbst in der SED ergeben ein vielfarbiges Bild, das schon für diese Zeit die These von Karl Wilhelm Fricke bestätigt, daß es in der DDR kein Oppositions- oder Widerstandsdogma gab. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Phase, in der sich die Opposition der 80er Jahre begann zu formieren, zu entwickeln und auszdifferenzieren. Hier fällt allerdings auf, daß etwa prägende Ereignisse für diese Opposition wie – um nur Stichworte zu nennen – Prag 1968, KSZE-Schlußakte 1975, Biermann-Ausbürgerung 1976, Afghanistan-Einmarsch 1979, Kriegsrecht in Polen 1981 ebenso wie das Wettrüsten zumeist nur am Rande in die Betrachtung einbezogen werden. Das hat oftmals etwas damit zu tun, daß die Binnenperspektive der Handelnden nun auch in die Analyse übertragen wird. Einen dritten Schwerpunkt bildet schließlich die Phase ab dem März 1989, eine Phase, in der sich die Opposition weiter ausdifferenzierte und in der es zu Gründungen von Verbänden, Bürgerbewegungen und Parteien kam, letztendlich eine Entwicklung, die maßgeblich zum Zusammenbruch der SED-Diktatur beitrug.

Über diese zeitlichen Schwerpunkte hinaus gibt es im Kontext von Opposition, Widerstand und Selbstbehauptungswillen mindestens noch zwei weitere Sachbereiche, die in den letzten Jahren diskutiert worden sind, die sich aber einer eindeutigen Zuordnung – zumal einer eindeutigen Zuordnung zu Opposition und Widerstand – entziehen. Sie sollen nur erwähnt werden. Zum einen geht es um die Rolle, die Stellung und das Agieren der Künstler in der DDR, insbesondere der Schriftsteller, zum anderen um das der Kirchen. Beide Bereiche sind von Opposition nicht zu trennen, haben viele Berührungspunkte mit ihr, sind aber bei weitem nicht in toto als Opposition zu verstehen. Mir ist natürlich bewußt, daß ich damit die Schwerpunkte der gegenwärtigen Oppositionsforschung nur andeuten konnte. Im folgenden Schlußteil formuliere ich nun skizzenartig in neun Punkten einige Aufgaben und Probleme, die es meines Erachtens in Zukunft zu beachten, zu diskutieren und zu erforschen gilt.

1. Ein Grundproblem der DDR-Oppositions- und Widerstandsgeschichte ist bereits aus den Forschungen über die NS-Zeit bekannt und wird sich vermutlich auch so schnell nicht lösen lassen. Es existiert kein halbwegs allgemein anerkannter Oppositions- und Widerstandsbegriff. Einige werden dies vielleicht als akademische Begriffsklauberei abtun. Dem ist aber bei weitem nicht so, wenn man sich nur vergegenwärtigt, daß ein scharfer Begriff und eine Typologie widerständigen Verhaltens überhaupt erst deutlich machen können, was Opposition und Widerstand war und was es eben nicht war. Denn generell bei der Beschäftigung mit Opposition und Widerstand

besteht die Gefahr, daß man sich im Nachhinein die Sicht der SED und ihres MfS zu eigen macht und ihnen damit auch heute noch Deutungshoheit zubilligt. Nicht alles, was die SED als Opposition deklarierte, war Opposition. Und nicht alles, was das MfS als Widerstand verfolgte, war Widerstand. Umgekehrt gilt paradoxerweise zunächst ebenso, daß es Erscheinungen gegeben haben könnte, die weder von der SED noch vom MfS erkannt worden sind, aber als Opposition oder Widerstand zu charakterisieren sind. Dies ins historische Gedächtnis zu rufen, erfordert einen klaren Oppositionsbegriff. Ein solcher Begriff ist auch notwendig, um den Behauptungen zu begegnen, es habe in der DDR, vornehmlich in der Honecker-Ära, gar keine wirkliche Opposition gegeben.

2. Wenn man sich das eindrucksvolle Werk von Ehrhart Neubert über die Geschichte der Opposition in der DDR anschaut, wird man bei aufmerksamer Lektüre schnell auf ein methodisches Problem stoßen, von dem fast jede Historische Forschung berührt ist – DDR-Oppositionsgeschichte ist sinnvollerweise nur vor dem Hintergrund einer breiten empirischen Basis zu schreiben. Neubert hat zwar wie kein zweiter bislang die Quellen der Opposition ausgewertet, aber er hat es versäumt, diesen Quellen andere – etwa die der SED oder des MfS – entgegenzuhalten. Ein dichtes und restlos überzeugendes Bild wird man aber nur erhalten können, wenn die simplen und bekannten quellenkritischen Methoden angewandt werden. Daß sie nicht immer zur Anwendung gelangen, davon zeugen ein ganze Reihe von Studien nicht zuletzt zur Geschichte der DDR-Opposition.
3. Ein Schwachpunkt auch der gegenwärtigen Oppositionsforschung besteht darin, daß viele Forscher sich nicht als die Zwerge auf den Schultern von Riesen begreifen, sondern sie sich selbst oft genug als einsame Rufer in der Wüste sehen. Das hat zur Folge, daß die alte und neue Forschungsliteratur nur selten intensiv ausgewertet wird und demzufolge einerseits viele Wiederholungen unvermeidlich sind und andererseits – was viel fataler ist – wirkliche Debatten kaum zustande kommen.
4. Eine institutionelle Aufgabe besteht darin, und dies ist auch als Aufforderung an das nachfolgende Podium zu verstehen, Oppositions- und Widerstandsforschung stärker als bislang an den Universitäten und Forschungseinrichtungen zu verankern. Dabei muß darauf geachtet werden, daß dies in Kooperation gerade mit den unabhängigen Aufarbeitungsinitiativen geschieht. Dazu gehört auch, daß diese traditionellen Institutionen die Initiativen überhaupt zur Kenntnis nehmen, ihre Produkte rezipieren und deren Quellen nutzen. Alles Forderungen, die bislang nur selten bzw. sporadisch umgesetzt wurden.
5. Die DDR-Oppositionsforschung ist in zwei Zusammenhänge stärker einzubinden. Zum einen ist intensiver als bislang der Vergleich mit der Opposition in Ost-, Mittel- und Südosteuropa anzustreben. Erste Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet zeigen, daß solche Vergleiche die Fragestellung präzisieren und die verwendeten Instrumentarien verfeinern. Zum anderen

ist die DDR-Oppositionsgeschichte in die demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte einzuordnen, in die Geschichte, die vom Vormärz bis zum NS-Widerstand reicht.

6. Innerhalb der DDR-Oppositionsgeschichte sind stärker Fragestellungen zu thematisieren, die nach generationellen Prägungen, nach sozialen Herkunft, nach prägenden individuellen und kollektiven Grundsaterfahrungen, nach ideellen Leitmustern, nach regionalen Unterschieden usw. fragen. Die DDR-Opposition ist als Monolith aufzulösen, weil es diesen Monolithen niemals gab. DDR-Opposition als einheitliche Größe ist eine Fiktion ihrer Gegner. Eine Fiktion, die heute als Legende zu überdauern scheint und die über solide Forschung ihrer Grundlage beraubt werden sollte.
7. Ein wichtiges zu erforschendes Themenfeld stellen die konkreten Zielvorstellungen der Oppositionellen dar. Dazu ist es notwendig, die Texte zu decodieren und sie als historische zu begreifen, deren Inhalte oftmals in einem anderen Kontext stehen, als es dem heutigen Leser auf den ersten Blick erscheinen will. Dieser Punkt ist deshalb eminent, um dem immer wieder vorgetragenen Vorwurf, „die“ DDR-Opposition wäre am Erhalt des Sozialismus oder der DDR interessiert gewesen, stichhaltig und differenziert entgegenzutreten.
8. Schließlich ist die gesamte DDR-Oppositions- und Widerstandsgeschichte nicht nur in den Kontext der DDR und der realen Kommunismusgeschichte einzuordnen, sondern ebenso sind die außen- und deutschlandpolitischen Einflüsse herauszuarbeiten. Oppositionsgeschichte spielte sich nicht im luftleeren Raum ab, sondern war von diesen Einflüssen genauso geprägt wie die vermeintlich hohe Politik. Dazu zählt auch, daß die sich wandelnde Einstellung der bundesdeutschen Politik, der bundesdeutschen Parteien und Verbände zur DDR und zur Opposition in der DDR intensiv erforscht und dargestellt werden müssen. Solche Forschungen sollten gerade im Mittelpunkt der Bemühungen stehen, die ost- und westdeutsche Teilungsgeschichte stärker zu synthetisieren, stärker miteinander zu verzahnen.
9. Schließlich komme ich noch zu dem Punkt, der mir ganz beiläufig angehängt wurde – die Geschichte der Repression. Ich will mich nun nicht lange bei der Frage aufhalten, was war eigentlich Repression oder noch besser, was eigentlich nicht zur Repression in der DDR zählt. Wenn man darunter alles versteht, was einem abverlangt wurde, was man aber nicht wollte, wenn man zu etwas gezwungen wurde, wenn der eigene Wille nicht zählte bzw. die Durchsetzung des eigenen Willens Sanktionen zur Folge hatte, dann könnte man sich auf die einfache und simple Formel einigen, es gab nichts, was nicht auch repressiv angewandt werden konnte. Die Mauer war insofern nur der manifeste Ausdruck eines umfassenden Kontroll-, Steuerungs-, Disziplinierungs- und Unterdrückungssystems. Nun haben dies freilich viele Zeitgenossen so nicht aufgefaßt, was aber wiederum den Historiker nicht daran hindern sollte, gegen die lebensgeschichtlichen Erfahrungen zu bürsten. Denn nur weil viele Menschen eine Diktatur nicht als solche

wahrnehmen, wird sie ja nicht weniger Diktatur. Und wenn man sich darauf einigen kann, daß die SED-Diktatur vom Anspruch her im hohen Maße ein Erziehungsdiktatur darstellte, dann wird man sich auch darauf einigen können, daß eine Erziehungsdiktatur nur nach dem simplen Modell von Lob und Tadel, von Integration und Ausgrenzung, von Beförderung und Repression funktionieren kann. Insofern steht die gesamte Historische DDR-Forschung vor der Aufgabe, die DDR-Gesellschaft als ein Modell zu analysieren, in dem rascher politischer und sozialer Aufstieg ebenso möglich war wie der lautlose Fall ins Unendliche. Bislang ist der Repressionscharakter der SED-Diktatur vor allem am Justizwesen, am MfS und an ähnlichen Institutionen erforscht worden. Die lautlose Repression aber, die an den Schulen, an den Universitäten, in der Berufsausbildung und Weiterbildung, in der Armee usw. tagtäglich stattfand, ist bislang viel zu wenig thematisiert worden. Wenn heute Sozialwissenschaftler und Historiker vor allem den Grenzen der Diktatur nachspüren wollen, so darf dies nicht zu einem Bild führen, das eine Idylle hinter Stacheldraht heraufbeschwört, die es nicht gab. Opposition und Widerstand sind im engen Wechselverhältnis mit Repression zu erforschen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß beide Phänomene nicht einander bedingten. Es ist zu analysieren, warum aus den umfassenden Repressionen des Systems keine adäquate Oppositionsbewegung entstand, warum die SED stets gegen die Mehrheit des Volkes regierte, sich aber immer nur eine Minderheit offen gegen die SED artikulierte und auflehnte.

Opposition und Widerstand in der DDR, in der Diktatur, haben historisch erwiesen, daß es sich stets lohnt, die geistige Freiheit gegen jeden totalitären Verführungsanspruch zu verteidigen. Wenn die Beschäftigung mit Geschichte nicht zum Selbstzweck verkommen soll, sondern Geschichte als humanitäre Bildungsmacht in die Gegenwart und Zukunft ausstrahlen soll, dann gehört die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR nicht nur zu dem besten, was die neuere deutsche Geschichte hervorgebracht hat, sondern dann gehört sie auch als eines der wichtigsten Lehrthemen in die Lehrbücher an den Schulen und in die Lehr- und Forschungsprogramme an den Universitäten. Ich hoffe sehr, daß ich dies schon in den Schulbüchern meines Sohnes, der im Jahre 2000 eingeschult wird, widergespiegelt finde. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herzlichen Dank. Ob diese Hoffnung, die zum Schluß ausgesprochen wurde, sich tatsächlich erfüllen wird, ist vielleicht auch Gegenstand der Diskussion, die wir jetzt zu führen haben. Ich habe bisher als erste Meldungen die von Ihrem Kollegen Jacobsen, dann von Herrn Kollegen Wilke, danach Kollege Hilsberg und Kollege Mocek. Herr Jacobsen bitte.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Eine Frage an Herrn Weber und eine an Herrn Kowalczuk. Herr Weber: wichtig für uns wäre im weiteren Verlauf von Ihnen noch einmal dezidiert zu hören, welche Desiderata Sie für so wesentlich halten, daß sie in unsere Empfehlungen aufgenommen werden

müssen. Sie haben ja einige Punkte erwähnt. Unter anderem schien mir die Problematik der Verzahnung der beiden deutschen Staaten, und zwar nicht nur im politischen oder im wirtschaftlichen, sondern gerade auch im gesamtgesellschaftlichen Bereich bis hin zur Wissenschaft in ihren Wechselwirkungen ganz entscheidend zu sein. Würden Sie nicht auch der Auffassung sein, daß wir das vielleicht im Rahmen der Empfehlungen noch konkretisieren sollten? Und darüber hinaus: Sie haben zwar von der Militarisierung der DDR-Gesellschaft gesprochen, zu meinem großen Bedauern ist es ja auch unserer zweiten Kommission kaum möglich, dieses Thema weiter zu vertiefen und hierzu gute Empfehlungen zu formulieren. Es gehört meines Erachtens darüber hinaus auch die Problematik hinzu, sich mit den Fragen etwa der operativen strategischen Studien der NVA zu befassen. Das spielt gerade im Kontext Ost-West eine große Rolle, also nicht nur das gesellschaftliche, sondern auch die reinen militärischen Ambitionen – das brauche ich nicht weiter auszuführen. Hier wäre meine Bitte nur die, doch zu überlegen, ob wir nicht mit Ihrer Hilfe die verschiedenen Desiderata noch ein wenig konkreter fassen könnten, um das dann in unsere Empfehlungen hineinzunehmen. Ich wäre dankbar, wenn Sie dazu kurz Stellung nehmen könnten.

Herr Kowalczuk: ich habe mit großem Interesse gelauscht, als Sie gesagt haben, die Historiker seien in der Bundesrepublik blind gewesen. Ganz so war es nicht. Sie haben sich nämlich nachher selbst korrigiert, als sie den großen Sammelband über die Opposition in der DDR angeführt haben. Es ist eben die Tendenz der meisten Historiker gewesen, und es bleibt auch die Tendenz, sich eigentlich mehr auf gesicherten Boden zu bewegen. Und zwar dann, wenn man entsprechende Quellenbestände hat, Interpretationen, Analysen und Bewertungen vorzunehmen. Das ist immer der große Gegensatz gewesen in der Bundesrepublik. Ich erinnere mich an zahlreiche Diskussionen zwischen Historikern und uns, den Politologen. Ganz so war es nicht. Man hat sich einfach zurückgehalten, weil man der Meinung war, das ist noch nicht ein Gebiet, das man wirklich erforschen kann, weil es keine Quellen gibt oder nur wenige und unzureichende Quellen.

Eine letzte Bemerkung. Sie haben von großen Aufgaben gesprochen, die vor uns liegen gerade im Hinblick auf die DDR-Opposition. Und ein ganz entscheidendes Thema – das Stichwort haben Sie genannt – sind die Zielvorstellungen. Sie werden aus der Geschichte des Nationalsozialismus wissen, daß wir im Hinblick auf die Zielvorstellungen der Opposition im Dritten Reich sehr unterschiedliche Interpretationen haben. Was wollten sie denn eigentlich? Nicht nur den Widerstand gegen das System. Was war dann die neue gesellschaftliche Ordnungsvorstellung in den Köpfen derjenigen, die versucht haben, dieses Unrechtssystem zu beseitigen? Und das gleiche gilt ja auch für die DDR-Opposition. Da spielt ja hinein in unsere Diskussion, und ich erinnere mich an zahlreiche große Diskussionen. Die Frage ist, ob es nicht auch unter den Vertretern der DDR-Opposition viele gab, die gar nicht so sehr von der Einheit als Ziel ausgingen, sondern mehr von der Österreich-Lösung, d. h. von einer dritten Lösung. Solche Fragen sind es, die man vielleicht doch noch stär-

ker untersuchen muß, sofern es dafür Material gibt. Meine Frage wäre, ob wir das nicht noch stärker in unseren Bericht aufnehmen sollten, aber etwas detaillierter natürlich als Sie es gemacht haben?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Der nächste auf der Liste ist Herr Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Als der KSZE-Prozeß abgeschlossen war, gründete sich in der Tschechoslowakei die Charta 77. In der Deutschen Demokratischen Republik lagen auf einmal zehntausende von Ausreiseanträgen auf dem Tisch und das manifestierte weiterhin die Existenz des nationalen Problems im gespaltenen Deutschland. Es ist ja sehr auffällig, daß sowohl Hermann Weber als auch Ilko-Sascha Kowalczuk über dieses Problem Flucht/Ausreise – Bedingung von DDR-Grenze wegen dem Massenphänomen Flucht und Ausreise – nicht gesprochen haben. Wenn es eine Regelung des Grundgesetzes gibt, die nach meiner Überzeugung die Nation wirklich gestützt hat, dann war es die Staatsbürgerschaft. Die Tatsache, daß jemand aus der DDR in die Bundesrepublik kam und sofort anerkannter Staatsbürger wurde, war in dieser ganzen Teilungsgeschichte von nicht zu überschender Bedeutung. Ich brauche nur an die Flüchtlingszahlen zu erinnern, die bis zum Bau der Mauer vorlagen. Ich kann nur unterstreichen, daß wir diese Interdependenz der deutsch-deutschen Entwicklung beleuchten müssen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön. Herr Hilsberg bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Ich habe eine Frage an Hermann Weber. Mich interessiert die Frage der finanziellen Perspektive der DDR-Forschung. Das war ja ein interessanter Teil, Du sagtest, es sei eine junge Wissenschaft, die sich verstetigen muß und wo noch viel zu tun ist. Zwar geht es das ein bißchen darüber hinaus, aber wer ist denn an der Finanzierung beteiligt? Wo bestehen Gefahren und laufen Programme aus? Wäre das beispielsweise ein Punkt, den wir zur Empfehlung machen sollten?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Mocek bitte.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: In einer Expertise, die nicht zu dem Thema angefertigt wurde, steht der Satz, den ich hier einmal zitieren will: „Alles, was üblicherweise zur Charakterisierung eines politischen und gesellschaftlichen Systems herangezogen wird, auch zur DDR, war vor der Wende bekannt“. Die Frage: Was hat DDR-Forschung im wissenschaftlichen, wissenschaftstheoretischen Sinne noch zu tun, wenn es nicht mehr um das Wesen der Sache geht? Herr Weber, ich möchte anknüpfen an Ihre Diskussion der beiden Konzepte. Es geht ja um das Konzept – und Herr Kowalczuk hat eine ganze Reihe von Punkten angeführt, denen ich nur zustimmen kann. Aber Sie haben weder dem Totalitarismusmodell noch dem der systemimmanenten Analyse und Kritik hier Ihren geistigen Zuschlag gegeben. Das Konzept der Erziehungsdiktatur – als dritte Variante – ja auch ziemlich umstritten. Ich habe das 1989 einmal Patriarchensozialismus genannt. Man kann aber doch diese ganze Forschung nicht ohne theoretisches Konzept nur nach dem Prinzip, wo sind noch weiße

Flecken, die wir aber jetzt analytisch aktenmäßig aufarbeiten wollen, weiter-treiben. Meine Frage geht in die Richtung, Herr Weber, welchem Konzept würden Sie bei dieser weiteren Forschung den Vorrang geben?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Verehrte Kommissionsmitglieder, ich würde gerne die Rednerliste schließen, da bereits die angesprochenen Themen ja schon unsere Referenten veranlassen könnten, uns hier die nächsten zwei Stunden auf sehr spannende Weise zu unterhalten, aber zunächst noch die Meldung von Gerd Poppe.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur eine kurze Anmerkung zu dem, was Herr Kowalczuk gesagt hat. Ich denke auch, daß es der Mangel an Quellenzugang ist. Das ist ja auch schon von Herrn Jacobsen gesagt worden, aber es ist auch gar nicht das Interesse da gewesen, die möglichen Quellen zu erreichen. Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Erkenntnis, die sich zu Opposition und Widerstand in der westlichen Publizistik oder auch bei den wenigen Historikern, die darüber geschrieben haben, herausgebildet hat, sehr oft eine Projektion eigener politischer Zielvorstellungen ist und sozusagen den eigenen Gesellschaftsvorstellungen entsprechend geschrieben wurde. Jemand, der sehr stark diese Fluchtbewegung beschrieben hat, hat dann weniger über diejenigen nachgedacht, die im Land blieben und dort Widerstand leisteten. Jemand, der aus linken Zirkeln kommt, hat Opposition immer nur dann wahrgenommen, wenn irgendwann in der DDR mal ein Streik stattfand. Es fehlt eine flächendeckende systematische Bearbeitung vor allem in den letzten 15 Jahren, während die Darstellungen über die 50er Jahre etwas ausführlicher waren, wenngleich sie zum Teil heute auch zu korrigieren sind. Inwieweit ist das nicht mehr eine publizistische Arbeit gewesen, die sehr stark verbunden war mit den jeweiligen eigenen politischen Vorstellungen? Der lautlosen Repression entspricht als ein entsprechender Gegenpart die Herausbildung oppositioneller Strömungen, die überwiegend eine Entwicklung aus den eigenen Alltagserfahrungen sind und nicht so sehr die Einordnung in ein politisches Konzept. Ich glaube, das ist vielfach nicht ernst genommen worden von den Historikern. Das ist erst dann ernst genommen worden, wenn irgendetwas mit einem programmatischen Anspruch daherkam. Dann auf einmal waren sie alle interessiert, hier kommt jemand mit einem politischen Programm, hier meldet sich die Opposition. Aber das Phänomen, was zu der Entwicklung 1989 geführt hat, ist eigentlich eher auch erst 1989 erkannt worden. Viele Arbeiten, die ich damals kannte, also vor 1989, vernachlässigten das Quellenstudium ganz und gar und bezogen sich beispielsweise auf einen Artikel in der FAZ, auf ein Zitat, einen Auszug aus einer Erklärung von Oppositionsgruppen oder Friedensbewegungen oder worauf auch immer. Es gab aber nicht den Versuch, an die Quellen heranzugehen und die Akteure tatsächlich aufzusuchen und sie zu befragen. Das wäre jederzeit möglich gewesen. Das paßte aber offenbar nicht in das Bild. Herr Fricke, Sie konnten natürlich nicht kommen, das ist klar.

Herr Prof. Weber, mich würde das insbesondere bei Ihnen interessieren. Wie haben Sie gearbeitet, als Ihre DDR-Geschichte in einer Neuauflage in den 80er Jahren erschien? Wie haben Sie diese letzte Auflage verfaßt, woher hatten Sie das Material?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Die Fragen sind ja alle direkt adressiert worden. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir jetzt in der umgekehrten Reihenfolge die Referenten bitten zu reagieren auf das, was hier angefragt worden ist. Ilko-Sascha Kowalczuk bitte.

Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich kann mich relativ kurz halten, weil gerade – wie sagen wir das immer so schön – die statementgestützte Frage, die Herr Poppe an das Podium richtete, ich im Prinzip einfach nur umzudrehen bräuchte, um zu sagen, dem kann ich einfach nur zustimmen. Zwei Bemerkungen dazu: Die Historiker hätten sich zurückgehalten, weil sie wenig Quellen gehabt haben. Ich glaube, das ist a) eine ziemlich unzutreffende These und b) auch eine These, die bestimmte Kollegen, die selbst auch in diesem Raum hier sitzen, ein bißchen angreifen, und zwar unbegründet. Wie haben Herr Dr. Fricke oder Herr Prof. Dr. Weber oder andere Leute ihre Bücher geschrieben? Die sind alle schon sehr quellengestützt, das muß man schon mal sagen. Die Frage ist, ob man Quellen wahrhaben oder wahrnehmen will oder nicht, ob man nämlich – und das deckt sich mit der Frage, die Gerd Poppe stellte – ein Interesse für das Thema hat oder nicht. Man hat ja auch ein Interesse für beispielweise das siebente Jahrhundert, wo man manchmal für 50 Jahre nur zwei Quellen hat, aber trotzdem ziemlich dicke Bücher darüber schreibt. Ich glaube, die Verfügbarkeit der Quellen war nicht das Problem der Historiker, das Problem war der Gegenstand.

Noch eine zweite Bemerkung zu dem, was Herr Prof. Dr. Wilke gefragt hat. Flucht und Ausreise ist sicherlich im dem Zusammenhang eine ganz wichtige Thematik. Nun gibt es allerdings einen größeren Streit darüber, inwiefern die Flucht bzw. die Ausreise ein Akt widerständigen Verhaltens ist, also inwiefern es überhaupt zu Opposition und Widerstand zählt. Es gibt in der Wissenschaft durchaus gewichtige Stimmen, die sagen, das ist ein Akt widerständigen Verhaltens, andererseits gibt es auch Konzepte, die dem entgegenhalten werden. Mit dem Akt des Hinausgehens aus einem Lande entzieht man sich der Möglichkeit, in dem Land selbst zu wirken und insofern ist das keine Opposition. Andererseits ist die für mich viel wichtigere und entscheidende Fragestellung, inwiefern die Ausreise und die Flucht eine Sogwirkung besessen hatte auf die Zurückgebliebenen. Das ist eine ganz zentrale Fragestellung, die auch in Zukunft weiter behandelt werden muß. Und natürlich die andere Frage. Es hat ja oftmals ziemlich lange gedauert, bis jemand ausreisen konnte, sofern er legal ausgereist ist; was ist mit demjenigen, so lange er noch in der DDR war, passiert? Was hat man mit ihm angestellt? Das sind natürlich wichtige Fragen, die in dem Zusammenhang bearbeitet werden müßten.

Schließlich die Frage von Herrn Jacobsen nach den Zielvorstellungen. Es ist jetzt natürlich ein weites Feld, da würden wir jetzt in ein Spezialfeld gehen,

inwiefern da die deutsche Einheit eine Rolle spielte oder überhaupt der nationale Gedanke. Da kann ich mich oder will ich mich jetzt auch nur auf die ziemlich einfache Formel zurückziehen, daß das in den 50er Jahren natürlich unstrittig war. Nicht nur für jeden, der in der Opposition war, sondern überhaupt für die Mehrheit der Ostdeutschen war die deutsche Frage kein Problem, das irgendwie im luftleeren Raum hing. Das läßt sich in jedem Lagebericht, in jedem Stimmungsbericht, ob nun von Blockparteien, von SED oder von der Staatssicherheit nachweisen, das war die zentrale Frage, auf die letztendlich die kollektive Sehnsucht der Ostdeutschen hinauslief. Das veränderte sich dann natürlich nach dem Mauerbau und speziell ab den 70er Jahren, als mit der internationalen Anerkennungsbewegung der DDR die DDR nicht nur nach außen allmählich als Völkerrechtsobjekt Anerkennung fand, sondern auch im inneren, von ihrer Bevölkerung erstmal als solches hingenommen wurde, was nicht hieß, daß sie auch politisch angenommen wurde. Da trat zumindest auf den ersten Blick in der gesamten Bevölkerung die Sehnsucht nach der deutschen Einheit zwar nicht zurück, aber es galt zunehmend als eine realitätsferne Fiktion, zumal für jene – um das auch mal deutlich zu sagen –, die wie ich nach dem Mauerbau geboren worden sind und gar nichts anderes mehr kannten und mit gar keinem anderen Bild aufgewachsen sind. Andererseits hat sich 1989 sehr schnell gezeigt, daß die Frage der Nation – ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik – in der DDR-Bevölkerung doch einen ziemlich hohen Stellenwert einnahm.

Opposition war kein Monolith! Es gab eine ganze Reihe von Leuten, die durchaus der Idee der deutschen Einheit anhängen. Es gab Leute, die sagten, die deutsche Einheit könne nur im Kontext der europäischen Einigung gelöst werden und es gab natürlich auch eine ganze Reihe von Oppositionellen, die durchaus einem dritten Weg angehangen haben. Das muß man tatsächlich in Zukunft im einzelnen darstellen und erforschen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön. Als nächster Herr Prof. Brunner bitte.

Prof. Dr. Georg Brunner: Ich bin zwar nicht direkt angesprochen worden, aber zu einer Frage nehme ich Stellung: ob es überhaupt noch sinnvollerweise etwas zu erforschen gibt und ob man da nach den weißen Flecken vorgehen soll. Ich glaube schon, daß man nach der Methode der weißen Flecke vorgehen sollte, und zwar aus dem Grunde, weil die Frage, was das Wesen ist, immer umstritten ist. Wenn man sich im voraus auf eine Theorie festlegt, dann nimmt man ja eine Selektion des Materials vor, die sich später als unrichtig herausstellen kann oder von anderen bestritten wird. Ich glaube, wir können gar nicht anders vorgehen als das, was an Tatsachen zu ermitteln ist, auch zu ermitteln, denn wo es weiße Flecke gibt, da setzen dann die politisch motivierten Meinungen und Empfindungen ein. Das sollten wir so weit möglich ausschließen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Weber bitte.

Prof. Dr. Hermann Weber: Ich fange mit Herrn Jacobsen an. Ich bin wie Sie der Meinung, daß zu den wesentlichen weißen Flecken die Desiderate, die tatsächliche Verzahnung der Entwicklung gehören. Herr Kleßmann hat darüber geschrieben, andere auch. Wenn man es eben nicht als Politikgeschichte sieht, sondern tiefer geht, ist das ein ganz wesentlicher Punkt, der ausgearbeitet werden muß. Ebenso die Militarisierung der Gesellschaft, wobei ich unter Militarisierung der Gesellschaft weniger die Rolle des Militärs verstehe, sondern die Tatsache, daß diese Gesamtgesellschaft wie jede Diktatur militärisch, nämlich von oben nach unten organisiert war. Wir haben jetzt gerade an unserem Militär wieder mal das Beispiel, wie sehr da Untertanendenken reinkommt. Wenn von der Bundeswehr Rechtsextreme eingeladen werden, hat es auch mit der Struktur eines solchen Militärs zu tun, das eben auf Befehl und Gehorsam aufgebaut ist. In der DDR ist versucht worden, das auf eine ganze Gesellschaft zu übertragen. Das ist bisher eigentlich noch zu wenig behandelt worden. Man hat die verschiedenen Bereiche, man weiß, es ist eine Diktatur, aber das „wie“ der Militarisierung der Gesellschaft halte ich für eine ganz wesentliche Frage.

Das Dritte, da bleibe ich dabei, ist das erstaunliche: Wenn über die SED als die Führungsmacht so wenig vorliegt, dann hat das auch mit den Archiven zu tun. Ich meine, ein wesentlicher Punkt auch für die Frage von Verantwortlichkeiten wäre es, anhand der russischen Archive den Spielraum stärker auszuloten, den die SED-Führung tatsächlich gehabt hat. Ich bin immer noch unglücklich: Ganz am Anfang – Sie erinnern sich hoffentlich alle – habe ich gefordert, man möge doch versuchen, wenn man schon Expertisen vergibt, diesen Punkt von hier aus anzugehen. Wir haben es nicht ganz geschafft! Es müßte auch die deutsche-russische Historikerkommission, die irgendwann zusammengestellt sein wird, vielleicht dies auch ein bißchen stärker herausarbeiten. Das scheint mir, sind wichtige Punkte, die man sehen sollte.

Damit komme ich gleich zu Herrn Mocek. Ich schließe mich Herrn Brunner an. Die Frage ist doch nicht, was mache ich mir für ein theoretisches Gerüst? Sondern die Frage ist, wo sind denn nun wirklich Dinge, die wir noch gar nicht kennen, die wir erst einmal kennenlernen müssen, um dann daraus Schlußfolgerungen zu ziehen. Nun wissen wir inzwischen natürlich, daß es eine SED-Diktatur war. Ich glaube, das ist schon mal etwas, was aus dem bisherigen Material ... (Gelächter). Entschuldigen Sie, das war früher nicht so selbstverständlich.

Ich nehme für mich in Anspruch, das nie falsch gesehen zu haben, aber ich kenne viele, die es doch vielleicht nicht so ganz erkannt haben. Es ist also klar, daß hier schrittweise vorzugehen ist. Ist es jetzt wichtiger, sozialgeschichtlich vorzugehen und zu sagen, wir müssen ja im Rahmen des Zusammenwachsens eigentlich wissen, was die Leute im Alltag geprägt hat? Oder ist es wichtiger, nach wie vor zu sagen, die SED-Diktatur bedeutet natürlich Herrschaftsgefüge und diese Partei ist der Mittelpunkt des Ganzen. Ich meine beides stimmt. Es hilft gar nicht, man muß beides angehen! Und das ist der Vorteil von Wissenschaft. Man kann Wissenschaft nicht diktieren, man kann nur in Diktaturen

Wissenschaft diktieren, ansonsten ist Wissenschaft frei. Man kann durch Geld versuchen, sie auf ein bestimmtes Gebiet zu locken, in dem man Forschungsprogramme entwickelt. Sie können natürlich, wenn sie an der Universität etabliert sind, versuchen über Doktoranden Gelder auszugeben, aber ansonsten ist klar, es macht jeder das, was er will.

Da komme ich auch zu Ihnen, Herr Poppe. Ich habe am Anfang gesagt – und dabei bleibe ich – die alte DDR-Forschung historischer Natur hatte zwei große Mängel. Sie hatte schwer Zugang zu Quellen – ich werde gleich ein bißchen näher darauf kommen – und es haben sich ihr leider viel zu wenige Zeithistoriker gewidmet. Das waren die Hauptmängel historischer DDR-Forschung. Nun muß man sagen, es war dies kein attraktives Feld für die meisten Zeithistoriker, weil eben die Quellenfrage wirklich schwierig war. Amerika oder England, das waren beliebte Forschungsprojekte, auch Frankreich, aber da hat es bei manchen an der Sprache gehapert. Aber warum? Weil natürlich die Amerikaner und die Engländer sehr viel großzügiger sind. Ich habe vorhin bei meinen Forderungen angeführt, der BND soll seine Akten öffnen. Da erschrickt jeder gute Deutsche erst einmal. Gehen Sie mal nach Amerika, da öffnen die Geheimdienste durchaus ihre Akten. Das heißt also, wir haben doch dort ganz andere Verhältnisse. Und ein Historiker guckt natürlich, wenn er was machen will, wo finde ich genügend gesicherte Quellen? Die Quellenlage, die wir hatten, war dürrig, und was wir rausklamüsern mußten aus dem, was veröffentlicht wurde, was man von Hörensagen von Zeugen kannte, war wenig. Die Quellenlage der Frühzeit war besser, weswegen auch die Frühzeit stärker behandelt worden ist. Im Jakob-Kaiser-Nachlaß im Bundesarchiv hat man nicht nur über die Frühphase der CDU sehr viel finden können, weil bis zu den Protokollen eben alles herübergeschafft worden war, sondern auch die Verbindungen zur SED usw. Dann kam die Mauer, dann wurden von der DDR nicht mal mehr Regionalzeitungen zugänglich gemacht. Das heißt, man war dann nur auf die zentralen Zeitungen angewiesen, die alle gleich waren, ob sie „Neue Zeit“ bei der CDU oder „Neues Deutschland“ bei der SED hießen. Die Unterschiede fand man nur bei den Kleinanzeigen. Ich glaube, die „Neue Zeit“ hat mehr für Autos geworben, aber politisch hat man nicht mehr gefunden. Das war die Schwierigkeit, und das, glaube ich, müssen Sie berücksichtigen, wenn Sie erklären wollen, warum DDR-Forschung ein so schwach entwickeltes Gebiet gewesen ist. Manfred Wilke kritisiert, daß ich nicht noch die Flüchtlinge angeführt habe. Was hätte ich noch alles anführen sollen? Ich habe nicht inhaltlich vorgetragen, sondern ich habe Probleme gezeigt. Und natürlich ist die Flüchtlingsfrage ein Problem und ich würde im Gegensatz zu Herrn Kowalczuk doch sagen, daß diese auch oppositionell waren. Von Lenin stammt der bekannte Satz: „Die haben mit den Füßen abgestimmt“. Die Flüchtlinge haben auch mit den Füßen abgestimmt, sie sind nämlich weggelaufen. Insofern ist das schon ein bestimmtes Verhalten. Darauf will ich aber hier nicht eingehen.

Der letzte wichtige Punkt ist, was Stephan Hilsberg sagte, die Finanzierung. Wir wissen ja alle – umsonst gehen die Studenten nicht auf die Straße – wie

das heute aussieht an den Universitäten. Wir wissen, wie es gar aussieht bei den Aufarbeitungsinitiativen, wie schwierig da die Finanzlage ist. Es sieht schlecht aus! Die fünf großen Institutionen, von denen ich drei vorgestellt habe, sind wahrscheinlich ein bißchen besser dran, aber vieles ist längst abgewickelt. Meines Erachtens sind die Länder, der Bund und Forschungsförderungsgesellschaften in die Pflicht zu nehmen. Dann ist mein zweiter Punkt: Wenn die „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ existiert, muß sie zunächst diese Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände unterstützen. Aber auf längere Frist gesehen und in zunehmenden Maße wird ihre Aufgabe sein müssen, die Forschung zu fördern, damit diese auf ein Fundament gestellt wird, um dann vielleicht irgendwann in 20 Jahren – ich werde ich sicher nicht mehr erleben, aber viele von Ihnen – den Stand erreicht zu haben, den die NS-Forschung heute erreicht hat.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herzlichen Dank an die Diskutanten. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich hatte den Eindruck, es sind zwar noch viele Fragen offen, aber Gott sei Dank eben auch nicht mehr alle, wie vor allem Hermann Weber hier in Beantwortung einer Frage deutlich gemacht hat. Einige Fragen werden eben doch schon heute als beantwortet zu verbuchen sein. So viel als Zwischenbilanz. Es geht nach einer Pause weiter. Ich gehe jetzt zurück an den Vorsitzenden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Maser. Die Streitigkeiten, die sich hier angedeutet haben z. B. zwischen Herrn Wilke und Herrn Weber können vielleicht in den 15 zur Verfügung stehenden Minuten noch draußen ausgetragen werden. Wir machen um 19.25 Uhr weiter.

(Sitzungsunterbrechung von 19.10-19.28 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank dafür, daß in diesem Raum inzwischen wieder Ruhe eingekehrt ist. Ich lege Wert darauf, an unser sachverständiges Mitglied, Herrn Prof. Dr. Burrichter, pünktlich zu übergeben. Bitte schön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, wer sich dazu bereit erklärt, die Mühen auf sich zu nehmen und an einer Konferenz der Enquete-Kommission teilzunehmen, die sich mit dem Stand der Forschung über die DDR-Geschichte beschäftigen will, dem brauche ich die vier Referenten heute abend nicht vorstellen. Deswegen aus Zeitgründen nur einige kleine Vorbemerkungen. Ich möchte an die letzte Diskussion anknüpfen, zumal sie auch inhaltlich, dadurch daß Perspektiven diskutiert wurden, an die zweite Runde anknüpft. Zunächst noch einmal etwas zur Diskussion der weißen Felder. Als Wissenschaftstheoretiker möchte ich darauf hinweisen, daß die Tatsache, weiße Felder auszumachen und diese auch aufzuarbeiten, natürlich ein wesentliches Grundphänomen und Grundanliegen der historischen Forschung ist. Aber man sollte sich dabei bewußt machen, daß bereits die Identifikation von weißen Feldern vom Vorurteil, das ich über den Gegenstand habe – und jede Theorie ist irgendwo auch

ein systematisches Vorurteil – mitgeleitet ist. Das heißt also, theorielos weiße Felder zu identifizieren, geht nicht, also muß man sich auch der theoretischen Frage widmen.

Zwei weitere Bemerkungen: Es ist eben angeklungen, die DDR-Forschung, die DDR-Zeitgeschichte sei politiknah. Dies ist richtig, aber nicht zureichend. Wir müssen uns bei der Beurteilung der ehemaligen DDR-Forschung vielmehr bewußt machen, daß ihr Entstehungszusammenhang schon ein politischer war. Das heißt, sie ist wissenschaftlich aktiv geworden aufgrund eines politischen Ereignisses, nämlich der Teilung, und daß also die Politisierung dieser Forschung nicht nur durch die Nähe der da laufenden Politik, sondern durch den ganzen historischen Entstehungszusammenhang entstanden ist, und das hat natürlich wesentlich stringendere und präzisere Konsequenzen.

Da ich selbst lange genug auf diesem Sektor tätig gewesen bin und mir auch die Diskussion der letzten Jahre und Monate angehört habe, vermisste ich als Wissenschaftstheoretiker zwei Aspekte von denen ich bitte, daß man sie vielleicht in den nachfolgenden Bemerkungen berücksichtigt. Ich denke erstens, daß der Leser der Publikation, die die Zeitgeschichte hervorbringt, ein Recht darauf hat, daß der Autor ihm mitteilt, was für ein erkenntnisleitendes Interesse ihn eigentlich bewegt. Ich bin an vielen Stellen der Diskussion darauf gestoßen: Wenn man dieses deutlich sagen würde, wären viele Diskussionen, die mehr oder weniger Glasperlenspiele waren, nicht nötig gewesen. Das erkenntnisleitende Interesse ist: Warum beschäftige ich mich mit dem Thema aus der DDR-Geschichte und in welcher Absicht? Das zweite ist, auch das ist in den Diskussionen schon angeklungen und die politischen Diskussionen der letzten Tage über die politische Bildung in unserem Lande, speziell in bestimmten Bereichen, stellen für mich die Frage: Welchen Verwertungszusammenhang will eigentlich unsere Zeitgeschichtsforschung erreichen? Ich denke in erster Linie an die politische Bildung. Also an die Frage, was sollen die Ergebnisse, die wir als Historiker, als Wissenschaftler erstellen, anschließend letztlich bewirken? Doch nicht alleine eine community-interne Auseinandersetzung, sondern sie sollen doch die politische Bildung erreichen! Auch dies scheint mir ein Aspekt zu sein, der bei der bisherigen Diskussion nicht zureichend, vor allen Dingen aber auch nicht systematisch berücksichtigt worden ist.

Ich verfare so, wie das Programm es mir vorschreibt und gebe zunächst das Wort Herrn Heydemann.

Prof. Dr. Günther Heydemann: Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Da heute schon über den wissenschaftlichen Stand der DDR-Forschung gesprochen worden ist und meines Erachtens die wichtigsten Ergebnisse bereits mitgeteilt worden sind, werde ich mich sehr kurz halten und auch an die vorgegebene Zeitbeschränkung. Ich werde deshalb nur zwei Punkte ansprechen. Der erste ist, ich werde noch einmal eine generelle Einschätzung des gegenwärtigen Standes und der weiteren Entwicklung der DDR-Forschung, so wie sie mir sich darstellt, geben. Und zweitens werde ich vor allem zum Diktatur- und Systemvergleich sprechen.

Faßt man nämlich erstens die bisherige Forschungsentwicklung zusammen, so ergibt sich meines Erachtens folgender Trend: Die weitere und vermehrt die zukünftige Forschung der Geschichte der SBZ/DDR wird sich zunehmend mikrohistorischen Studien widmen, wobei institutionengeschichtliche, sozialhistorische, regional- und lokalgeschichtliche Arbeiten immer stärker in den Mittelpunkt rücken werden. Am weitesten ist dies bereits fortgeschritten und deshalb auch am deutlichsten erkennbar bei der Erforschung der Kirchen und oppositionellen Gruppen im Vorwende-prozeß und in der Wende selbst. Besonders an diesem zweiten Hauptschwerpunkt – ein erster wäre vor allem die Zeit der SBZ, auch von Herrn Weber gerade genannt – gegenwärtiger DDR-Forschung, die inzwischen auch die Untersuchung von Massenorganisationen einschließt, wird deutlich, daß weitere vornehmlich sozial- bzw. kultur- und mentalitätsgeschichtlich ausgerichtete Arbeiten eine genauere Beschreibung des sozialen Kontextes von Herrschaft, die Entstehung von Loyalität, Resistenz und Dissidenz sowie deren Rückwirkungen auf die Herrschaftspraxis ermöglichen. Damit vollzieht sich eine Entwicklung, wie sie Mitte der 70er Jahre auch hinsichtlich des Nationalsozialismus erfolgte, etwa wenn man nur an das Projekt „Bayern in der NS-Zeit“ von Martin Broszat in den Jahren 1977 bis 1983 denkt, aber auch die Fortführung von solchen Forschungsarbeiten etwa von Mallmann und Paul für das Saarland sozusagen in einer zweiten Anschubphase, die immer noch für die NS-Erforschung zutrifft und anhält. Die analoge Entwicklung auf dem Gebiet der DDR-Forschung geht allerdings in dieser Hinsicht wesentlich schneller vonstatten als dies bei der NS-Forschung der Fall war. Das mag auch damit zusammenhängen, daß wir durch die NS-Forschung über bestimmte Begriffe verfügen, die wir zwar nicht ohne weiteres, aber doch mit einer gewissen Hilfestellung anwenden können auf die DDR-Forschung. Dies wird mittel- wie langfristig zu einer schrittweise präzierten Rekonstruktion politischer und ideologischer Herrschaftspraxis sowie daraus entspringenden konkreten Sozialverhaltens und entsprechender Lebenserfahrung in individuellen und kollektiven Biographien, aber auch in schichten- bzw. berufsspezifischer Hinsicht führen können.

Zweitens: Die meines Erachtens wichtigste Frage jedoch, welche die DDR-Forschung über diese Grundlagendetailforschung hinaus zu beantworten hat, ist das Problem der DDR-Gesellschaft zwischen politisch-ideologischer Durchdringung einerseits und sozialer Eigendynamik andererseits. Inwieweit das SED-Regime eine totalitäre Diktatur war und inwieweit es die DDR-Gesellschaft tatsächlich durchherrschen konnte bzw. welcher Art von Beharrungsvermögen diese aufwies, ist zumindest empirisch nach wie vor noch wenig geklärt. Diese Frage läßt sich aber allein durch endogene Erforschung der DDR-Geschichte bzw. der SBZ nicht lösen. Insofern muß die weitere DDR-Forschung noch stärker als bisher mit dem methodischen Instrumentarium des Herrschafts- und Systemvergleichs arbeiten, um spezifische Unterschiede der SBZ/DDR mit der NS-Diktatur, mit den Westzonen und der Bundesrepublik sowie den ehemaligen real sozialistischen Staaten genauer bestimmen zu können. Ich meine dabei nicht nur die politischen Herrschaftsstrukturen als solches

sondern auch das spezifische Verhalten der jeweiligen Gesellschaft bzw. Gesellschaften. Diese Vergleiche sind darüber hinaus auch aus konzeptionellen historiographischen Gründen notwendig, soll die DDR-Geschichte als zweifellos integraler Bestandteil – nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Geschichte im ausgehenden 20. Jahrhundert – (Stichwort Historisierung) – adäquat eingeordnet werden können. Es ist darüber hinaus auch aus lebensweltlichen generationsspezifischen Erfahrungen eines beträchtlichen Teils deutscher Bevölkerung unumgänglich. Fest steht, und ich fasse hier zunächst den gegenwärtigen Stand der Debatte zur Totalitarismustheorie und ihre möglichen Anwendungen auf einen Vergleich zwischen NS- und SED-Regime sehr verkürzt zusammen, daß man nur mit einer stark modifizierten Totalitarismustheorie sinnvoll arbeiten können. Ihre Defizite angesichts der Überzeichnung der Realisierbarkeit des staatlich diktatorischen Machtanspruchs, ihre mangelnde Erklärungskraft hinsichtlich des sozialen Wandels in Diktaturen einschließlich auch der Rückwirkung unintendierter Nebeneffekte auf die Herrschaftspraxis sind bekannt. Gleichwohl wird man auf sie – gerade wegen ihres von Anfang an komparativen Ansatzes – letztlich nicht verzichten können, und zudem ist die Geschichte der SBZ/DDR ohne den Katalysator der NS-Diktatur historisch ohnehin nicht denkbar. Entsprechend ist es erforderlich, die Kennzeichnung von klassischen, inzwischen aber längst überholten Unterscheidungsmerkmalen im kommunistisch-faschistischen Vergleich erheblich zu erweitern und zu verfeinern, um präzisere Kriterien für den spezifischen Vergleich zwischen der NS- und der SED-Diktatur zu gewinnen. Dies schließt gleichermaßen ein, daß man sich auch über die bestehenden Vergleichstypen im klaren ist. Hier ist zwischen einem ganzheitlichen integralen Vergleich beider deutschen Diktaturen zu unterscheiden, der beide Herrschaftssysteme in ihrer Gesamtheit und ihren Hauptmerkmalen, d. h. übergreifende Gemeinsamkeiten, aber auch spezifischen Unterschieden zu erfassen sucht, sowie einem partiellen sektoralen oder selektiven Vergleich, der nur ganz bestimmte Strukturen, Institutionen, Politiken oder Ideologomena – ebenso wie das Verhalten von sozialen Schichten oder Berufsgruppen – in ihrer Lebens- und Alltagswelt herausgreift. Während es sich bei ersterem methodologisch gesehen um eine vergleichende Gegenüberstellung mit eher historisch abstrakten Kriterien handelt, vermag der partielle sektorale Vergleich schon aufgrund seines Zugriffs auf begrenzte Vergleichsobjekte mit präziseren Kriterien zu erfassen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß nur tatsächlich vergleichbare, d. h. kompatible Untersuchungsgegenstände verglichen werden können. Für beide komparative Ansätze gilt zudem, daß sowohl die jeweilige Aktion des Regimes als auch gleichgewichtig die vielfältige Reaktion der Betroffenen in die Untersuchung einbezogen und damit schon ein genanntes Grunddefizit bisheriger totalitarismustheoretischer Ansätze von Anfang an überwunden wird. Wir haben uns deshalb in Leipzig ganz bewußt auf empirische Forschungsprojekte konzentriert, die in der Regel sektorale bzw. selektive Vergleiche zwischen beiden Diktaturen vornehmen, insbesondere in institutionen- und betriebsgeschichtlicher Hinsicht, wobei mit einem kombinierten politik- und sozialhistorischen Ansatz vorgegangen wird, um gleichgewichtig sowohl die Etablierung

und Existenz des Herrschaftsapparates als auch die eventuelle Beharrungskraft und graduelle Veränderung sozialer Strukturen und Mentalitäten genauer zu erfassen.

Was die weiteren Systemvergleiche mit der früheren Bundesrepublik und den sozialistischen Staaten angeht, so sind diese gegenüber ersten empirischen Ansätzen zum Diktaturvergleich zwischen dem NS- und SED-Regime inzwischen weit zurückgefallen. Das gilt noch mehr für den sogenannten intrasystemaren Vergleich, also etwa den Vergleich der DDR mit Polen oder der Sowjetunion. Hier liegt in der Tat ein gravierendes Defizit vor, etwa auch in Bezug auf die Verflechtung mit dem RGW oder die Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede von Oppositionsgruppen. Letzterer scheidet bekanntlich vor allem an mangelnder Sprachkompetenz wie auch im Zugriff auf authentische Quellen in ehemaligen sozialistischen Regimen. Dieser Vergleich ist aber unverzichtbar, will man die besondere Position der DDR und die Spezifika ihres Herrschafts- und Gesellschaftssystems im früheren Ostblock verstehen.

Zielsetzung künftiger Darstellungen der Geschichte der SBZ/DDR wird es sein müssen, die Ambivalenz von Verflechtung und Abgrenzung der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte – wie das mein Kollege Kleßmann treffend und zugleich zutreffend formuliert hat – historiographisch in den Griff zu bekommen, um den von der SED geschaffenen Staat als integralen Bestandteil deutscher wie europäischer Geschichte (Stichwort Langzeitzusammenhang), adäquat porträtieren zu können. Dies besitzt aber zugleich auch eine über die deutsche Geschichte hinausragende Bedeutung. Aufgrund der besonderen historischen Konstellation und der Erfahrung mit zwei Diktaturen steht die deutsche Zeitgeschichtsforschung auch unter einem gewissen internationalen Erwartungsdruck sich mit dem Diktaturen – und Systemvergleich auseinanderzusetzen, wenn das Diktum stimmt, daß dieses zu Ende gehende 20. Jahrhundert vom Kampf zwischen Diktatur und Demokratie geprägt gewesen ist. Und so sehr die Vergangenheit der DDR nach wie vor die Gegenwart des heutigen Deutschlands mitprägt, die geschichtliche Perspektive wird sich langfristig zwangsläufig ändern, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Hitler und Honecker schon in 750 Tagen zu historischen Figuren des vorigen Jahrhunderts gehören werden. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank Herr Heydemann. Manfred Wilke bitte.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich bin gebeten worden, Bilanz und Perspektive des Forschungsverbundes SED-Staat über die Geschichte der DDR vorzutragen, möchte aber zunächst auf zwei Bemerkungen meiner Vorredner eingehen. Die eine richtet sich an Hermann Weber, der uns zu Recht an den Vergleichsmaßstab sieben Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur erinnert hat, um auch noch einmal zu erinnern, worin die Bedeutung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Gesellschaften liegt. Es ist der Gesichtspunkt des „Verwertungszusammenhangs“, auf den Clemens Burrichter hinwies.

Die alliierten Besatzungsmächte, die zugleich die Deutschen vom Nationalsozialismus befreien, hatten als erklärtes Ziel die Abstrafung der Nazi- und Kriegsverbrechen und die erste große Werkstattanalyse der nationalsozialistischen Diktatur war der Nürnberger Prozeß. Die friedliche Revolution in der DDR hatte keine Revolutionstribunale. Es gab keine Aburteilung der Nomenklaturkader des SED-Zentralkomitees oder der Generäle des MfS. Runde Tische, freie Wahlen und Akteneinsicht hießen die damaligen Ziele im Herbst 1989. Wolf Biermann empfahl auf seinem denkwürdigen Leipziger Konzert, den „verdorbenen Greisen“ aus dem Politbüro „Rente statt Rache“ zu bieten. Abgesehen von den notwendigen außenpolitischen Rücksichtnahmen auf die Sowjetunion, die der Abrechnung mit den Verantwortlichen der SED Grenzen setzte, schien die Selbstaufklärung der vom MfS Verfolgten zu genügen, um die immateriellen Schäden der Diktatur bald zu überwinden. Das Schlüsselwort für diese Perspektive der Selbstaufklärung – Burrichters Satz des Verwertungszusammenhanges – hieß Akteneinsicht. Sie wurde noch in der DDR politisch durchgesetzt. Aber als die Akten des MfS 1992 wirklich geöffnet wurden, führte das zu einer geschichtspolitischen Auseinandersetzung über die SED-Diktatur, die bis heute anhält.

Die Öffnung dieser MfS-Akten brachte den repressiven Alltag dieser Diktatur zum Vorschein, das Leid der Opfer wurde öffentlich, und moralische Fragen nach Schuld, Verstrickung, Sühne und Versöhnung wurden zum politischen Problem. Die Forderung nach Akteneinsicht drückte das Verlangen nach gesellschaftlicher Selbstbefreiung von Mißtrauen, Lüge und Ungewißheit aus, die Wahrheit über die Diktatur war das Angebot der Opfer an die Täter zu einem versöhnenden Neuanfang. Ich glaube, daß man diesen Ausgangspunkt all dessen, was nach 1989 politisch, publizistisch und historisch geschah, viel zu wenig hervorhebt. Aber der Verlauf der öffentlichen Debatte über das MfS und seine Akten ließ diese Hoffnung der Bürgerbewegung zur Illusion werden. Ein ernstes Grundproblem der historischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur im vereinten Deutschland wurde sichtbar, der Westen fühlte sich von der SED-Herrschaft nicht betroffen. Viele betrachteten aus der Zuschauerperspektive die Sensationen aus dem Osten, die die Massenmedien enthüllten. Der republikanische Beistand, den viele Bürgerrechtler aus der DDR im gemeinsamen Urteil über die Diktatur vom Westen erwarteten, er blieb nur schwach.

Nach Öffnung der Akten traten MfS-Offiziere öffentlich und vor Gericht als Kronzeugen auf, versuchten, die von ihnen selbst angelegten Akten zu entwerten, und in vielen Fällen wurde ihre Opfer von einst öffentlich ins denunziatorische Zwielficht gerückt. Der leidenschaftliche Appell von Gerd Poppe aus dem Frühjahr 1992 hält das damalige Meinungsklima fest. Er ist nach meiner Überzeugung ein Satz für die deutschen Schulbücher. Poppe forderte, eine Wahrheit über die DDR nicht zu verdrängen: „Wir waren kein Volk von Widerständlern, noch weniger eines von Denunzianten“.

Die geschichtspolitischen Folgen dieser Akteneinsicht waren unter anderem die Etablierung der ersten Enquete-Kommission, die Einrichtung von Untersu-

chungsausschüssen usw. Im diesem geschichtspolitischen Klima des Frühjahrs 1992 wurde an der Freien Universität der Forschungsverbund SED-Staat gegründet. Erklärte Absicht seiner Initiatoren war es, sich in der eigenen Forschung auf die Führung der SED und damit auf die totalitäre Partei als der zentralen politischen Institution im SED-Staat zu konzentrieren. Aus diesem Anspruch ergab sich das erste Themenfeld von selbst: „Errichtung und Aufrechterhaltung der Diktatur in der DDR durch die SED-Führung und ihren zentralen Parteiapparat“. Da die Leistungen der früheren DDR-Forschung hier schon verschiedentlich zur Sprache kam, an der Freien Universität hat Ernst Richert sein Buch „Macht ohne Mandat“ geschrieben, in dem der Satz steht, der gewissermaßen als Leitsatz über dem, was wir gemacht haben stehen könnte: „Die Regierung der DDR ist der zentrale Parteiapparat der SED“. Begonnen wurde mit einem Forschungsvorhaben über die Nachkriegsplanungen der exilierten Moskauer KPD-Führung 1944/45, deren erste Ergebnisse ich in der vorigen Kommission bereits hier vorgetragen habe. Ich will noch mal darauf zurückkommen, was das wichtigste Ergebnis dieser Studie über die Programmatik der KPD gewesen ist. Die Moskauer Kader der exilierten KPD-Führung bekamen den Auftrag, sich darauf vorzubereiten, die Umgestaltung Deutschlands nach dem alliierten Sieg in die Hände zu nehmen. Sie bekamen den Auftrag, die Ost-Orientierung deutscher Politik durchzusetzen. Dieser Befund hatte unter anderem zur Konsequenz, daß die Moskauer Kader der KPD mental und politisch auf den Kalten Krieg in und um Deutschland eingestellt waren. Der Aufbau des Zentralen Parteiapparates der KPD 1945 war und blieb die grundlegende Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht für den Aufbau der zweiten Diktatur in ihrer Zone. Die Untersuchung über die Anfänge des Zentralen Parteiapparates der SED offenbart auch den fundamentalen Unterschied zwischen der KPD und allen anderen politischen Parteien in Deutschland.

Waren Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten darum bemüht, deutsche Souveränität unter den Bedingungen alliierter Besatzung zurückzugewinnen, so sorgten die „Moskauer Kader“ der KPD unnachlässig dafür, daß sich die Deutschen den Zielen „ihrer“ sozialistischen Besatzungsmacht unterwarfen. Ein zweites Themenfeld bezieht sich auf die Außenpolitik der DDR in den Systemkrisen. Die Politik der SED in den von uns untersuchten Systemkrisen des sowjetischen Imperiums 1968 der Tschechoslowakei und 1980/81 in Polen zeigt Lug und Trug dieser Propagandaformel vom deutschen Friedensstaat. In beiden Fällen betrieb die SED eine entschlossene Einmischungspolitik gegen die Reformprozesse in den Nachbarländern und bereitete den Einmarsch der Truppen der Nationalen Volksarmee vor. Das Verhalten der SED in diesen Systemkrisen erlaubt auch Rückschlüsse für die Beantwortung der Frage, warum war die SED in all den Jahrzehnten ihrer Herrschaft unfähig zur Reform? Es lag nicht zuletzt daran, daß ihr Sozialismus auf ein Drittel von Deutschland begrenzt blieb. Die SED bekämpfte entschlossen die Idee nationaler Selbstbestimmung in Polen und der Tschechoslowakei und sie hatte, wie wir wissen, allen Grund dazu. In enger Kooperation mit dem „Budapester In-

stitut 1956“ arbeiten wir derzeit an einem Projekt zum „Neuen Kurs“, mit dem die sowjetische Führung 1953 zeitgleich in der DDR und Ungarn Korrekturen der Politik der regierenden kommunistischen Parteien anordnete. Die von oben gewollten Reformen führten in beiden Fällen zu Aufständen von unten gegen die kommunistische Diktatur und demonstrierte der sowjetischen Führungsmacht den engen Spielraum für reformerische Experimente in ihren „Bruderstaaten“.

Die SED erhob den Anspruch, mit Hilfe ihres Machtmonopols die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu planen, zu steuern und zu kontrollieren. Dies galt auch für die SED-Politik gegenüber der evangelischen Kirche. Im Zusammenhang mit dem Stolpe-Untersuchungsausschuß des Landtages von Brandenburg führte der Forschungsverbund SED-Staat bereits 1992 den Nachweis, daß die zentrale Schaltstelle für die Kirchenpolitik in der DDR weder im Staatssekretariat für Kirchenfragen noch beim MfS zu suchen war, sie lag in den Händen der „Arbeitsgruppe Kirchenfragen“ im ZK der SED. Hier sind auch die Verantwortlichen für die DDR-Kirchenpolitik zu suchen. Seit einigen Jahren befaßt sich eine Arbeitsgruppe des Forschungsverbundes mit der Untersuchung der Ausgrenzung von verfemter bildender Kunst in der DDR, ein Projekt, das unter anderen zurückgeht auf die Akteneinsicht von verfemten bildenden Künstlern der DDR, das Projekt, das wir hoffen im Jahre 1998 abschließen zu können wird zeigen, wie weit die Ansprüche der SED Kultur und Kunst in den Dienst der Partei zu stellen, an dem künstlerischen Beharrungswillen von einzelnen immer wieder scheiterte. So daß also von hier aus der Weg in die Opposition oder in die Ausreise in die Bundesrepublik gegangen wurde. Auf der Leipziger Buchmesse im Frühjahr 1998 wird der Autor Jürgen Serke – seine Bücher über die „verbrannten“ und „verbanneten“ Dichter haben in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik Aufsehen erregt – sein Werk über die vergessene DDR-Literatur vorstellen, das durch ein Stipendium der Kultur-Stiftung der Deutschen Bank ermöglicht wurde und in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund entstand. Neu bewilligt wurde von der DFG gerade ein Forschungsprojekt über die Staatliche Kulturkommission der DDR Anfang der fünfziger Jahre.

Ein weiteres Themenfeld unserer Arbeit bildete die SED-Westpolitik, mit der die Partei im sowjetischen Auftrag zunächst versuchte, die Westbindung der Bundesrepublik zu verhindern, um nach dem Grundlagenvertrag die bundesdeutschen Parteien auf unterschiedliche Weise zu einer Existenzgarantie für ihre diktatorische Herrschaft zu bringen. Zusammenfassend hat sich der politikgeschichtliche Ansatz zur Erforschung der SED-Diktatur als fruchtbar erweisen. Er vergegenwärtigt die Intentionen, Strukturen und Methoden der Diktaturpartei und er ermöglicht es auch, ihre Grenzen und Niederlagen darzustellen. Er ist auch unverzichtbar für die Erforschung von Opposition und Widerstand in der DDR. Das hat Ilko-Sascha Kowalczyk eindrucksvoll gesagt. Die Leistungen der Menschen, die dem totalitären Machtwillen der SED widerstanden oder sich ihr entgegenstellten, lassen sich nur ermessen, wenn die Diktatur selbst zum Gegenstand der Forschung wird, sie ist auch unerlässlich

für den Diktaturenvergleich im Jahrhundert der Weltkriege und totalitären Mega-Regime.

Weder das Ende noch der Anfang der DDR erlauben eine isolierte Betrachtung ihrer politischen Geschichte. Sie ist Teil der Geschichte von Deutschland in der bipolaren Weltordnung nach Hitlers Krieg, in ihr geht es normativ um die Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, weltpolitisch um die Geschichte des sowjetischen Imperiums und seiner Deutschlandpolitik im Kalten Krieg, und unverzichtbar für die demokratische Kultur der Deutschen ist die Erinnerung an Widerstand, Opposition und Resistenz gegen den totalitären Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten nach der Niederlage der hausgemachten Diktatur der Nationalsozialisten. Danke schön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Danke schön, Manfred Wilke. Herr Kleßmann bitte.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Vielen Dank, den Vorletzten beißen auch schon die Hunde, nicht erst den Letzten, weil vieles hier schon gesagt worden ist, was ich sonst auch sagen würde. In einer anderen Akzentuierung wird sich einiges wiederholen.

Wir haben ein relativ allgemeines Thema: Chancen, Probleme und Perspektiven. Ich will zu allen drei Punkten etwas sagen, aber nicht sehr konkret auf die speziellen Projekte unseres Instituts eingehen, was sicherlich auch nicht der Sinn der Sache wäre. Die Quellensituation scheint mir extrem günstig zu sein, verglichen mit anderen Feldern der Zeitgeschichte. Darüber ist schon viel geredet worden. Ich möchte nur noch einmal auf einen Punkt hinweisen, der häufig vergessen wird. Die deutsche Teilung hat in Westdeutschland eine kontinuierliche publizistische und fachwissenschaftliche Beobachtung produziert, auch Dokumentationen der Geschichte der DDR. Diese werden bisweilen, wie mir scheint, vergessen oder nicht genügend gewürdigt. Da ist ein umfangreiches Material an Quellen und Literatur entstanden, wenn man nur die frühen Bände des SBZ-Archivs nimmt, die von Monat zu Monat dokumentieren. Das ist auch heute noch außerordentlich wichtig. Also ich würde, um ein bißchen zu provozieren, davor warnen, allzuviel Quellenfetischismus nur aus den Archiven zu betreiben. Daß ansonsten von verschiedenen neuen Institutionen, nicht zuletzt von der Enquete-Kommission, viele neue Impulse auf die DDR-Forschung ausgegangen sind, braucht man hier sicherlich nicht zu betonen. Insofern würde ich meinen, ist es keine Übertreibung zu behaupten, daß kein Gebiet der Zeitgeschichte in kurzer Zeit so intensiv, so breit untersucht worden ist, wie die DDR-Geschichte. Sie gehört neben und nach dem Nationalsozialismus zum besterforschten Terrain der deutschen neueren Geschichte gehört. Die großen Chancen, die das Quellenmaterial bietet und auch das große deutsche und internationale Interesse daran, rufen allerdings auch ein Problem hervor, das sich nach meiner Einschätzung bald herausstellen wird, nämlich einen gewissen Überfluß. Darauf sollte man sich einstellen. Die Warnung vor einer angeblichen Verdrängung der Geschichte der DDR-Diktatur und vor einem

verfrühten Schlußstrich halte ich für weitgehend unbegründet. Der Stand der Aufarbeitung ist sieben Jahre nach dem Ende der DDR ungleich besser, wenn man einmal diesen etwas problematischen Vergleich zieht, als etwa im Jahre 1952 der des Nationalsozialismus. Dennoch gibt es eine Reihe offener Fragen und methodischer Probleme.

Einige politische Probleme, die zeitweilig im Vordergrund der öffentlichen Debatte standen, sollten mittlerweile weitgehend erledigt sein. Dazu gehört die Frage, wer darf oder soll DDR-Geschichte erforschen ebenso wie der bisweilen mit penetranter Rechthaberei geführte Streit um Leistungen und Defizite der alten DDR-Forschung, um Schönfärberei oder um „nationalen Verrat“. Die Schwerpunkte wissenschaftlicher historischer Forschung, und damit komme ich auch noch einmal zu einem Punkt, den Herr Burrichter eben angesprochen hat, können weder in ihren Inhalten noch in ihrer Reihenfolge einfach durch politische Wünsche von außen vorgegeben werden, obwohl natürlich jede Wissenschaft in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden ist und insofern standortgebunden ist. Aber ich denke, die Schwerpunktsetzung kristallisiert sich aus einem komplizierten innerwissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Prozeß heraus und man sollte in der Tat möglichst deutlich sagen, wo spezifische Erkenntnisinteressen bei bestimmten Projekten liegen.

Versucht man ein vorläufiges grobes Fazit der bisherigen DDR-Forschung zu ziehen, so scheint mir die politische Geschichte des Herrschaftssystems im Vordergrund zu stehen. Ich würde sagen, zu Recht, weil die politische Geschichte den Rahmen für die Untersuchung der Gesellschaft in der Diktatur abgibt. Insofern wäre es absurd, Sozialgeschichte ohne entsprechende Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen betreiben zu wollen. Ich glaube, das versucht auch niemand ernsthaft. Gleichwohl liegen im sozial- und alltagsgeschichtlichen Bereich nach meinem Eindruck nach wie vor die größten Defizite. Ich will nur ein paar Stichworte nennen: alte Eliten, bürgerliche Traditionen, Milieuresistenz. Aber auch das Verhalten der „führenden Klasse“ und spezifische Formen ihrer Interessenrealisierung gehören für meine Begriffe kurioserweise zu den großen Lücken in der Forschung. Die bereits vorliegenden Untersuchungen etwa zu den Arbeitsbrigaden zeigen, daß hier außerordentlich interessante Aspekte zutage gefördert werden können. In solchen und ähnlichen sozialhistorischen Komplexen liegt ein Schwerpunkt der Forschung, die im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam betrieben werden, keineswegs ausschließlich, aber mit einer deutlichen sozialgeschichtlichen Akzentuierung. Ich werde das hier im einzelnen nicht vorstellen.

Es geht um vier Projektbereiche, die unter dem Titel „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“ zusammengefaßt sind. Diese beiden Begriffe, Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen, könnte man als einen komplementären Dualismus bezeichnen, der versucht, beides gleichermaßen zu berücksichtigen. Gewalt von oben war notwendig, aber Mitmachen von unten gehörte ebenfalls dazu, um das Ganze hinreichend zum Funktionieren zu bringen. Vielleicht nur ganz knapp einfach einmal die Titel

der vier Projekte, um die es da geht. Das erste, ein im wesentlichen politikhistorisches Thema: „Die DDR zwischen Sowjetisierung und Eigenständigkeit“, also die vorhin schon einmal angesprochene Frage nach Handlungsspielräumen und Entscheidungsprozessen in unterschiedlichen Zusammenhängen in der Außenpolitik, aber auch in der Frage der Parteisäuberung, sozusagen der antizipierten Sowjetisierung durch deutsche Kader. Ein zweiter, stärker sozialwissenschaftlich orientierter Projektbereich „Führungsgruppen und Apparate des SED-Regimes“, also die Frage nach Funktionseliten, ihrer Rekrutierung, der Ausschaltung alter Eliten, der Einbindung in neue Zusammenhänge und der Funktionsfähigkeit dieser Eliten. Schließlich drittens: Herrschaft und Eigensinn – mit einem Bindestrich dazwischen, der ist wichtig –, in der sozialistischen Diktatur. Eine Mikrostudie, eine alltagshistorische Untersuchung, die versucht, Herrschaft im Prozeß ihrer Realisierung und auch in ihrer Umformung in einem überschaubaren Untersuchungsfeld in brandenburgischen Beispielen etwas näher unter die Lupe zu nehmen; und schließlich viertens die Frage nach der „Rolle von Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung im Prozeß der Herrschaftssicherung“, aber auch unter dem Aspekt, welche internen Debatten dort abgelaufen sind. Wie Autonomie von Wissenschaft oder Restbestände von Autonomie der Wissenschaft mit den Vorgaben von oben kollidieren, also sehr plakativ formuliert, wie weit auch Geschichtswissenschaft Konfliktgeschichte gewesen ist.

Abschließend möchte ich auf zwei Probleme hinweisen, die mir bislang gar nicht oder völlig unzureichend gelöst zu sein scheinen, und die für die weiteren Perspektiven der DDR-Forschung, um die es ja hier vorwiegend auch gehen soll, von zentraler Bedeutung sind.

Erstens: Die Gefahr der Verinselung, der relativen Isolierung der DDR-Forschung. Ich glaube, ihr wird man nur entgegen können durch Einbeziehung in breitere thematische Bezüge. Das hat Herr Heydemann eben auch schon einmal angesprochen, vorhin ist es auch schon einmal erwähnt worden. Dazu gehören vor allem komparatistische Untersuchungen für die DDR und die osteuropäischen Länder. Gegenüber diachronen Vergleichen, also zwischen NS- und SED-Diktatur, haben diese synchronen Vergleiche mit Osteuropa große Vorzüge. Das Problem der Zeitverschiebung entfällt weitgehend. Man hat es mit den gleichen weltpolitischen Rahmenbedingungen und mit Zeitgenossenschaft zu tun. Der Ausgangspunkt der politischen Determinanten des Herrschaftssystems ist ähnlich oder gleich und innerhalb dieser in Grundzügen vorgegebenen gleichen Rahmenbedingungen kann man dann sehr viel besser die Besonderheiten, die Wirksamkeit nationaler Traditionen, die Möglichkeiten und Spielräume nationaler und gruppenbezogener Akteure erfassen. Diese Forderung nach Vergleichen mit osteuropäischen Ländern wird ebenso oft erhoben wie selten realisiert. Das hat, darauf wurde auch schon hingewiesen, mit Sprachproblemen zu tun. Es hat aber auch damit zu tun, daß die Teildisziplinen vor 1989 extrem voneinander abgeschottet waren. Allgemeine Zeitgeschichte, DDR-Forschung und Osteuropa waren getrennt. Die DDR und die ostmitteleuropäischen Länder waren im Westen im wesentlichen ein Feld für

Spezialisten. Man blieb sozusagen unter sich. Daraus resultieren zu einem großen Teil die Probleme heute, diese wissenschaftsgeschichtlich auch dringend notwendige Zusammenführung zustande zu bringen. Hier gibt es einen erheblichen Nachholbedarf, und die West- und Mitteleuropäer müssen sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts daran gewöhnen, daß Osteuropa ein wesentlicher Bestandteil Europas ist. Die gegenwärtige Konjunktur der DDR-Forschung wird auf absehbarer Zeit nachlassen. Ihre Verbindung mit der vergleichenden Osteuropaforschung und auch mit einer umfassender konzipierten Deutschlandforschung kann dem vielleicht entgegenwirken und ist um so dringlicher.

Damit komme ich zu dem zweiten und letzten Punkt, der nämlich auf Probleme und künftige Perspektiven der zeithistorischen DDR-Forschung hinweist. Ziel einer kritischen Historiographie kann in Zukunft nicht sein, die DDR-Geschichte umstandslos in die gesamtdeutsche Geschichte einzugliedern, die dann sozusagen teleologisch auf das Datum 1990, die Wiedervereinigung, ausgerichtet ist. Das wäre in meinen Augen eine neue Variante von ideologisierte Geschichtskonstruktion. Ebenso wenig läßt sich die eingebürgerte historiographische Trennung von zwei Staaten weiterführen. Beide Staaten waren, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, in ein dreifaches Koordinatensystem eingefügt. Auch das ist schon angedeutet worden. Einmal in die globale Konstellation des Kalten Krieges, zum anderen waren beide Staaten aber auch eigenständige Subjekte von Politik, und ihre Gesellschaften entwickelten eine eigene Dynamik. Schließlich drittens, und darauf kommt es mir hier an, waren beide Staaten durch Konfrontation und Kooperation stärker miteinander verflochten als sie lange Zeit wahrhaben wollten. Und diese deutsch-deutsche Verflechtung und ihre jeweilige Negation des Konkurrenzstaates macht den stärksten Unterschied der DDR mit den osteuropäischen Staaten aus. Das deutsch-deutsche Verhältnis blieb stets von einer starken Asymmetrie geprägt, aber es bestimmte die innere und äußere Geschichte beider Staaten nachdrücklich und ich glaube, das Verständnis für diesen Sachverhalt ist nach 1990 erheblich gewachsen. Die DDR ist ohne das Magnetfeld der Bundesrepublik überhaupt nicht verständlich. Umgekehrt, und das wird sehr viel weniger thematisiert, wirkten aber auch die Existenz und natürlich die Einflußversuche der DDR in die Bundesrepublik hinein sehr intensiv auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik. Hier gibt es noch viel an empirischen Einzelthemen aufzuarbeiten, was die Kirchen, was die Frauenpolitik, was die Sozialpolitik, aber auch die Wissenschaftsgeschichte angeht. Wie, und damit komme ich zum Schluß, die historiographische Verbindung beider Teilgeschichten konzeptionell aussehen kann, das scheint noch ziemlich unklar zu sein. Vielleicht können wir ja darüber noch einmal diskutieren. Eine neue Nationalgeschichte mit dem Ziel der Identitätsstiftung halte ich für sehr problematisch. Zunächst einmal ist diese Dialektik von Abgrenzung und Verflechtung empirisch auf unterschiedlichen Themenfeldern zu erforschen und da gibt es ja bereits auch einige sehr ergiebige Beispiele, etwa wenn man an die Praxis der Vergangenheitspolitik in beiden Staaten denkt. Fortbestehende Verbindungen, Wechselwirkun-

gen und dezidierte Abgrenzung auf beiden Seiten müssen in einem solchen Konzept, was weder gesamtdeutsch ist noch der alten Arbeitsteilung folgt, richtig ausbalanciert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Damit bleibt deutsche Nachkriegsgeschichte ein sperriger Gegenstand, aber das macht vielleicht gerade ihren wissenschaftlichen Reiz und ihre politische Bedeutung und Problematik aus. Dankeschön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Herr Kleßmann. Bitte Armin Mitter.

Dr. Armin Mitter: Meine Damen und Herren, ich bin versucht, den Spruch von Herrn Kleßmann, also den Letzten, den Vorletzten beißen die Hunde, umzudrehen und zu sagen: „Der Letzte beißt und er könnte diejenigen beißen, die vor ihm ausgeführt haben.“ Also ich möchte das auf keinen Fall tun, aber ich möchte auch nicht all das wiederholen, was hier an Forschungsprojekten genannt worden ist. Vielem kann ich mich anschließen. Vielen meiner früheren oder noch jetzigen Kontrahenten würde ich vorbehaltlos zustimmen, insbesondere dem, was Herr Kleßmann gesagt hat. Nur möchte ich nur am Rande bemerken, es sollte eben nicht immer nur bei Konzeptionen bleiben, sondern man sollte dann doch zu den Tatsachen übergehen, diese Dinge dann wirklich auch initiieren und nicht immer große Forschungsprojekte schreiben für irgendwelche Stiftungen und irgendwelche Förderungen, wo dann der Antrag eigentlich schon das Ergebnis vorwegnimmt, sondern es sollte dann auch wirklich mit den Dingen einmal begonnen werden. Es ist eben schon sieben Jahre her, als ich die erste Konzeption gelesen habe, in der dieser osteuropäische Vergleich formuliert worden ist, der auch von anderen Seiten angemahnt worden war. So könnte man verschiedene andere Dinge, die hier auch von anderen Referenten genannt wurden, auch nennen. Ich möchte mich ganz pointiert mit einem ganz bestimmten Punkt beschäftigen und ich verspreche Ihnen, ich werde die Zeit 100 %ig einhalten, ich bemühe mich sogar, sie zu unterschreiten.

Und zwar geht es mir darum, das Verhältnis zwischen akademischer Forschung und außerakademischer Forschung ein wenig zu beleuchten, und zwar aus der Perspektive von 1989 und der sich daraus entwickelnden Situation, wie wir sie heute vorfinden. Der Zusammenbruch der DDR bedeutete auch für die Historiker eine völlig neue Situation. Dabei standen für beide Seiten Deutschlands unterschiedliche Bilanzen zu Buche. Im Osten war mit dem Zusammenbruch des Sozialismus auch die Legitimationsbasis der Zeitgeschichtshistoriker weggebrochen. Ich glaube, ich brauche die Gründe dafür überhaupt nicht auszuführen, das ist längst geklärt. Im Westen Deutschlands mit einem pluralistischen Wissenschaftssystem waren die Zeitgeschichtshistoriker gezwungen, ihren unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit entstandenen Standort ebenfalls neu zu bestimmen. Es ging dabei entweder um die Verteidigung oder die Verbesserung der eigenen strategischen Position in der Wissenschaftslandschaft. Die Standorte prägten in nicht unerheblicher Weise die inhaltliche forschungspolitische Diskussion. Zunächst ist festzuhalten, und da stimme ich vorbehaltlos dem, was Herr Prof. Weber ausgeführt hat, zu, daß eine Basis von

soliden Forschungsergebnissen zur DDR-Geschichte vorhanden war, – insbesondere sind hier die Arbeiten von Herrn Weber und Herrn Fricke zu nennen, ich nenne sie nicht, weil beide anwesend sind, sondern weil das meines Erachtens unumstritten ist –,

(Zwischenruf Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: „Wir bekommen auch schon rote Ohren.“)

auf die in der völlig neuen Situation aufgebaut werden konnte. Ich betone, es war eine völlig neue Situation. Das pluralistische Wissenschaftsverständnis führte jedoch auch dazu, daß vor dem Hintergrund dieser neuen Situation heftige wissenschaftspolitische Auseinandersetzungen geführt wurden, wobei es darum ging, welchen Stellenwert in der Hauptsache die Untersuchung des politischen Systems in der DDR respektive im gesamten sozialistischen System hatte. Dabei lag der Schwerpunkt oftmals darauf, die plötzlich zur Verfügung stehenden erheblichen finanziellen Mittel für sich zu reklamieren. Meines Erachtens befinden wir uns heute in einer Phase, in der diese wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen durch die Verteilung der Mittel als abgeschlossen betrachtet werden kann. In der wissenschaftlichen Diskussion haben sich aber die Grenzen eines sozialwissenschaftlichen Ansatzes, der oftmals nur eine Fortsetzung der systemimmanenten Betrachtungsweise ist, zumindest aber an diese systemimmanente Betrachtungsweise anknüpft, deutlich gezeigt. Ebenso gibt es aber keine Arbeiten von Historikern, die sich der Totalitarismustheorie verpflichtet fühlen, die ein entscheidend neues Bild von der DDR geprägt haben. Beide Richtungen haben sich eher aufeinander zubewegt, was hier in den Diskussionsbeiträgen deutlich zum Ausdruck kam, ohne daß die prinzipiell gegensätzlichen Standpunkte verwischt worden sind. Deutlich ist allerdings geworden, daß der Untersuchung des Herrschaftssystems weit mehr Raum eingeräumt werden muß, als dies vor 1989 der Fall war. Aus welchen Gründen auch immer, eine Reihe davon sind hier genannt worden. Dies ist aber meines Erachtens in erster Linie nicht Historikern zu verdanken. In erheblichem Maße denjenigen, die 1989 nicht nur auf die Straße gegangen sind, sondern auch ohne professionellen Hintergrund sich vorrangig mit der Geschichte des Herrschaftssystems in der DDR beschäftigt haben. Ich spreche von den vielen Initiativen, die sich zur Erforschung der DDR-Geschichte bildeten und in ganz entscheidender Weise die Forschung vorangetrieben haben. Ihnen ist es zu verdanken, und das wird häufig vergessen, daß wir heute in den ehemaligen DDR-Archiven so exzellente Zugangsbedingungen vorfinden. Diese Initiativen haben deutlich gemacht, daß die Erforschung der zweiten Diktatur nicht nur eine Angelegenheit der akademischen Forschung sein kann, sondern ganz entscheidend das Zusammenwachsen zwischen Ost und West prägt. Von Seiten der akademischen Forschung hat man diese Initiativen nur zögerlich zur Kenntnis genommen. Ausdrücklich möchte ich darauf verweisen, und jetzt, Herr Fricke, kriegen Sie auch wieder rote Ohren, daß insbesondere Herr Fricke und Herr Weber sich von der Mehrheit ihrer Fachkollegen unterschieden haben und auf vielfältige Weise diese Initiativen unterstützten. Außerdem gilt das auch für die unterschiedlichen Einrichtungen der politischen Bildung. Also,

die Heinrich-Böll-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung ebenso wie die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Naumann-Stiftung. Aber auch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen für politische Bildung haben in den vergangenen Jahren diesen Initiativen oder Personen immer wieder ein großes Podium eröffnet. Dagegen wurde von akademischer Seite oftmals versucht, mit dem Hinweis auf mangelnde Professionalität diesen Initiativen deren Wissenschaftlichkeit abzusprechen und deren Arbeiten als Ergebnis von politisch-moralisch rigorosen Standpunkten geprägt abzuqualifizieren. Meines Erachtens in erster Linie, um einer substantiellen Auseinandersetzung von vornherein aus dem Wege gehen zu können. Statt dessen wurde die Zusammenarbeit mit ehemaligen SED-Historikern gesucht, die versuchten, an die wissenschaftstheoretischen Positionen im Westen zu kommen und bereit waren, um des eigenen Überlebens willens, diese bedingungslos zu akzeptieren. Innovatives Denken ist von diesen Historikern nur begrenzt zu erwarten gewesen, und es ist auch so gekommen, es ist nur begrenzt eingetroffen. Tatsächliche Innovation kann meines Erachtens aufgrund der nunmehr reduzierten Mittel kaum stattfinden. Das stärkt eindeutig die hierarchisch gegliederte akademische Forschung. Man muß sich vorstellen, natürlich hat ein Professor mehr Macht, wenn er über die knappen Mittel verfügt und natürlich auch die Institutionen entsprechend viel stärker von oben nach unten diktieren. Es ist eben sehr schwierig, für den außerakademischen Kreis überhaupt an solche Fördermittel heranzukommen.

(Zwischenrufe...)

Also das ist meines Erachtens fast unumstritten. Gefragt ist eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit; deshalb ist es notwendig, gerade im Osten Deutschlands diese außeruniversitären Initiativen finanziell zu unterstützen. Für die akademische Forschung sind genügend Mittel zur Verfügung gestellt worden in den letzten Jahren. Es geht jetzt darum, deren Verteilung transparenter zumachen und vor allen Dingen die Kriterien dafür. Inhaltlich müßte noch viel stärker empirisch argumentiert werden, um den jeweiligen theoretischen oder methodischen Ansatz zu exemplifizieren. Es darf nicht bei Absichtserklärungen bleiben. Es ist deutlich geworden, daß das vorhandene theoretische Instrumentarium nicht ausreicht, und ich glaube da sind sich alle einig, um entscheidend die Forschung voranzubringen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Armin Mitter. Tatsächlich bist Du unterhalb der Zeitvorgabe geblieben. Ich möchte die Diskussion damit eröffnen, daß ich den letzten Gedanken von Herrn Mitter noch einmal aufgreife, mit einer ergänzenden Anregung. Es ist sicherlich richtig, daß hier zwei verschiedene Welten sich mit der DDR-Vergangenheit je nach ihrer Profession oder ihrer Betroffenheit beschäftigt haben. Wenn wir daraus Folgerungen ziehen wollen, Armin, denke ich, und darüber sollte man diskutieren, ob man sie nicht auseinanderdividiert, sondern ihnen versucht, den Weg zu ebnen, aufeinander zuzugehen. Ich kann mir vorstellen, eine akademische Forschung kann sehr wohl auf diese Initiativen zurückgreifen, die wie-

derum durch diese Kooperation ihre Arbeit effektivieren könnten. Aber ich eröffne hiermit die Diskussion. Zunächst Markus Meckel bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Der Punkt, den ich ansprechen möchte, geht unmittelbar auf diese Fragestellung ein. Wir sehen ja, daß es ein durchaus kompliziertes Verhältnis gibt von historischer Forschung und öffentlichem Diskurs. Dies muß nicht so sein, aber genau so klar ist, daß historische Forschung auch den öffentlichen Diskurs mitbestimmt und manchmal durch nichthistorische, z. B. künstlerische oder andere mediale Ereignisse zurückgeworfen wird auf die Frage: was bringt die historische Forschung? Ich denke etwa an die Wehrmachtsausstellung und die Bewertung von Widerstand im Nationalsozialismus. Wenn ich mir das Selbstverständnis der deutschen, der westdeutschen Gesellschaft der 50er Jahre ansehe, dann war jemand, der Emigrant war, Willy Brandt oder andere, oder jemand der im Widerstand war, durchaus noch eher im Geruch des Verräters, während man heute so tut, als wäre z. B. die Geschichte des 20. Juli die geistige Grundlage der Bundesrepublik Deutschland. Wenn ich das feststelle, wird deutlich, daß im Laufe der Zeit durch historische Forschung, durch Beschäftigung mit Geschichte sich ein gesellschaftliches Selbstverständnis herstellt und natürlich auch verändert. Dies wird auch hier der Fall sein, wenn es um die Bewertung der zweiten deutschen Diktatur in diesem Jahrhundert geht. Und hier haben wir ja die Situation, daß Ost- und Westdeutsche sehr unterschiedliche Zugangsweisen dazu haben, was nicht heißt, daß die Ostdeutschen besonders engagiert in der Aufarbeitung wären und die anderen gleichgültig, sondern die Fragen sind, glaube ich, auch da sehr viel verschlungener. Ich möchte fragen, wo sehen Sie besondere Herausforderungen für die historische Forschung, aber auch für die politische Bildung und Öffentlichkeit, um ein Selbstverständnis unserer Gesellschaft zu erreichen, das den Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, gewachsen ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Frage richtet sich an Manfred Wilke. Es ist eher eine Bemerkung, vielleicht eine ziemlich spezielle Angelegenheit, aber sie hat eben auch etwas mit dem Punkt zu tun, den ich vorhin einmal in meinem eigenen Vortrag angedeutet habe: Inwiefern nimmt man eigentlich bei seinem eigenen Projekt auch die erschienene Forschungsliteratur zur Kenntnis? Das hat natürlich auch etwas mit der ganzen Projektvorstellerei zu tun, die ja beileibe kein Lieblingskind der DDR-Forschung ist, sondern bei jeder Wissenschaft dazugehört, mit dem ständigen „Säbelrasseln“, um Kohle abzufassen, wo dann am Ende in der Regel nicht ganz so viel dabei rauskommt. Deswegen interessiert es mich einfach. Ich habe die Sache mit Überraschung aufgefaßt, daß an Eurem Forschungsverbund ein großes Projekt läuft zum Vergleich des Neuen Kurses in Ungarn und der DDR, in der CSSR gibt es auch den Neuen Kurs, und daß Ihr zu dem Zwischenergebnis gekommen seid, daß der Neue Kurs zum Aufstand in der DDR führte. Du hast gesagt, daß der Neue Kurs in beiden Staaten praktisch zum Aufstand führte, was für Ungarn in

der zeitlichen Verzögerung von drei Jahren durchaus zutreffen mag, für die DDR trifft das nicht zu. Also da hätte ich ganz gerne noch einmal eine Äußerung dazu, inwiefern das kompatibel ist mit neuesten Forschungsergebnissen aus ganz unterschiedlichen Richtungen.

Die zweite Frage richtet sich nun an alle Teilnehmer im Podium und sie schließt an die Bemerkung von Armin Mitter an. Einerseits frage ich die drei Vertreter von den mehr oder weniger größeren Institutionen, andererseits aber auch Mitter als Vertreter eines kleinen Verbandes: Wie könnte denn so eine Kooperation zwischen den Institutionen und diesen unabhängigen Aufarbeitungsinitiativen in der Realität aussehen? Welche Schritte könnten Sie sich vorstellen, dabei selbst zu machen? Inwiefern könnten Sie sich vorstellen, auf die Aufarbeitungsinitiativen zuzugehen? Welche Anforderungen hätten Sie dabei?

Eine andere Frage, die sich da anschließt, ist noch stärker an Herrn Mitter gerichtet. Was kannst Du Dir vorstellen, könnten die Aufarbeitungsinitiativen der akademischen Forschung für Impulse verleihen?

Schließlich noch eine letzte Bemerkung für das Protokoll, weil jetzt eine ganze Menge von Institutionen genannt worden sind, die sich verdient gemacht haben bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Man sollte nicht vergessen, gerade angesichts der Tatsache, daß wir auch zwei Landesbeauftragte hier im Raum zu sitzen haben, daß die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine ziemlich entscheidende Rolle in den letzten Jahren gespielt haben.

(**Zwischenruf** Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Das ist der Abend der roten Ohren!)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Ilko Kowalczuk, Hermann Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich möchte eine Frage beantworten, die mir vorhin Stephan Hilsberg stellte und die eine ganz zentrale Frage ist. Herr Kowalczuk hat es eben so ein bißchen mit „Kohle abholen“ bezeichnet. Forschung kann nun einmal ohne Geld nicht auskommen. Und, Herr Mitter, wir sind ja häufig einer Meinung, glauben Sie nicht, daß, wenn das Geld knapp wird, plötzlich die Etablierten mehr Macht haben. Wenn sie niemand mehr anstellen können, weil sie kein Geld mehr haben, dann sind sie auf sich selber angewiesen. Mir macht es nicht viel aus, anderen vielleicht mehr. Also ganz so einfach ist es nicht. Die Frage wäre schon in der Tat, vor allem auch an die zwei größeren Institutionen, wie auch an Herrn Heydemann. Wie schätzen Sie denn konkret in Ihren Bereichen die Finanzlage ein? Die zweite Frage: Mir scheint, daß nach wie vor bei der Beurteilung der SED-Diktatur eine ganz wichtige Rolle spielt, wie groß der Spielraum dieser Diktatur im Rahmen des Weltkommunismus, genauer gesagt eben der Moskauer Vorherrschaft, gewesen ist. Sehen Sie, daß da irgendwo sich etwas tun kann, auch in Ihren Bereichen, daß Forschungen in die Richtung gehen? Mir scheint das immer noch zu wenig zu sein. Natürlich gibt es dann sofort die Probleme, die Sie angeführt

haben, mit den Sprachen und Osteuropa usw. Ich denke, das wäre doch etwas, was gerade auch im Forschungsverbund, der den Apparat der SED genau geprüft hat, der andererseits die Moskauer Emigration schon einmal behandelt hat, einfach überlegenswert ist. Das Dritte wäre die Frage nach der Umsetzung. Es ist mir trotz Vorbereitung dieser Vorstellung eben doch ein bißchen fremd geblieben, ich konnte mir nur einige Schulbücher anschauen. Die Wissenschaft leistet seit sieben Jahren – mit allen Abstrichen, die wir gemacht haben –, eigentlich doch einigermaßen gute Arbeit. Wie schlägt sich das denn eigentlich in den Schulbüchern nieder? Also ich muß gestehen, ich habe in zwei, drei reingeguckt, da bin ich erschrocken. Da wurde ich, ich könnte stolz sein, zitiert, aber mit Arbeiten von anno dunnemal. Inzwischen haben wir doch nun wirklich neueres Material, genauere Fakten. Nun frage ich, gibt es Versuche, das einmal aufzuarbeiten? Natürlich wissen wir, wie schwierig das im föderalen System mit Schulbüchern ist, aber daß man doch einmal prüfen sollte, ob man mehr Anstöße geben kann. Das wäre ein ganz wichtiger Punkt genau in dem Sinne, den Markus Meckel genannt hat.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Hermann Weber. Ich möchte noch ergänzen, daß mir der Eindruck entstanden ist, daß nicht nur in den Schulbüchern, sondern auch in den Lehrveranstaltungen unserer Hochschulen dieses Thema zunehmend weniger berücksichtigt wird. Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt die Rednerliste zunächst einmal unterbrechen. Es sind noch vier Meldungen da. Wir sollten jetzt zunächst einmal Antworten einholen und dann fortsetzen. Ich beginne mit Armin Mitter, bitte.

Dr. Armin Mitter: Ich will versuchen, auf zwei ganz konkrete Dinge einzugehen. Erstens die Fragen von Herrn Kowalczuk. Was können die Aufarbeitungsinitiativen leisten und was können die Historiker leisten? Also zunächst bleibt erst einmal festzuhalten: Die Aufarbeitungsinitiativen haben genügend eigene Veranstaltungen gemacht, zu denen leider professionelle Historiker überhaupt nicht hingegangen sind. Beispielsweise in Leipzig, Herr Heydemann, hat eine große Veranstaltung des Bürgerkomitees stattgefunden, in der intensiv Quellenkritik an Stasiakten geübt wurde. Weit und breit war dort vom akademischen Mittelbau oder Hochbau niemand zu sehen. Offensichtlich hat man das nicht nötig. Man dokumentiert natürlich auch damit ganz direkt, daß man diese Leute nicht ernst nimmt. Grundsätzlich wichtig wäre erst einmal, daß man sich den Initiativen durch Anwesenheit erst einmal öffnet. Das müßte die akademische Forschung als erstes leisten. Sie sollte nicht immer sagen: „das sind unprofessionelle Historiker, die haben da irgendwie einen moralisch politischen Standpunkt und sie sind sowieso nicht ernst zu nehmen.“ Sondern man muß sich das erst einmal anhören und muß erst einmal mit ihnen reden. Diese Sperre zwischen Universität und Aufarbeitungsinitiativen müßte erst einmal überwunden werden. Das ist nicht so einfach, aber ich denke, gerade aus der Position des Hochschullehrers hat man auch die Pflicht, das zu tun, denn man lebt in relativ gesicherten Verhältnissen und diejenigen, die auf sich selbst gestellt solche Initiativen betreiben, sind oftmals ganz schön allein gelassen. Nun ist Leipzig sogar noch ein positives Beispiel, weil wir dort diese

Abteilung des Hauses für Geschichte haben, was gewisse finanzielle Möglichkeiten auch für solche Initiativen eröffnet. Für die historische Forschung ist meines Erachtens von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Initiativen-Mitglieder ja auch Zeitzeugen sind. Also es gibt ja nicht nur Egon Krenz oder Markus Wolf, sondern es gab ja auch den kleinen Mitarbeiter des kirchlichen Kreises, der ganz einsam in seinem Kirchenkreis war und der ist ja auch Zeitzeuge. Das möchte ich zu bedenken geben. Dieser einzelne in dem Kirchenkreis steht wahrscheinlich für weit mehr in der Bevölkerung als beispielsweise Egon Krenz und Markus Wolf stehen.

Das Zweite ist, daß diese Aufarbeitungsinitiativen über erhebliche Quellenmaterialien verfügen, und sie durchaus bereit sind, dies Historikern zugänglich zu machen. Aber die Historiker kommen nicht zu diesen Aufarbeitungsinitiativen. Das Material müßte klassifiziert werden, das Material müßte also mit historischem Sachverstand bearbeitet werden. Daraus könnte meines Erachtens eine Zusammenarbeit entstehen. Das wäre auch im Interesse dessen, was hier von Herrn Weber und auch von Markus Meckel angesprochen wurde. Der akademische Raum ist längst verlassen worden und es beschäftigen sich nicht nur Historiker mit DDR-Geschichte. Es hat eine ganz andere Dimension gewonnen nach 1989. Die Diskussion über methodische theoretische Fragen, die sich aus der Tatsache des Zusammenbruches 1989 ergeben hat, die hat überhaupt noch nicht begonnen. Man muß überhaupt einmal darüber nachdenken, welchen Stellenwert in der heutigen politischen Kultur von Deutschland Zeitgeschichtsforschung überhaupt hat. Das umfaßt ja nicht nur die Bereiche Akademie oder Öffentlichkeit im weitesten Sinne. In sehr hohem Maße haben ja auch Journalisten positiv wie negativ, aber eben auch positiv, betone ich, zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte beigetragen. Ich denke, daß dieses ganze Spektrum in Zusammenarbeit zwischen akademischer Forschung und Aufarbeitungsinitiativen wesentlich angestoßen werden könnte.

Was nun Herr Weber anbetrifft. Wissen Sie, Herr Weber, wir sind sicherlich in vielem einer Meinung, das ist völlig klar. Aber ich glaube, die fetten Jahre, in denen Wissenschaftler auf Geld zurückgreifen konnten, und zwar nicht zu knapp, sind vorbei. Wir, die wir ganz anders angetreten sind, unter ganz anderen Voraussetzungen historische Forschung betrieben haben, haben uns dieser Situation von Anfang an ausgesetzt gesehen. Sie wissen, man lobt ja selten seine eigenen Werke, mit Stefan Wolle zusammen haben wir eine Reihe „Forschung zur DDR-Geschichte“ gegründet. Wir waren also diejenigen, die Gelder besorgt haben, diejenigen, die redigiert haben, diejenigen, die Autoren rekrutiert haben und sie noch davon überzeugen mußten, daß sie kein Honorar bekommen, verstehen Sie? Es war ein Zwei-Mann-Betrieb mit Unterstützung einer Zeitung und eines Verlages, der im Aufbau begriffen war. Immerhin, in zwei Jahren sind acht Bände entstanden. Ich würde einmal fragen, wieviel eine akademische Einrichtung braucht, um acht Bände in zwei Jahren herauszugeben. Ich glaube schon, da sind schon einige Möglichkeiten der Rationalisierung, um die Mittel freizusetzen für wirklich empirische Forschung. An den Universitäten muß sich etwas ändern. Es ist leider so, daß erst Mangel an Geld

dieses Problem überhaupt auf die Tagesordnung gebracht hat. Herr Kowalczuk hat ja auf einige Voraussetzungen zur Erlangung vom Forschungsaufträgen hingewiesen, etwa daß man fast das halbe Buch auf den Tisch legen muß, um überhaupt Gelder zu bekommen. Das sind einfach anachronistische Zustände! Dann brauche ich kein Projekt mehr zu machen, wenn ich weiß, was rauskommt. Entweder ich schreibe drei Seiten und das ist überzeugend und ich bekomme das Geld, oder aber es ist alles sinnlos oder es stimmt irgend etwas in diesem Wissenschaftssystem nicht. Aber die Gelder, die zusätzlich zur Verfügung gestellt werden sollten, und da sind wir ja wieder einer Meinung, die sollten meines Erachtens wirklich in erster Linie den Aufarbeitungsinitiativen zugute kommen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Herr Kleßmann bitte!

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Zunächst zu der generellen Frage von Markus Meckel. Wo sind die besonderen Herausforderungen für die Forschung? Ich würde das noch ein bißchen erweitern. Mir scheint eines der Hauptprobleme zu sein, wie diese Forschung zur DDR einen breiteren Adressatenkreis überhaupt erreicht. Da würde ich die komplette Enquete-Kommission mit einbeziehen. Ich weiß einigermaßen, wovon ich rede, wenn ich jetzt von meinem alltäglichen Umfeld ausgehe. Ich wohne in einem Brandenburgischen Dorf. Da kriegt man natürlich auch so etwas mit. Das fängt an beim Diktaturbegriff. Für viele ehemalige DDR-Bürger geht die Klappe runter, wenn sie von der DDR-Diktatur hören.

(Zwischenruf...)

Zu Dr. Mitter: Ich weiß, das hörst Du nicht gerne, aber das muß man doch erst einmal zur Kenntnis nehmen! Das ist kein Quatsch, das ist leider so.

Das finde ich skandalös, aber das ist ein Stück Aufgabe für politische Bildung und da müssen wir uns einmal überlegen, wie wir das machen können. Das ist genauso gewesen in den 50er Jahren, im Verhältnis zum Nationalsozialismus. Davon wollten die nichts wissen. Das ist nun leider einmal ein großer Teil der mentalen Einstellung der Bevölkerung. Ich will das jetzt nicht quantifizieren. Im Westen interessiert das die meisten Menschen nicht. Aber im Osten wird man sehr häufig mit dieser Meinung konfrontiert. Und damit muß man umgehen. Also hier Strategien zu überlegen, wie man gerade auch die wirklich beklemmenden Ergebnisse von Detailforschung, sagen wir einmal den ganzen Stasi-Komplex usw., übermitteln kann und ein bißchen zum Umdenken beiträgt, das scheint mir ein sehr großes Problem zu sein. Dabei will ich es jetzt einmal belassen.

Zu dem anderen Problem, das Herr Kowalczuk angesprochen hat. Wie ist Kooperation mit den Aufarbeitungsinitiativen zu realisieren? Ich bin damals auf der Tagung der evangelischen Akademie in Berlin mit den Aufarbeitungsinitiativen gewesen. Vielleicht war ich der einzige, der aus den sogenannten etablierten Institutionen da war. Ich muß gestehen, das hat mich etwas er-

schreckt. Ich habe das auch deutlich gesagt: Und zwar die Berührungängste der Aufarbeitungsinitiativen gegenüber den Etablierten, aber auch untereinander. Wenn man sie anspricht, geben sie das auch zu. Das kann ich auch erklären. Mit dem Quellenmaterial hängt ein Stück persönliche Identität zusammen. Da will man nicht so gern die professionelle Forschung heran lassen. Das Motto lautet: „Die haben die Staatsknete und sie sind so distanziert“. Das gibt also Reibungsverluste. Um konkrete Strategien entwickeln zu können, muß man Berührungängste abbauen, und zwar ganz massiv. Ich denke, daß man das machen kann. Gewisse Schritte haben wir getan. Wir waren beim Havemann-Archiv und in der Umweltbibliothek. Das Havemann-Archiv hat eine Information über seine Bestände bei uns im Bulletin veröffentlicht. Wir haben gesagt, wir wollen versuchen, wenn Interesse da ist, unsere Kompetenz bei der Formulierung von Anträgen an Stiftungen mit einzubringen. Es lassen sich durchaus sinnvolle Formen der Kooperation denken. Und wenn man Stiftungsanträge macht, dann müssen die professionell sein, sonst hat man damit keine Chance. Das ist nun einmal so.

Damit komme ich zum dritten Punkt, den Herr Weber angesprochen hat. Also Herr Weber, die Finanzlage kennen Sie, da Sie bei uns Gutachter waren im ZZF in Potsdam, ganz gut. Ich will das auch gerne erläutern. Wir werden zu einem Drittel vom Land Brandenburg finanziert und zu zwei Dritteln von der DFG. Jeder, der sich mit den Stiftungsanträgen einmal herumgeschlagen hat, weiß, was das für eine Arbeit ist. Die Antragsproduktion ist heute in einem Ausmaß professionalisiert, die ich absurd finde. Nur kann ich sie nicht ändern. Das ist auch eine Folge der knapper werdenden Mitteln. Es werden nur noch 40 % der DFG-Anträge überhaupt positiv bewilligt. Das heißt nicht, daß man jetzt das Ergebnis schon vorlegen muß, das ist Unfug. Aber man muß, wenn man einen Antrag, 30 Seiten sind das so in der Regel, der sehr genau den Forschungsstand, die Zielsetzung, die Quellenlage, die Implikationen und Hypothesen darstellen muß, erarbeiten will, Monate daran arbeiten. Das kann man kritisieren, aber es ist schwer zu ändern.

Der letzte Punkt, der noch angesprochen wurde, ist die Umsetzung in Schulbüchern und Universitäten. Ich habe selber eine Erfahrung gemacht, weil ich an einem Schulbuch mitgeschrieben habe und auch den DDR-Teil geschrieben hatte, der wurde dann nach der Wende 1990, ohne mich zu fragen, radikal gekürzt. Die 50er und 60er Jahren waren nur noch ein paar Zeilen, und dafür wurde dann ein riesiger Anhang über die Stasi und die Zeit nach 1990 drangehängt. Da bin ich ausgestiegen aus dem Unternehmen, weil ich gesagt habe, solch ein DDR-Bild will ich nicht vermitteln, daß alles in der Stasi aufgehen läßt. Ich hoffe, das hat sich inzwischen ein bißchen geändert. Ich habe aber keine genaueren Informationen, wie die Bilanz einer Schulbuchanalyse aussehen könnte. Da muß man natürlich immer berücksichtigen, daß erst mit erheblicher Verzögerung wirklich solide, auch didaktische solide Konzepte, in Schulbüchern Einklang finden. Also so aktualisierte Anhänge, die haben sicherlich viele Schulbücher.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank. Manfred Wilke bitte.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Zu Markus Meckel. Herausforderung für Forschung und Bildung. Ich will in einem Punkt eine Gegenposition zu Herrn Kleßmanns Betonung der DDR-Geschichte formulieren, die vielleicht, wenn man die Erkenntnisinteressen einmal abgleicht, gar nicht so gegensätzlich ist. Ich halte natürlich nichts davon den Perspektivwechsel, der 1989 eingetreten ist, zu ignorieren und will das mit einem Satz von Robert Havemann demonstrieren. Er stammt von 1978. Damals sagte Robert Havemann: „Ich denke ja gar nicht daran, die DDR zu verlassen, wo man wirklich auf Schritt und Tritt beobachten kann, wie das Regime allen Kredit verliert und schon verloren hat und es eigentlich nur noch weniger äußerer Anstöße und Ereignisse bedarf, um das Politbüro zum Teufel zu jagen.“ Formuliert in Havemanns „Hausarrest“ und publiziert in dem von mir herausgegebenen Buch „Robert Havemann, ein deutscher Kommunist“. Ich mußte damals mit dem Rowohlt-Verlag streiten, daß dieser Satz überhaupt gedruckt wird. Wohlmeinende Verlagslektoren waren der Meinung, Havemann mit seiner isolierten Weltsicht ist realitätsblind geworden, wir müssen ihn schützen, diesen Satz darf man nicht veröffentlichen. Er wurde veröffentlicht und 1989 war dieser vergessene Satz natürlich eine Prognose. Das ist aber ein Bedeutungswandel. Wie gesagt, deswegen beharre ich auf die Unterschiede. Ich halte daran fest, die deutsche Vereinigung setzt eine Rückgewinnung von Nationalgeschichte voraus, zu der die der Teilung gehört. Ich bin mit Herrn Kleßmann einig, wir können nicht so einfach zurückkehren zu einer Nationalgeschichte in der Tradition der deutschen Historiographie des 19. Jahrhunderts. Ich habe in meinen Ausführungen ausdrücklich betont: Es geht um Deutschland in der bipolaren Welt. 1945 bedeutete das zunächst das Ende deutscher Staatlichkeit und die Deutschen wurden von den großenwahnsinnigen Herrenmenschen Europas plötzlich zu den Objekten der Siegermächte. Die Fragen, welche Bedeutung die kulturellen Einflüsse der Westbindung oder der Sowjetisierung, auf die deutschen Gesellschaften hatten, ihnen haben wir uns noch nicht wirklich gestellt. Ich glaube, hier liegt die Verbindung, in der das Eigene jeder Teilgesellschaft berücksichtigt werden muß, ebenso wie die Einbindung in die bipolaren Blocksysteme, wie die Problematik der Behauptung und der Entwicklung der beiden Staaten und Gesellschaften in ihrem wechselseitigen Bezug. Diesen gemeinsamen deutschen Blick auf die Teilungsgeschichte halte ich für absolut notwendig.

Zu Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Sache mit dem Neuen Kurs von 1953. Eine ganz einfache Geschichte. Ich hatte für mein Manuskript eigentlich eine Vorgabe von 10 Minuten. Der Neue Kurs ist nur den Ungarn und der DDR verordnet worden. Eine der entscheidenden Fragen, die noch zu klären ist: warum? Es kann sein, daß es mit dem Status von besetzten Feindstaaten zu tun hatte. Es kann auch sein, daß durch die Ereignisse des 17. Juni die sowjetische Konzeption durchkreuzt wurde, plötzlich standen andere Probleme vor der Besatzungsmacht. Das wissen wir alles nicht. Das wissen auch die Ungarn nicht. Die Problematik der Reform von oben beinhaltete in der Umsetzung des neuen

Kurses eine Führungskrise innerhalb der SED und sie war konfrontiert mit einer plötzlichen Reaktion, die mit dem Loslassen der Repressionsschraube, der Unsicherheit der Führung zusammenhängt, die zum 17. Juni führt, worüber Armin Mitter geschrieben hat. Das Problem ist, das müssen wir klären, welche Rolle spielt der Tod von Stalin? Kurzum, die geplante Reform von oben mündete, in der DDR im 17. Juni, der wiederum das Vorbild darstellt für die sowjetischen Reaktionen in Ungarn 1956, als es um die Aufstandsniederschlagung ging. Auch hier zeigen sich, wenn Du empirisch an die Geschichten herangehst, plötzlich Zusammenhänge, die beiden Seiten so gar nicht bewußt sind. Aber ich bin ja von Hermann Weber aufgefordert worden, vor allen Dingen auch noch einmal etwas über unsere Finanzierung zu sagen. Grundsätzlich kann ich mich Herrn Kleßmann nur anschließen. Wir haben eine befristete Finanzierung von drei Stellen an der FU, zwei davon sind verlängert. Ich bin für die Forschung von meinen Lehrverpflichtungen an der FHW befristet freigestellt. Das endet alles irgendwann in der nächsten Zeit, so daß also die Frage, wie das mit dem Forschungsverbund weitergeht, ähnlich offen ist wie bei Herrn Kleßmann. Wir müssen Anträge schreiben und wir müssen die Mittel für unsere Forschung einwerben. Aber eine der Voraussetzungen dafür ist die positive Evaluierung des Forschungsverbundes, die der Präsident der FU bei unserer Gründung angekündigt hat und die mittlerweile erfolgt ist.

Noch eine Antwort, bezogen auf die Verbindung von Aufarbeitungsinitiativen mit akademischer Forschung im Forschungsverband: Das Projekt über die unterdrückte Bildende Kunst ist eines, das von Künstlern, die ihre Stasiakten eingesehen haben, zu ihnen gehörten Bärbel Bohley/Roger Shvais, initiiert wurde, und die gesagt haben, wir kommen jetzt durch unsere eigene Arbeit nicht mehr dazu, das Material wirklich zu verwerten und aufzuarbeiten. Es zeigten sich auch die Grenzen der Stasiakten, denn wenn es um bildende Kunst ging, war die Stasi die eine Seite, aber die Vorgaben und die Entscheidung der SED die andere. So daß also hier eine Kooperation stattgefunden hat. Wir haben von Anfang an mit der ASTAK z. B. in der politischen Bildung zusammengearbeitet und auch mit anderen Aufarbeitungsinitiativen. Und insofern sehen wir das als einen Prozeß der Kooperation, in dem die Arbeitsteilung immer wieder neu, immer wieder geklärt werden muß. Bei vielen Aufarbeitungsinitiativen geht es ja auch darum, daß das, was sie vor allem auch erhoben und dokumentiert haben, umgesetzt werden soll in politische Bildung und da bin ich der Meinung, dies muß ein Prozeß sein, in den unsere Forschungsergebnisse einbezogen werden müssen. Das geschieht aber auch.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Manfred Wilke. Günther Heydemann.

Prof. Dr. Günther Heydemann: Ich möchte noch einmal etwas zu den Kritikern, die hier geäußert worden sind an die Adresse der westdeutschen Historiker, sagen. Zunächst muß ich sagen, mir gefällt schon der Begriff „westdeutsche Historiker“ nicht, weil ich nach wie vor der Auffassung bin, daß die vertrackte deutsche Geschichte nur von ost- und westdeutschen Historikern, nur

von Ost- und Westdeutschen überhaupt, gemeinsam aufgearbeitet werden kann. Dann möchte ich etwas von unserer Situation vor 1989 sagen, weil ich glaube, daß nicht richtig dargestellt worden ist, wie das wirklich war. Wir waren in der Tat meist eine isolierte Gruppe von DDR-Forschern, vor allem in den 70er Jahren noch, die sich erst einmal durchsetzen und sich Anerkennung verschaffen mußte bei der Etabliertenzunft, warum man sich mit so etwas überhaupt auseinandersetzt wie ML oder DDR, SBZ usw. Ich bin sehr dankbar, daß ich aus einer Universität und einem Institut in Erlangen gekommen bin, das es heute nicht mehr gibt, das diese Dinge auch gemacht hat. Das bedeutete gleichzeitig auch, daß man sich immer nur mit sekundären Quellen auseinandersetzen konnte. Wir haben uns die Augen wund gelesen an der ZfG, an der BzG und anderen Dingen. Wir haben genau gewußt, daß das nur eine Sekundärquelle ist und haben natürlich dann auch nur unsere Analysen entsprechend schreiben können. Wenn Sie jetzt hergehen und uns nachweisen, daß wir da und dort Fehler gemacht haben oder eine falsche Brille aufgehakt haben, ist das natürlich leicht, und ich kann dieser Kritik nur zustimmen, nur fair ist sie nicht.

Nächster Punkt. Es ist gesagt worden, es gibt keine Lehre und Forschung zur Opposition oder zur DDR-Geschichte. Falsch. Schauen Sie sich das Leipziger Vorlesungsverzeichnis an, mindestens 60 % befaßt sich damit. Dieser Vorwurf kann auch nicht weiter aufrecht erhalten werden, was die Forschung an sich angeht. Ich habe bewußt darauf verzichtet, in diesem round table Projekte zu nennen, weil es mir um die Perspektiven der weiteren DDR-Forschung innerhalb dieser 10 Minuten Redezeit ging. Aber wir haben drei Projekte laufen zur Oppositionsbewegung und zu verschiedenen Verflechtungen, die jetzt vor dem Abschluß stehen. Es ist auch nicht so, daß wir keine Zusammenarbeit mit den Gruppen haben. Wir arbeiten sehr eng zusammen, mit dem Haus der Geschichte beispielsweise. Aber ich kann auf die Erfahrung verweisen, die Kleßmann gerade genannt hat, es gibt da auch durchaus Schwierigkeiten. Ich muß die nicht weiter ausführen. Die wollen ihre Dinge nicht so ohne weiteres aus der Hand geben. Manchmal habe ich auch den Eindruck, sie wollen überhaupt nicht, daß westdeutsche Historiker da rangehen. So kann es auch nicht bleiben. Wir führen z. B. jetzt, Ende Januar 1998, an der Universität Leipzig eine große Konferenz durch, von der VW-Stiftung finanziert, die zum ersten Mal vergleichende Wendeforschung vornimmt und aus allen fünf neuen Bundesländern zusammenbringt, was es gerade an abgeschlossenen und noch laufenden Projekten zur Gruppen- und Oppositionsarbeit gibt. Es ist übrigens auch im Deutschland-Archiv veröffentlicht worden. Es konnte jeder daran teilnehmen, also auch das ist nicht richtig.

Dann gibt es noch einen weiteren Punkt. Ich bin als Professor nicht nur für SBZ-DDR-Geschichte allein zuständig. Ich habe auch noch eine Aufgabe, forschungs- und lehremäßig für meine Studenten z. B. die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts zu behandeln. Das kostet Zeit. Man kann das nicht einfach vom Tisch wischen und sagen, so Ihr sitzt da oben, Ihr seid Establishment und Ihr tut nichts. Genau das Gegenteil ist der Fall, nur haben wir auch eine

Reihe von anderen Aufgaben gemeinsam zu bewältigen, die sehr zeitintensiv sind.

Damit komme ich zum zweiten großen Punkt. Das ist die Frage der Finanzen. Wir haben in den letzten drei Jahren, das ist jedenfalls meine Erfahrung in Sachsen, einen graduellen Prozeß der Verschlechterung der Finanzen. Das bedeutet wiederum, daß Sie heutzutage extrem ausgefeilte Forschungsprojekte formulieren müssen, um überhaupt unter die 40 % zu geraten, die vielleicht eine Chance haben, genehmigt zu werden. Das ist der aktuelle Stand der Dinge. Wir haben einen, wenn Sie so wollen, Projekt-Wahnsinn, aber dieser Wahnsinn hat Methode, wenn Sie nicht so gut wie möglich diese Projekte formulieren, haben Sie auch keine Chance, das Geld zu kriegen. Wie sollen wir es sonst machen? Sollen wir zwei Blätter abgeben? Das ist die Realität des täglichen Umgangs mit diesen Dingen.

Nächster Punkt. Ich persönlich sehe eine besondere Herausforderung wissenschaftlich, was die SBZ-DDR-Forscher angeht, in der empirischen Ausreizung dieses Diktaturvergleichs, bei dem wir nach wie vor immer noch an den Anfängen stehen. Es kann aber auch nicht so weiter gehen, daß wir praktisch nur rote Ampeln aufstellen und sagen, das ist alles so schwierig, das ist alles nicht machbar, wir machen das nicht. Es läßt sich machen, man muß es nur sehr genau überlegen. Es muß auch nicht unbedingt heißen, daß man ganz frech von der Leber weg sagt, ich vergleiche jetzt NS-Jugendpolitik und die SED-Jugendpolitik, um zwei kompatible Forschungsgebiete zu haben, sondern man kann z. B. auch und sagen: Wir haben einen großen Betrieb, der hat eine enorme Bedeutung in der NS-Zeit in einem bestimmten Großraum und der hat die gleiche Bedeutung auch in der SED-Zeit. Da gibt es Kontinuitäten, aus denen man zum Teil sogar deduktiv Kriterien ableiten kann, wie sich einerseits die Belegschaft verhalten hat oder andererseits die Betriebsleitung. Und ich meine, das ist ganz normale vernünftige und überlegte empirische Forschung, das braucht aber Zeit. Das sind ein paar Jahre, die da mit umgesetzt werden müssen und es wird immer schwieriger Leute zu finden, junge Leute vor allem, die das machen, weil sie genau wissen, daß sie lange Zeit brauchen, um überhaupt das Geld dafür zu bekommen und daß sie dann, wenn sie es gut abgeschlossen haben, letzten Endes wieder in ein berufliches Loch fallen, weil die Chancen, an den Universitäten weiterzukommen, gegenwärtig gleich Null sind. Das ist die aktuelle Situation des Nachwuchses bei uns.

Letzter Punkt: Die gesellschaftspolitische Umsetzung. Sie ist nach wie vor schwierig, sie ist auch nicht befriedigend. Denken Sie an die Wehrmachtausstellung. Wer die NS-Zeit wirklich einigermaßen forschungsmäßig gut kennt, dem war das nichts Neues mehr. Aber die Bevölkerung, die Öffentlichkeit braucht verständlicherweise länger dazu, zu solchen Erkenntnissen zu gelangen. Wir haben ein ähnliches Problem, vielleicht nicht ganz so stark, bei der Umsetzung der Ergebnisse zur SBZ-DDR-Forschung. Ich bin froh, wenn mir jemand sagen kann, wie wir es besser machen könnten. Aber es ist auch so, wir haben natürlich ein begriffliches Instrumentarium, das durchaus gewisse her-

metische Tendenzen hat, das nicht jeder lesen will, das zu kompliziert ist, und dadurch wird das Ganze sperrig für den leichten Zugang. Das ist unser Problem. Jeder denkt, er kann bei Zeitgeschichte ohne weiteres mitreden, weil er es miterlebt hat. So ist es aber nicht! Diese Dinge muß man bitte auch einmal zur Kenntnis nehmen und nicht immer über die westdeutschen Historiker herziehen, die angeblich die Forschung bestimmen. So ist es nicht.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Herr Heydemann. Meine Damen und Herren. Wir haben nach dem offiziellen Zeitplan jetzt noch 12 Minuten. Die großzügige Zeiteinteilung des Vorsitzenden ermöglicht uns, noch 17 Minuten zu diskutieren. Es sind vier Mitglieder der Enquete-Kommission noch auf der Rednerliste. Falls sich kein vehementer Widerspruch erhebt, möchte ich damit abschließen und Sie darauf hinweisen, daß, wenn Sie auf Ihre Fragen zureichend Antwort erwarten wollen, sie dann auch tunlichst knapp formulieren sollten.

Als nächster Herr Fricke, bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich werde mich kurz fassen. Ich habe gleichwohl eine Anmerkung, eine Mitteilung und eine Frage. Zunächst also die Anmerkung. Ich gehöre ja nicht gerade zu den Hätschelkindern der etablierten DDR-Forschung, aber ich möchte doch Hermann Weber in der Grundtendenz zustimmen, daß nämlich die DDR-Forschung besser war als ihr Ruf. Vieles von dem, was in den 50er, 60er und 70er Jahren, auch in den 80er Jahren erarbeitet wurde, hat auch heute, im Lichte der Zugänge in den Archiven, durchaus Bestand. Bei manchen hat sich natürlich eine Präzisierung ergeben, das ist klar. Aber so ganz grundsätzlich falsch war die DDR-Forschung in vieler Hinsicht nicht. Auch die Quellenlage war nicht so gut, wie man sie sich gewünscht hat, aber auch nicht so schlecht, daß man bestimmte Themen hätte aussparen müssen. Ich habe manchmal den Eindruck gehabt, daß der Rückgriff auf die schlechte Quellenlage mehr als politisches Alibi dienen sollte, sich mit einem bestimmten Thema nicht zu beschäftigen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Natürlich hat die DDR-Forschung auch erhebliche Defizite gehabt, die aber nach meinen Dafürhalten aus der Nähe der Politik zu erklären sind. Da hat Herr Kowalczuk völlig Recht. Vieles wurde wissenschaftlich einfach nicht thematisiert, weil es politisch unerwünscht war. Das sage ich ganz offen. Ich könnte da ganz konkrete Beispiele auch aus meiner eigenen Erfahrung anführen und belegen, wie Wissenschaftler mit der Politik kooperiert haben, um bestimmte Publikationsvorhaben zu verzögern oder gar zu unterbinden. Wobei ich nicht immer nur ein negatives Motiv unterstelle. Viele Wissenschaftler haben sich natürlich manchmal von der Besorgnis leiten lassen, daß sie tatsächlich durch kritische Forschung über die DDR die damals ja auch im Interesse humanitärer Erleichterungen angestrebte Entspannungspolitik zu stören. Das ist ein durchaus erwägenswertes Motiv und ein ehrenhaftes dazu.

Die Mitteilung: Hermann Weber hat heute nachmittag in seinem Referat von dem Archiv des BND gesprochen, wann sich das nun einmal öffnet. Ich darf hier mitteilen, und ich bin befugt es zu tun, ich habe am 24. November ein ausführliches Gespräch in Pullach in der Zentrale des BND geführt, mit dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Hans Jörg Geiger, mit dem Ergebnis, daß vorbehaltlich der Zustimmung des Kanzleramtes, mit der aber wohl zu rechnen ist, wir, die Historikerkunft, Zugriff auf Akten bekommen wird, bis zum Jahre 1956. Also von 1945 bis 1956. Ich betrachte das als einen ersten Schritt zur Öffnung des Archivs des BND. Jetzt wird also, vor allen Dingen auch im Zusammenwirken mit dem Hannah-Ahrend-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, überlegt, welchen Modus wir finden, um den Zugang zu ermöglichen. Es wird also nun nicht so sein, daß in Pullach ein Lesesaal eröffnet wird, aber es wird möglicherweise ein Modus gefunden werden im Zusammenwirken mit dem Bundesarchiv in Koblenz.

Drittens meine Frage: Herr Heydemann hat ja vorhin ganz kurz das Stichwort „vergleichende Diktaturforschung“ in die Debatte geworfen. Meine Frage an alle hier vertretenen Wissenschaftler überhaupt: Wie setzen Sie den Stellenwert der wissenschaftlichen Diktatur-Vergleichsforschung in Ihrer Arbeit an und können sich in diesem Zusammenhang eine konkrete Kooperation mit der Forschungsstelle Deutscher Widerstand in Berlin vorstellen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Herr Fricke. Stephan Hilsberg bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Angesichts der Debatte, die wir erlebt haben oder erleben über die Betrachtung oder Bewertung der DDR-Forschung vor der Wende und auch angesichts der Auseinandersetzungen, die ja nun weitergehen, wünschte ich mir eigentlich, die Forschung über die DDR-Geschichte würde komplettiert mit einer Darstellung über die Forschung zur DDR-Geschichte. Über die DDR-Forschung selbst wie sie in der Zeit der alten Bundesrepublik ab den 60er Jahren stattgefunden hat.

(Zwischenrufe...)

Na ja, ausgetragen sind die Sachen alle nicht und geklärt ist das auch nicht. Dem frommen Wunsch, die Aufarbeitungsinitiativen und die sogenannte etablierte Forschung mögen aufeinander zugehen, da fehlt mir der Glaube, daß das realisiert werden kann. Ich glaube, der Weg, den wir hier eingeschlagen haben, als Enquete-Kommission für eine Stiftung zu sorgen, die sich um diese Initiativen kümmert, ist der richtige. Ich glaube nämlich auch nicht, Herr Kleßmann, Prof. Heydemann, daß es in erster Linie persönliche Gründe sind, die dazu führen, daß hier gewisse Voreingenommenheiten bei den Aufarbeitungsinitiativen zu beobachten sind. Ich glaube, die Ursachen gehen tiefer. Es geht vermutlich darum, daß sie ihre Unterlagen und Dokumente nicht zur Verfügung stellen wollen, wenn sie den Verdacht haben, sie könnten zu einer Bewertung benutzt werden, der sie nicht zustimmen. Es ist eine inhaltliche Diskussion, die an dieser Stelle zu führen ist.

(Zwischenrufe...)

Eine Anmerkung zu Manfred Wilke. Einiges an den Formulierungen im ersten Teil Deiner Ausführung hat mich ein bißchen gestört. An einer Stelle will ich es einmal deutlich machen. Du kommst nämlich darauf zu sprechen: „Die Forderung nach Akteneinsicht drückte das Verlangen nach gesellschaftlicher Selbstbefreiung von Mißtrauen, Lüge und Ungewißheit aus. Die Wahrheit über die Diktatur war das Angebot der Opfer an die Täter zu einem versöhnenden Neuanfang“. Das ist Unsinn! Das war nie der Grund für die Öffnung der Akten. Die Öffnung der Akten hatte einzig und allein den Grund, ein Stück mehr Gewißheit über das zu bekommen, was einem als Betroffener einer Diktatur an konspirativer Machtausübung begegnet war. Aufklärung zu bekommen über die Biographie, um sich mehr erklären zu können als vorher. Das mußte automatisch zu den heftigsten Auseinandersetzungen mit der anderen Seite führen, über die wir uns seinerzeit im Klaren waren. Diese Auseinandersetzungen waren ja schon Teil der Frage, ob wir denn die Akten überhaupt öffnen sollten. Die Frage der Versöhnung usw. spielte auch immer eine gewisse Rolle, das halte ich sowieso eher für ein theologisches Thema als für ein politisches. Die Frage, ob sich etwas Versöhnendes aus der Geschichtsbetrachtung gestaltet, ist eher sekundärer Natur.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Stephan Hilsberg. Peter Maser bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte noch einmal auf die Frage nach den Schulbüchern zurückkommen, die Hermann Weber gestellt hat. Es sind ungefähr 60 bis 70 Bücher zu Sozialkunde und Politik. Der Gesamteindruck ist ein ziemlich trauriger, weil man in vielen Fällen den Eindruck gewinnt, da ist guter Wille da, aber es ist eben in vielen Fällen einfach nur Bastelarbeit, die man da vorfindet. Nun kann ich hier kein Referat über die Ergebnisse einer solchen Durchsicht von Schulbüchern halten. Aber meine Frage ist die: Wenn wir hier über DDR-Forschung und die verschiedenen Probleme diskutieren, ist überhaupt schon irgendwo am Horizont eine Vernetzung von dem vorhanden, was da an Forschung auf den verschiedensten Gebieten stattfindet, und an Problembeschreibung auch an die Leute herangetragen worden, die Schulbücher schreiben? Herr Kleßmann hat gesagt, „man mußte sich bemühen“. Ich würde gerne wissen, gibt es da schon Vorstellungen oder gibt es möglicherweise Erfahrungen, wie akademische Forschung die Arbeit der Initiativen und Aufarbeitungsgruppen verwerten kann? Ich glaube nicht, daß es von den zufälligen Sammlungen einzelner Schulbuchautoren abhängt, was in den einzelnen Schulbüchern steht, sondern ich könnte mir vorstellen, daß z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung tatsächlich so etwas einmal zustande bringt in absehbarer Zeit. Wenn man einmal die Namen der Autoren auflistet, kommt man auf vielleicht 60 bis 80 Namen. Das sind die Leute, die da in verschiedenen Zusammensetzungen immer wieder auftauchen. Aber es wäre doch einmal wichtig, daß gerade in diesem Bereich, in dem die Dinge sich jetzt allmählich verdichten, das Gespräch gemeinsam geführt wird. Wenn man nämlich ver-

gleich, was in den gleichen Schulbüchern von den gleichen Autoren zur NS-Zeit zu lesen ist, dann gewinnt man zwangsläufig den Eindruck, daß dort das Gespräch stattgefunden hat, auch wenn es nachher natürlich noch didaktisch umgesetzt werden muß. Und wenn man dann bestimmte Profile feststellt, dann wird man sagen, das sind also bewußte Entscheidungen der Autoren, die Dinge so zu fassen. Aber das sehe ich im Bereich DDR noch nicht. Ich wäre interessiert an einer Antwort auf die Frage: Gibt es schon so etwas? Hat es schon so etwas gegeben? Oder sehen Sie prinzipiell die Möglichkeit, so etwas einmal in absehbarer Zeit doch auf Kiel zu legen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Siegfried Vergin als letzter.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich werde jetzt natürlich verleitet, etwas über Schulbuchzulassungsverfahren zu sagen. Notwendig ist vielleicht der Hinweis der Kommission an die Kultusministerkonferenz, sich um dieses Problem zu kümmern und in ihren Ländern die entsprechenden Revisionsverfahren einzuleiten.

Meine Frage fällt wahrscheinlich etwas aus dem Rahmen, aber ich stelle sie trotzdem. Der Herr Brunner hat in seinen Ausführungen heute ja bedauert, daß im Bereich der Justizaufarbeitung noch sehr viel weiße Flecken, wahrscheinlich noch mehr weiße als schwarze, da sind. Wenn wir die Diskussion sehen, die im Augenblick aus anderem Anlaß über die Bundeswehr läuft, dann stellen wir ja fest, daß es auch im Bereich der Aufarbeitung der NS-Wehrmachtsgeschichte einen erheblichen Nachholbedarf gibt. Ich frage jetzt Sie, Herr Prof. Kleßmann und Herr Prof. Heydemann: Erklären Sie diese Gleichzeitigkeit dieses Phänomens eventuell mit gleichen Gründen? Oder ist das zu uninteressant? Oder liegt es daran, daß die Militärgeschichte bisher von den eigenen Institutionen der Bundeswehr aufgearbeitet wurde bzw. nicht aufgearbeitet wurde? Dasselbe gilt ja wohl für die Militärgerichtsbarkeit. Dort haben wir einen erheblichen Nachholbedarf. Mich interessieren die Phänomene dabei. Auf der anderen Seite stellt die Politik, das ist gestern im Bundestag geschehen, fest, daß der Transformationsprozeß an keiner Stelle so gut gelaufen ist wie bei der Bundeswehr. Was immer das auch ist. Jedenfalls wird es festgestellt. Ich habe den Kampf gegen Helmut Schmidt mit seiner Bundeswehrakademie und mit seiner Hochschule noch gut in meinen Knochen. Ich frage deswegen noch einmal, ob dort eventuell Wurzeln darin liegen, daß die eigenen Institutionen für ihre eigene Geschichte nur zuständig sind und daß die freie Forschung als solche für diesen Bereich fehlt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank. Die Schlussrunde beginnt mit Günther Heydemann.

Prof. Dr. Günther Heydemann: Ich gehe auf die letzte Frage gleich ein. Es hat sicherlich etwas damit zu tun, daß in Deutschland die Militärgeschichtsforschung institutionell betrieben wird und daß damit die universitäre Forschung relativ wenig Anlaß hat, sich daran zu beteiligen. Das ist sicherlich ein Nach-

teil, das kann man auch so sehen. Auf der anderen Seite gehen wir natürlich nicht ganz unbelastet an die Militärgeschichte heran, gerade als Deutsche. Wir sehen im angloamerikanischen Raum, das als Vergleich, keine ähnlich belastete Einstellung.

Ich komme gerade aus den USA und habe das dort noch einmal zu meinem Erstaunen feststellen können. Insofern ist die Anbindung zwischen der universitären Forschung und der schon seit langem etablierten Militärgeschichtsforschung, wie sie in Freiburg und jetzt in Potsdam stattfindet, relativ schwach. Man muß aber auch hinzufügen, daß das, was die Militärgeschichtsschreibung in Westdeutschland gemacht hat, auf einem sehr hohen, auch sozialgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Niveau stattfindet und viel besser ist als das, was z. B. die Amerikaner immer noch machen und auch andere. Insofern besteht auch von dieser Seite her kein stärkerer Anlaß, daß man da ohne weiteres herangeht. Ich persönlich muß sagen, ich bin Pazifist und ich möchte mich damit nicht besonders auseinandersetzen; diesen Idealismus leiste ich mir. Aber das ist eine ganz persönliche Entscheidung.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Aber wäre es, gerade wenn ein Mann wie Sie darangeht, nicht vielleicht schon möglich gewesen, die in der Tradition stehenden Namen der Kasernen beispielsweise historisch besser zu beleuchten?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Siegfried, mit Blick auf die Uhr möchte ich darum bitten, hier keine Dialoge zu führen.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Herr Vorsitzender, ich bin Parlamentarier.

(Heiterkeit)

Gesprächsleiter Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Die kann man auch disziplinieren!

Prof. Dr. Manfred Wilke: Zu dem letzten Punkt möchte ich auch etwas sagen. Mein Lehrer und Freund Theo Pirker hat einmal versucht, in der deutschen Soziologie auch die Militärsoziologie zu fördern. Das ist ihm beileibe nicht gelungen. Das hat natürlich u. a. etwas mit der deutschen Militärgeschichte zu tun. Nach dieser Vorgeschichte ist es ja auch in dieser Kommission so gewesen. Wenn ich Markus Meckel noch einmal an seine Rede über die NVA erinnern darf: „die war nicht so wichtig, die braucht man nicht untersuchen.“ Die Vernachlässigung dieser Geschichte hat schon ihre Tradition und vielleicht erinnern sich Politik und Wissenschaft einmal daran, daß das Militär zu den konstitutiven Bestandteilen eines souveränen Staates gehört.

(Zwischenruf Abg. Markus Meckel)

An mich sind zwei Fragen gestellt worden. Zunächst die von Stephan Hilsberg, die mir auch noch die Möglichkeit gibt, auf einen anderen Punkt hinzuweisen. Im Forschungsverbund ist uns aufgefallen, daß die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung vielfach nach 1989 ahistorisch betrieben wurde. Die Verbindung von dem, was vor 1989 in der DDR war und danach,

ist in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Transformationsforschung somit sträflich vernachlässigt worden, das muß wenigstens angemerkt werden.

Die Frage von Dir, lieber Stephan Hilsberg, ob ich mich da geirrt habe. Ich bin nicht der Meinung, daß ich mich geirrt habe. Ich glaube, daß dieser Verweis auf das, was Biermann in seinem Konzert gesungen hat, gerade von ihm eine Geste war, mit der er sagte: „na gut!“ Ich kann auch Katja Havemann zitieren: „Wir waren doch alle verstrickt irgendwie, und jetzt ist das zum Glück vorbei, jetzt wollen wir nach vorn schauen, wir wollen keine Rache, wir wollen keine Abrechnung.“ Mit dem Einigungsvertrag wurde bis auf die MfS-Leute, die Grenztruppen und die Parteisekretäre im Prinzip den gesamten Staatsapparat der DDR übernommen. Das war doch eine ausgestreckte Hand. Warum denn die Evaluierung der ganzen Universitäten und des Wissenschaftsbetriebs, wenn die neue Bundesrepublik nicht Menschen übernehmen wollte?

Nach 1945 hat es natürlich eine Abrechnung gegeben, und da wurden auch Verantwortliche an die Wand gestellt, verurteilt oder abgesetzt. Das hat es alles in der DDR in dieser Form nicht gegeben. Das war in dem Prozeß von 1989/90 aus meiner Sicht auch gar nicht möglich. Aber dieser Punkt, daß diese Akteneinsicht auch eine Voraussetzung für einen versöhnenden Schritt in der Gesellschaft war, nach all den Jahren der Diktatur. Was Du über die Demokratiesicherung gesagt hast, da sind wir uns ja einig. Aber nach der Aktenöffnung kam doch erst die Schärfe in die ganze Auseinandersetzung, als wir mit den frechen Rechtfertigungen konfrontiert wurden. Neubert hat vollkommen Recht, der Fall Stolpe war eine gravierende Zäsur in dieser Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und der Ausgangspunkt für eine auch geschichtspolitische Auseinandersetzung.

Letzter Punkt: Karl Wilhelm Fricke, natürlich ist der Diktaturenvergleich gerade in Deutschland angebracht. Es liegen ja auch schon Ergebnisse vor, um noch einmal an die Freie Universität zu erinnern. Richard Löwenthal hat eine wichtige Unterscheidung getroffen, die meiner Meinung nach für die Beurteilung der beiden deutschen Diktaturen fundamental bleiben wird. Er hat zwischen den bodenständigen Diktaturen wie der der Nationalsozialisten unterschieden und den Satellitenregimen, wie sie nach 1945 die Sowjets in der SBZ installiert haben. Diesen Unterschied in der Qualität der Diktaturen gilt es zu beachten und ansonsten ist es für uns keine Frage, daß man natürlich immer dort, wo es möglich ist, in dieser Frage zusammenarbeiten sollte. Aber der deutsche Diktaturenvergleich setzt die Erforschung der SED-Diktatur voraus.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Kleßmann bitte.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Kurz zu Herrn Fricke. Meine Präferenz würde, das habe ich vorhin angedeutet, dem synchronen und nicht dem diachronen Vergleich gelten. Das schließt natürlich nicht aus, daß man in genau umgrenzten Themenbereichen auch solche Vergleiche zwischen SED-Diktatur und NS-Diktatur macht und in dem Zusammenhang natürlich auch mit der Forschungs-

stelle Widerstand in Berlin zusammenarbeitet. Das tun wir ohnehin. Ich würde kritisch zugestehen, daß zwischen dem Wunsch und der Realisierung einige Lücken klaffen. Das hat auch einfach mit forschungsorganisatorischen Problemen zu tun.

Zum Punkt von Herrn Maser würde ich zwei Dinge sagen. Einmal, was die Vernetzung anbelangt und die Möglichkeiten, Leute zusammenzuholen. Also die KMK hat sich mit Problemen der deutschen Frage im Unterricht beschäftigt und sich hoffnungslos zerstritten. Dahinter steckt ein großes Problem, was Ost und West betrifft: Daß nämlich die ostdeutsche Perspektive und die westdeutsche Perspektive, die da offensichtlich hauptsächlich eingeflossen ist, erheblich auseinanderfallen. Darüber muß man sich erst einmal verständigen. Es steckt eine Menge Sprengstoff in dem Problem. Ich würde konkret eine Möglichkeit vorschlagen. Ich habe selber, als ich Mitarbeiter des Ostkollegs war Ende der 60er Jahre in Köln, gelegentlich bei Schulbuchautorentagungen mitgemacht. Das war etwas anderes als die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz. Da kamen Leute, die zu bestimmten Themen Schulbücher produzieren. So etwas sollte man vielleicht auch einmal von der Enquete-Kommission anregen. Das wäre eine konkrete Möglichkeit. Man sollte sich vielleicht nicht zu viel davon versprechen, aber das ist realisierbar.

Zum letzten Punkt. Da bin ich etwas anderer Meinung als Herr Heydemann. Die Wehrmachtsverbrechen sind seit langem intensiv erforscht worden. Und zwar gerade von Institutionen, die dem Verteidigungsministerium unterstehen, z. B. dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Die haben die besten Darstellungen veröffentlicht. Es gibt eine riesige 10-bändige Geschichte des Deutschland im Zweiten Weltkrieg, davon sind sechs erschienen. Da finden Sie detailliert alles aufgelistet. Es gibt auch, gerade von Manfred Messerschmitt, Werke zur Gerichtsbarkeit, zum Weltkrieg von unten und zu anderen brisanten Themen.

Was die Möglichkeiten der Vermittlung unserer Forschungsergebnisse in eine breitere Öffentlichkeit anbetrifft und die Veränderung von historischem Bewußtsein: Sie können das gleiche Problem auch an dem Thema Holocaust dokumentieren. Die 50er, 60er Jahre über ist intensiv dazu geforscht worden. Der Film, mit problematischen Hollywoodmitteln, wie wir alle wissen, ist 1979 im Fernsehen gelaufen. Das war sozusagen der erste große Durchbruch, der wirklich auch breite Massen erreicht hat. Man kann dann trotzdem nicht daraus die Konsequenz ziehen, wir sollten uns jetzt auch alle auf dieses Niveau begeben. Das kann man als Wissenschaftler nicht machen. Aber ich möchte nur einmal darauf hinweisen, das ist wirklich ein ganz gravierendes Problem und das muß man sicherlich auch für die Vermittlung der DDR-Geschichte im Hinterkopf haben und sich da keine Illusionen machen, aber trotzdem daran weiterarbeiten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, als letzter Armin Mitter bitte.

Dr. Armin Mitter: Zunächst zu dem Punkt Öffentlichkeitswirksamkeit oder wie immer man ihn nennen soll. Also ich glaube, da gibt es schon ganz prinzipielle Unterschiede zwischen den 50er Jahren in der Bundesrepublik und den 90er Jahren jetzt in Gesamtdeutschland. Ich denke, daß beispielsweise, wenn ein ganzer Verlag ein Programm auflegt, was eindeutig auf DDR-Geschichte ausgerichtet ist, und davon gut leben kann, man einfach nicht davon sprechen kann, daß DDR-Geschichte nicht vermittelbar ist. Sie brauchen sich bloß die Zeitungen anschauen. Es stimmt einfach nicht, daß die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte nicht im öffentlichen Bewußtsein ist. Man muß davon ausgehen, daß prinzipiell in einer Gesellschaft nur ein begrenzter Kreis ansprechbar ist. Der Punkt ist aber, glaube ich, daß gerade im Osten Deutschlands ein breites Interesse an dieser Auseinandersetzung besteht. Gehen Sie in die Provinz, gucken Sie sich eine Buchhandlung an, was da an politischer Literatur geboten wird. Da ist eine ganze Menge an DDR-Geschichtsdarstellung. Aus unterschiedlichen Perspektiven übrigens.

Zum Zweiten: Der Diktaturvergleich, den Herr Fricke angemahnt hat; ich glaube das ist ein ganz prinzipielles Problem, und zwar im Gegensatz zu den ehemaligen DDR-Archiven sind in den Archiven beispielsweise in Polen oder Rußland ganz andere Bedingungen. Ich spreche jetzt über staatliche Archive. Ich spreche nicht über Geheimdienste oder über politische Parteien und Massenorganisationen, die ja in diesen Ländern teilweise sogar überdauert haben und die natürlich, aufgrund der politischen Situation, überhaupt nicht bereit sind, ihre Archive zu öffnen. Ich würde, wie Herr Kleßmann, dafür plädieren, daß man einen Vergleich zwischen sozialistischen Ländern anstellt, um bestimmte Dinge herauszufinden. Aber eigentlich ist die empirische Basis für so einen Vergleich im Moment meines Erachtens sehr dünn.

Das letzte, was ich sagen möchte: Herr Heydemann, man kann mir manches vorwerfen, aber nicht, daß ich hier zwischen Ost- und Westdeutschen prinzipiell versuche, eine Mauer zu bauen! Dann schauen Sie sich bitte einmal die Bücher an, dann schauen Sie sich bitte einmal die Veranstaltungen an, die der Unabhängige Historikerverband macht. Von Anfang an, von der ersten Veranstaltung an, vom ersten Aufruf zu einer Bildungs-Forschungsstätte zur Erforschung der DDR-Geschichte, der an Hermann Weber und an Karl Wilhelm Fricke gerichtet war. Das war 1990 im Frühjahr. Ich habe versucht, zwischen akademischer Forschung und außerakademischer Forschung zu vermitteln. Das hat mit Ost-West sicherlich auch etwas zu tun. Aber das ich bewußt hier einen Gegensatz aufbauen will, und daß ich auch monopolisieren wollte oder mit meinen Ausführungen hier etwas reklamieren möchte dem widerspreche ich!

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, meine Damen und Herren. Die Zeit ist weit vorangeschritten. Als Wissenschaftstheoretiker wäre ich jetzt geneigt, eine Vorlesung anzuschließen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik und Wissenschaft zur Gesellschaft. Ich muß mir das ersparen, aber in jedem Falle darf ich Ihnen eines sagen: Für mich ist heute

deutlich geworden, daß die in Einzelfällen aufgezeigten Probleme letztlich etwas mit unserem eigenen Wissenschaftsverständnis zu tun haben. Nämlich mit dem, daß diese Wissenschaft, auch die Zeitgeschichtsforschung, nicht im Elfenbeinturm stecken bleiben darf, sondern sich öffnen muß, und zwar sowohl zu ihrer input-Seite, wo sie die Betroffenen ansprechen muß, als auch in der output-Seite; aber das zu erörtern, würde zu weit führen. Ich übergebe das Wort an den Vorsitzenden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Clemens Burrichter. Für mich ist es erstaunlicherweise heute ein Abend der Gefühle gewesen. Das habe ich bei der Themenstellung zunächst nicht angenommen, muß ich zugeben. Es ist mehrmals von „roten Ohren“ die Rede gewesen, da sind Leute offensichtlich über die Maße gelobt worden. Dann ging es sogar noch in glänzende Augen und offene Münder über, wenn ich an die Information denke, die unser Freund Karl Wilhelm Fricke aus München mitgebracht hat. Ich habe leider kein Fotoapparat dabei gehabt. Martin Gutzeit in dieser Situation zu fotografieren wäre köstlich gewesen. Von Mißverständnissen ist an der einen oder anderen Stelle offensichtlich auch die Rede gewesen. Ich hörte hier bloß noch so ein Murren, daß der Mensch sich so nicht verstanden fühlte, wie Du ihn offensichtlich verstanden hast. Ich habe heute Abend festgestellt, daß wir offensichtlich in einer zweiten Etappe von DDR-Forschung sind.

Zunächst ist das wohl mehr von außen betrieben worden. Jetzt wird in qualmender Geschichte in schöner Unterschiedlichkeit und Gemeinsamkeit gesucht und geforscht. Ich habe den Eindruck gehabt, das Ganze hat Spaß gemacht. Es macht auch Mühe. Ich fand es gut, daß Sie auch immer wieder über praktische Dinge geredet haben. Wie wird es umgesetzt, was wird dabei vorkommen in den Büchern für unsere Kinder und unsere Enkelkinder? Was hat dieses Leben in der DDR ausgemacht? Wird das in 50 Jahren nur noch mit drei oder vier Daten beschrieben werden oder ist das mehr, was da stehen bleibt und was erhalten bleibt? Und interessant waren auch noch einmal die Gefühle, so der Konflikt zwischen Herrn Kleßmann und Herrn Mitter. Meiner Meinung nach ist das aber nur ein Scheinkonflikt, weil sie beide Recht haben. Natürlich gibt es diejenigen, denen der Unterkiefer runterfällt, wenn sie das Wort „Diktatur“ hören in Beziehung auf die DDR und die sagen: „Um Gottes Willen“, aber natürlich gibt es auch die anderen. Vielleicht hängt es auch von der Fragestellung ab oder von der Art und Weise, wie Sie beide auf andere zutreten. Das meine ich, wenn ich sage, daß dieser Streit meiner Meinung nach eigentlich gar kein Streit ist. Ich wünsche uns allen eine gesegnete Adventszeit. Kommen Sie gut nach Hause, wir sehen uns im neuen Jahr wieder.

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr